Nr. 10. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 13. Januar 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Agrarisches Anerbenrecht.

Mit dem Gesetzentwurf über das Anerbenrecht in Westfalen und den Kreisen Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg, Ruhrort und Mülheim a. d. Ruhr hat die preußische Regierung einen neuen Schritt in der Rückbildung der seit der französischen Revolution überall als normal und gerecht geltenden Vererbungsweise gewagt.

Die „zu selbständigen Nahrungsstellen geeigneten Besitzungen" von über 50 M. Grundsteuer-Reinertrag sollen, falls kein Testament vorliegt, dadurch künstlich zusammengehalten und finanziell gekräftigt werden, daß immer ein „Anerbe" das Gut ungetheilt erhält und daß die Miterben bei der Werthberechnung ihrer Erbtheile durch das „Voraus" des Anerben um ein Drittel verkürzt werden, sodaß also auch die auszuzahlenden oder als Schuld einzutragenden Abfindungsgelder für den neuen Besitzer entsprechend leichter sich stellen. Von einem Gute mit einem Anrechnungswerth von 90 000 M., für das zwei Söhne als Erben da sind, werden mithin nicht je 45 000 M. dem älteren und dem jüngeren Bruder zuerkannt, sondern 30 000 M. als „Voraus" dem durch Sitte, Uebereinkommen oder letzten Willen bestimmten „Anerben", und dann die Hälfte des übrigbleibenden Restes, auf den gleichsam die Gesammterbschaft für die Theilung reduzirt ist, dem Nichtanerben, also im ganzen nur 30 000 M., 15 000 M. weniger wie beim allgemeinen Recht. Um den Bauer und die Güter des alten Schlages künstlich zu konserviren, schlägt die bürgerliche Gesellschaft allen ihren grundlegenden Anschauungen von der Rechtsgleichheit und den Ansprüchen des Nachwuchses ins Gesicht! Auch hier glaubt sie nur noch von der Verleugnung der Lehren ihrer Meister und ihrer Jugend leben zu können.

Westfalen ist als erstes Uebungsfeld für solche reaktionäre Anläufe sehr geeignet. Der Bauernverein hat hier schon lange, im Anfang besonders unter der Führung des Freiherrn v. Schorlemer-Alst, ähnliche Wünsche kundgegeben. Diesen kam die Höferollen-Gesetzgebung entgegen, aber der Besitzer mußte dabei, wenn er die besondere Erbauseinandersetzung nach seinem Tode wünschte, dies dadurch bekunden, daß er sich ausdrücklich in die sogenannte Höferolle eintragen ließ. Von 47 700 eintragungsfähigen Besitzern im Geltungsbereiche der Westfälischen Landgüterordnung von 1882 haben dies bis zu Ende 1896 nur 2470 gethan; darunter sind auch die aus den rheinischen Kreisen einbegriffen.

Natürlich schließt die Regierung daraus nicht, daß die Bauern im Ernstfalle selber innerlich vor einer Zurücksetzung der Nichtanerben zurückschrecken, sondern nur, daß die „Nothwendigkeit einer positiven Willensbethätigung, um den Erbtheilungsvorschriften der Landgüter-Ordnung zur Anwendung zu verhelfen", in Zukunft wegfallen oder doch möglichst unfühlbar gemacht werden müsse. Die Güter seien demnach in Zukunft „von Gesetzes wegen dem Anerbenrecht unmittelbar zu unterwerfen sein". Die Generalkommissionen entscheiden, ob bei einem Gute die oben bezeichneten Voraussetzungen (selbständige Nahrungsstelle, mindestens 50 M. Grundsteuer-Reinertrag) zutreffen; das arme Menschenkindlein von Besitzer kann nur durch kostspielige Testamente, Uebertragsverträge und ähnliche beängstigende und lästige Prozeduren seine benachtheiligten Kinder schützen; von der Generalkommission, welche die Eintragung als Anerbengut im Grundbuche herbeiführt, ist er nur zu „hören". Wir theilen hierüber die Hauptstellen des Gesetzes mit zur Veranschaulichung der Unterschiede von der freiwilligen Eintragung in die Höferolle und der kläglichen Rolle, die fortan dem Besitzer zuertheilt ist:

§ 1. Anerbengut im Sinne dieses Gesetzes wird jedes in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg, Ruhrort und Mühlheim a. d. Ruhr belegene Landgut durch Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuche.

§ 3. Die Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuche erfolgt auf Ersuchen der Generalkommission. . . .

§ 5. Die Anerbengutseigenschaft wird durch Löschung im Grundbuche aufgehoben. Die Löschung erfolgt auf Ersuchen der Generalkommission.

§ 9. Die Generalkommission hat, bevor sie eine Eintragung oder eine Löschung nachsucht, nach Anhörung des Eigenthümers einen Bescheid zu erlassen, ob die Eintragung oder die Löschung erfolgen soll. Gegen den Bescheid steht dem Eigenthümer die sofortige Beschwerde an das Ober-Landeskultur-Gericht zu, welches endgiltig entscheidet. Das Ersuchen um Eintragung oder um Löschung ist erst nach Rechtskraft des Bescheides zu stellen.

Nur in einigen, im § 11 aufgezählten, mehr industriellen Bezirken ist das Anerbenrecht als „mittelbares" gedacht, das heißt: die Eintragung und Löschung der Anerbengutseigenschaft erfolgt auf Antrag des Eigenthümers; die Generalkommission hat alsdann nur ein Gutachten abzugeben.

Nun treten die Wirkungen des Gesetzes allerdings nur in kraft, wenn beim Todesfalle keine rechtsgiltige letztwillige Verfügung des Erblassers vorliegt; sonst soll der freie Verkehr und Wille weiter wie bisher die Güter vergrößern oder verkleinern, verschulden oder entlasten. Der § 12 bestimmt ausdrücklich:

Das Recht des Eigenthümers, über das Anerbengut unter Lebenden und von Todes wegen zu verfügen, wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Es ist möglich, daß das neue Gesetz die Bauern recht rasch an eine „positive Willensbethätigung" durch Testament und Uebergabe des Gutes bei Lebzeiten gewöhnen wird. Doch vorläufig konstatirt auch die Vorlage die „Abneigung vieler bäuerlicher Besitzer gegen Verfügung von Todeswegen". Alle diese nur passiv widerstrebenden Besitzer werden durch das allgemeine Zwangsanerbenrecht vergewaltigt. Unter allen Umständen jedoch werden zehntausende von Miterben zurückgesetzt und geschädigt, zu gunsten von ein paar tausend gesättigter Existenzen, welche der politischen und wirthschaftlichen Reaktion als eine kompakte Stütze und Gefolgschaft unentbehrlich scheinen. Man giebt dafür, wie bei den Fideikommissen, mit ruhigem Blute das moderne Familienleben und den in Fleisch und Blut übergegangenen Anspruch auf Rechtsgleichheit preis. Man bringt Menschen zum Opfer, um den bäuerlichen Hof zu retten, als ob dieser inmitten der großen wirthschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit allein unangetastet bleiben könnte.

Betroffen werden von dem Gesetze 58 630 land- und forstwirthschaftliche Besitzungen mit mehr als 50 Mark Grundsteuer-Reinertrag. —

Politische Uebersicht.

Berlin, 12. Januar.

Aus dem Reichstage. Zunächst erledigte das Haus ohne Debatte die Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abgeordneten Stadthagen und Meyer (Danzig). Hierauf setzte es die Debatte über die Novelle zur Zivilprozeß-Ordnung u. s. w. fort.

Als erster Redner sprach der Abg. von Buchka sich für die grundlegenden Bestimmungen der Vorlage aus, worauf dann unser Genosse Haase das Wort zu seiner Jungfernrede erhielt. Der Redner entwickelte in eingehender Weise die Wünsche unserer Partei in bezug auf die Vorlage. Er hob besonders hervor, daß die Vorlage nur halbe Arbeit sei. So sei zwar die Zulassung der Rechtskonsulenten ausgesprochen, gleichzeitig aber der Justizbehörde das Recht der Zurückweisung eingeräumt. Aus welchen Gründen die Zurückweisung erfolgen werde, liege nahe, wenn man die allgemein grassirende politische Verfolgungswuth kennt.

Für die Zulassung der Exmission aus der Wohnung verlangte unser Genosse, daß der Richter nicht nur aus freiem Ermessen eine angemessene Frist ansetzen soll, sondern daß er pflichtgemäß eine solche Frist ansetzen muß. Der Redner verlangte dann Laienrichter für das Entmündigungsverfahren und Ausdehnung und genauere Bestimmung der nichtpfändbaren Besitzgegenstände. Dem Gerichtsvollzieher, als Häscher nach der Gunst des Gläubigers, müssen im Gesetze feste Grenzen gezogen werden. Zum Schlusse verlangte unser Genosse noch die Aufnahme einer Bestimmung, wonach die Zulassung von Haftstrafen wegen Nichterfüllung von Pflichten aus dem Arbeitsvertrage unter allen Umständen ausgeschlossen wird.

Nach unserem Genossen sprachen noch der Zentrumsmann Trimborn, der sich besonders gegen die Erhöhung des Minimums der Revisionssumme von 1500 auf 3000 M. aussprach, dem der Staatssekretär Nieberding im Sinne der Vorlage antwortete.

Der Freisinnige Lenzmann hatte heute wieder seinen konservativen Tag und so leistete er sich im Interesse der „respektablen Rechtsanwälte" eine Rede gegen die „Rechtskonsulenten, welche den Anwaltstand degradiren", wie etwa der Zünftler Metzner sie gegen Bönhasen im Handwerk halten könnte.

Da der Nürnberger Beckh auch noch eine Rede loswerden will, so mußte die Verhandlung noch einmal vertagt werden.

Morgen ist Schwerinstag, die lex Heintze steht auf der Tagesordnung. Beginn der Sitzung um 2 Uhr. —

Das preußische Abgeordnetenhaus vollzog heute zunächst die Wahl des Präsidiums. An stelle des bisherigen Präsidenten von Köller, der 18 Jahre hindurch die Geschäfte des Hauses geleitet hat und mit Rücksicht auf sein hohes Alter eine Wiederwahl ablehnte, wurde, nachdem Frhr. v. Heereman unter lebhaftem Beifall der Dankbarkeit des Hauses Ausdruck gegeben hatte, Abg. v. Kröcher mit 317 von 330 Stimmen gewählt. Die beiden Vizepräsidenten, Frhr. v. Heereman und Dr. Krause wurden wieder gewählt. Zu Schriftführern wurden gewählt die Abgg. Bode, v. Detten, Imwalle, Dr. Irmer, Jürgensen, Meister, Weyerbusch und Worszewski. Zu Quästoren ernannte der Präsident die Abgg. Dr Sattler und Busch.

Hierauf brachte der Finanzminister den Etat ein. Die anderthalbstündige Rede bewegte sich im Gegensatz zu den sonstigen Finanzexposés von Miquel's auf vielleicht allzu sachlichem Boden. Nichts als trockene Zahlen und nur selten eine allgemeine Betrachtung. Der Minister beschränkte sich aber nicht auf die übliche Uebersicht über die Finanzlage des laufenden und des abgelaufenen Jahres, sondern er gab in großen Zügen einen Rückblick über die gesammte Finanzlage des preußischen Staates seit 1880/81. Der Zweck dieses Rückblickes ist leicht zu durchschauen; Herr v. Miquel hat ein lebhaftes Interesse daran, bei jeder Gelegenheit sein großes Finanzgenie rühmend hervorzuheben und zu zeigen, daß er es ist, dem die günstige Finanzlage Preußens zu danken ist. Befolgt doch v. Miquel ein ganz eigenartiges Verfahren bei der Aufstellung seines Etats! Die hohen Ueberschüsse, die der Etat thatsächlich aufweist, werden auf das Extra-Ordinarium übertragen, damit er jedesmal, wenn für Kulturaufgaben oder für Gehaltsaufbesserungen von Unterbeamten Gelder gefordert werden, mit ruhigem Gewissen darauf hinweisen kann, daß nichts vorhanden ist. Und dabei ist es, wie der Finanzminister selbst zugiebt, rein unmöglich, in einem einzigen Jahre die im Extra-Ordinarium ausgeworfenen Summen zu verausgaben. Die Ueberschüsse werden dann auf den Etat des nächsten Jahres überschrieben, wo sie ebenfalls nicht verausgabt werden können, und so werden die großen Summen thatsächlich der Beschlußfassung des Landtages entzogen. Als Grund für dieses sonderbare Vorgehen führt der Finanzminister stets und ständig den Grundsatz an, daß man auf schwankende Einnahmen keine dauernden Ausgaben basiren dürfe und daß man für schlechte Jahre Reserven schaffen müsse.

Die Rede v. Miquel's wurde mit großer Unaufmerksamkeit entgegen genommen, was durch den trockenen Ton sattsam erklärt wird. Beifall erweckten lediglich seine Schlußphrasen, und nur einmal, als er auf den Rückgang der Erträge aus den Domänen hinwies, ließ sich auf der Rechten ein deutliches „Hört! hört!" vernehmen, ein Anzeichen, dafür, daß die Agitation der Agrarier an dieser Stelle auch im Laufe dieser Session einsetzen wird.

Am Montag beginnt die Berathung des Etats.

Das Herrenhaus überwies heute den Gesetzentwurf betr. das Anerbenrecht für Westfalen einer Kommission und trat sodann in die Berathung des Antrages des Herzogs Ratibor, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur möglichsten Verhütung von Hochwasser-Katastrophen durch Flußregulirungen in Schlesien und Brandenburg zu ersuchen. In Verbindung damit stand ein Zusatzantrag des Grafen Pfeil, welcher noch besonders die forstliche Anschonung entwaldeter Höhen, sowie die Verhütung weiterer schädlicher Entwaldungen fordert. Den Antrag, der damit begründet wurde, daß die in Aussicht gestellte Hilfsaktion beschleunigt werden müsse, bekämpfte der Landwirthschaftsminister zwar nicht direkt, es ging aber aus seiner Rede hervor, daß es ihm keineswegs recht sei, daß die Regierung an eine selbstverständliche Pflicht erinnert wird. Argumente, daß die Regierung, wenn sie für Schlesien und Brandenburg große Mittel zur Verfügung stellt, angegangen werden könnte, auch für andere Landestheile die Konsequenzen zu ziehen, machen selbst im preußischen Herrenhause keinen Eindruck mehr. Nach längerer Debatte, in welcher fast sämmtliche Redner ihr Einverständniß mit dem Antrag erklärten, wurde derselbe einer Kommission überwiesen.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich Mitte Februar statt. —

Eine Kundgebung für die Marinevorlage. An diesem Donnerstag werden die Vertreter der deutschen Industrie und des deutschen Handels in Berlin im Saale des Kaiserhofs eine Demonstration großen Stiles für die Verstärkung und die Ausgestaltung der deutschen Kriegsflotte abhalten. Eine geschickte Mache hat es zu Wege gebracht, daß das organisirte und unorganisirte Unternehmerthum in stattlicher Vertretung in dieser Versammlung zugegen sein wird. Mark- und Thaler-Millionäre besuchen die Zusammenkunft, um sich den billigen Titel eines echten „Patrioten" zu erwerben. Was wir in der deutschen Unternehmerpresse seit Wochen täglich lesen, wird dort abermals in hochtrabenden Worten wiederholt werden. Man wird einig darüber sein, daß es Pflicht und Aufgabe des gesammten deutschen Volkes sei, dem deutschen Namen durch Bewilligung des Flottengesetzes seinen guten Klang, seine Ehre und seine Macht im Auslande zu erhalten und zu stärken. Es wird nicht an Ausfällen auf jene Volkskreise fehlen, die in grundsätzlicher Opposition allen den Plänen gegenüber verharren, die eine Fortführung oder Verschlimmerung der land- oder wassermilitaristischen Kriegsrüstungs-Politik bedeuten.

Die Gründe, aus denen wir auch, abgesehen von rein prinzipiellen Gesichtspunkten, uns gegen das Flottengesetz des Herrn Tirpitz wenden, haben wir wiederholt dargelegt. Die Vernichtung des Budgetrechts des Reichstages und damit die Herabwürdigung der schon an Rechten und Machtbefugnissen so armen deutschen Volksvertretung, wie sie durch das Flottengesetz herbeigeführt werden würde, machen die Vorlage nicht nur für die Sozialdemokraten unannehmbar, sondern für jeden, der nicht unsere letzten winzigen Volksrechte preiszugeben bereit ist. Und dazu kommt die finanzielle Seite der Vorlage.

Just zur gelegenen Stunde wird uns aber aus den Reihen des deutschen Unternehmerthums selbst eine Anerkennung unserer Stellungnahme zur Marinevorlage, die um so bemerkenswerther ist, als sie von einem Manne herrührt, der durch seine regsten Handelsbeziehungen zu auswärtigen Plätzen zum mindesten die nämliche Autorität beanspruchen darf, wie der Großkaufmann Wörmann, auf dessen Initiative die Demonstration am Kaiserhofe zurückzuführen ist. In dem eben erschienenen Jahresbericht des Großhandelshauses Alexander Jahn u. Co. äußert sich der Inhaber der Firma, Herr May, eingehend über die Flottenvorlage und die chinesische Expedition. Er spricht von der hohen Wichtigkeit unseres Vorgehens in Ostasien, er hält die chinesische Expedition für eines der bedeutendsten Ereignisse am Ende dieses Jahrhunderts. Es ist ihm auch keineswegs zweifelhaft, daß das deutsche Kapital, die Industrie und selbst die Arbeiter vorläufig allesammt von der Erschließung China's für den Weltmarkt gewinnen werden. Aber trotzdem würde er es vom Standpunkt der deutschen Arbeiter geradezu unverzeihlich finden, wenn sie diese Politik der Kapitalistenklasse unterstützen würden. Er führt die Gefahren vor Augen, die den Arbeitern Deutschlands aus der Entstehung einer selbständigen Industrie in China und aus der Möglichkeit der Zuwanderung der Kulis nach Europa entstehen könnte, und sagt:

„Man sollte sich hüten, die Mittel für die Flottenvorlage aus stärkerer Belastung der schwachen Schultern zu gewinnen, welche am Konsum der wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel, als da sind Brot, Fleisch, Schmalz, Butter, Kaffee, Zucker ꝛc., wie nicht minder im Verbrauch von Petroleum, Kleiderstoffen ꝛc. trotz Befreiung von der Einkommensteuer prozentual mehr an Abgaben bezahlen, als selbst bei progressiver Einkommensteuer die starken Schultern."

Auch der Behauptung der Flottenschwärmer, eine starke Flotte sei zum Gedeihen des Exports eines Industriestaates nöthig, tritt der Großkaufmann May entgegen:

„Wenn man mit Schlachtschiffen den Export vermehren könnte, hätte es wahrlich mehr Sinn, daß England gegen uns rüstete, als daß wir rüsten. Jenseits des Kanals weiß man aber aus 25jähriger Erfahrung, daß man mit Verstärkung und Vermehrung der Kriegsflotte die verhaßte deutsche Konkurrenz nicht bekämpfen kann und macht sich lieber an eine bessere technische Ausbildung der heranwachsenden Jugend. Und in der That kann England gar nichts Gescheiteres thun, denn seine ununterbrochene Flottenvermehrung hat in den letzten 25 Jahren weder den Rückgang seines Exports, noch den Fortschritt des unsrigen aufzuhalten vermocht."

Von 1872 auf 1896 ist der britische Export um rund 20 pCt. gefallen, während der deutsche gleichzeitig auf Kosten des englischen um rund 62 pCt. gestiegen ist. Und das geschah ohne jegliche Mitwirkung einer großen Kriegsflotte.

Angesichts solcher Thatsachen dürfte es den Demonstranten im Kaiserhof nicht gerade leicht werden, die öffentliche Meinung durch ihre Reden für die Marinevorlage zu gewinnen. Die ganze Kundgebung am Donnerstag wird vielmehr eine Demonstration pro domo sein. Jene Industriellen, die als Militär- und Marinelieferanten in Frage kommen können, alle die Großkaufleute und Rheder, die von überseeischen Unternehmungen irgend welcher Art Vortheile haben, dazu ein Trüpplein Mitläufer werden sich „im Namen des ganzen Vaterlandes, im Namen der deutschen Volkswirthschaft" patriotisch geberden — in der sicheren Erwartung, daß der klingende Lohn für die patriotische Leistung nicht ausbleiben werde. —

Die englische Anleihe für China. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Peking gemeldet: Die Verhandlungen wegen der Anleihe von 16 Millionen Pfund Sterling werden wahrscheinlich verschoben werden wegen der Saumseligkeit der chinesischen Regierung in der Führung ihrer Finanzoperationen, und wegen gewisser anderer Schwierigkeiten, die von China erhoben worden sind. Ueberdies besteht eine Ungewißheit darüber, ob eine angemessene Sicherheit vorhanden sein werde. —

Das militärische Panama. Die Freisprechung des Majors Esterhazy wurde schon im gestrigen Depeschentheil mitgetheilt. Sie entsprach nur den Erwartungen, nachdem das Kriegsgericht bei denjenigen Aussagen, die gerade von Wichtigkeit waren, die Oeffentlichkeit ausschloß. Ueber den Ausgang des Prozesses am Dienstag Abend wird noch berichtet:

Um 8¼ Uhr hatte der Gerichtshof seine Berathung beendet. Der Präsident General Luzer hatte dem Gerichtshofe folgende Frage gestellt: „Ist der Major Esterhazy schuldig, mit einer fremden Macht oder deren Agenten Machenschaften unternommen oder ein Einverständniß unterhalten zu haben, um sie zu veranlassen, gegen Frankreich Feindseligkeiten zu beziehen oder einen Krieg zu unternehmen, beziehungsweise ihnen die Mittel dazu zu verschaffen?" Gemäß Artikel 131 der Militär-Strafprozeß-Ordnung wurden die Stimmen derart abgegeben, daß der niedrigste Grad zuerst und der Präsident zuletzt stimmte. Einstimmig gab der Gerichtshof auf vorstehende Frage das bereits gemeldete Urtheil ab „der Angeklagte ist nicht schuldig". Dieses Urtheil wurde, nachdem der Gerichtshof in den Gerichtssaal zurückgekehrt war, nebst seiner Begründung von dem Präsidenten in öffentlicher Sitzung verlesen. Der Gerichtshof ordnete hierauf an, daß der Angeklagte in Freiheit gesetzt und ihm das Urtheil von dem Regierungskommissar vor der unter den Waffen stehenden Wache bekannt gegeben werde. Ein Theil des Publikums äußerte bei der Urtheilsverlesung seinen Beifall. Dem Major Esterhazy wurden, als er das Gerichtsgebäude verließ, von einer zahlreichen Menschenmenge Sympathiekundgebungen dargebracht.

Die Meinungen der Pariser Blätter betreffend die Dreyfus-Affäre sind auch heute noch so scharf getheilt, wie vor dem Prozeß Esterhazy. Eine Anzahl Blätter, darunter „Gaulois", „Echo de Paris", „Eclair", „Petit Journal" erklären, daß sich nunmehr wohl alles vor dem Urtheilsspruch des Kriegsgerichts beugen werde; die Freisprechung Esterhazy's bilde eine neue Verurtheilung Dreyfus', dessen Angelegenheit endgiltig erledigt sei. Sie hoffen, die Regierung werde in entsprechender Weise gegen die Dreyfus-Freunde vorgehen. Die Blätter „Aurore", „Rappel", „Lanterne" und „Radical" erklären, das Geheimniß, mit dem auch der Prozeß Esterhazy umgeben sei, werde der Kampagne zu gunsten Dreyfus' nur neue Nahrung geben.

Mehrere Blätter melden, es ständen weitere Verhaftungen infolge der gestern im Prozeß Esterhazy gemachten Enthüllungen bevor.

Es verlautet, daß Major Esterhazy gegen Mathieu Dreyfus die Verleumdungsklage anstrengen und den Oberst Picquart zum Duell fordern werde. —

* * *

Deutsches Reich.

— Der preußische Staats-Haushaltsetat pro 1898/99 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 187 527 384 M. ab. Die Ausgaben betragen im Ordinarium 2 055 891 380, im Extra-Ordinarium 131 636 004 M. Das Ordinarium der Ausgaben hat eine Steigerung von 100 031 111, das Extra-Ordinarium von 41 464 888 erfahren. Im einzelnen ist zu bemerken: der Netto-Voranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben ergiebt als Reinerträge bei den Steuern 196 600 000 M., davon bei den direkten 154 700 000 M., bei den indirekten 41 900 000 M., bei den Domänen und Forsten 41 900 000 M., bei den Ablösungen 1 600 000 M., Lotterie 9 800 000 M., Seehandlung 2 300 000 M., Berg- und Hüttenverwaltung 16 800 000 M., Eisenbahnen 515 800 000 M., sonstige Einnahmen 4 600 000 M., wobei ein Ausfall bei den Ueberweisungen vom Reiche im Betrage von 8 600 000 M. in Ansatz gebracht ist. Insgesammt berechnet sich somit die Reineinnahme auf 788 900 000 M., was ein Mehr gegen die Reineinnahme im Etat pro 97/98 von 261 000 000 M. ergiebt. Bei den Ausgaben kommen in betracht: die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld 263 800 000 M. mit einem Plus gegen den laufenden Etat im Betrage von 209 500 000 M., Zuschuß zur Kronfideikommißrente 8 000 000 M., Kosten des Landtags 1 400 000 M., Apanagen, Renten und Provinzialfonds 41 600 000 M., Staats-Verwaltungsausgaben nach Abzug der Einnahmen 842 500 000 M. (+ 10 500 000) und Extra-Ordinarium 131 600 000 (+ 41 500 000) M., zusammen an Reinausgaben 788 900 000 M., so daß Einnahmen und Ausgaben sich decken. —

— Ueber die Entwickelung der Dinge in Kiaotschau schreibt die „Post", wie es scheint auf grund amtlicher Mittheilungen: „Nach jenen Meldungen (der Blätter) soll sich binnen kurzem in Kiaotschau eine hervorragende Bauthätigkeit auf den verschiedenen Gebieten entwickeln, welche die Bucht zu einem vollständigen Kriegshafen mit Werft- und Dockanlagen, Reparaturwerkstätten u. s. w. machen würde. Nun besteht aber keineswegs die Absicht, Kiaotschau in erster Linie zu einem befestigten Stützpunkt für die Flotte zu gestalten, vielmehr soll sich der Ausbau des Hafens nur dem Emporblühen des Platzes in seiner Eigenschaft als Handelshafen anpassen, wie ja auch für die Erwerbung der Bucht vor allem auch handelspolitische Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind. Auch bei dem Schutz der deutschen Erwerbung durch unsere Flotte und das auf der Reise nach Ostasien befindliche Marinedetachement wird zunächst die handelspolitische Bedeutung berücksichtigt werden. Von umfangreichen fiskalischen Bauunternehmungen, die den Etat um Millionen belasten würden, kann zur Zeit daher noch gar nicht die Rede sein. Ist doch nach dem Vertrage die Besitzergreifung der Bucht auch nur als ein „Stützpunkt für den Handel und die Schiffahrt" in den chinesischen Gewässern bezeichnet, der, wenn er sich aus irgend einem Grunde für den in Aussicht genommenen Zweck als nicht passend erweisen sollte, jederzeit für einen anderen Punkt an der Küste ausgetauscht werden kann. Schon aus diesem Grunde wird die Marineverwaltung größere Anlagen erst dann in Angriff nehmen, wenn Kiaotschau wenigstens bis zu einem gewissen Grade die an seine Erwerbung für das Emporblühen als Handelshafen geknüpften Hoffnungen gerechtfertigt haben wird. Vor allem eilen die jetzt in ziemlicher positiver Form auftretenden Nachrichten, es würde dem Reichstage ein Nachtragsetat vorgelegt werden, den Thatsachen weit voraus. Gewiß ist es richtig, daß die weitere Ausgestaltung der deutschen Erwerbung, die Entsendung deutscher Marinetruppen nach Kiaotschau; und was sich sonst aus dem Pachtvertrage ergiebt, einen gewissen Kostenaufwand erheischen wird. Aber die Verhältnisse lassen sich in ihrer ganzen Tragweite noch so wenig übersehen, daß es kaum möglich wäre, schon heute einen nur einigermaßen sicheren Anschlag zu machen, geschweige denn, der Volksvertretung eine bestimmte Geldforderung zu unterbreiten."

An einer gefefferten Kostenrechnung wird es trotz aller dieser Schönmalereien auf keinen Fall fehlen.

Ueber die Entschädigung, welche China für die Ermordung der katholischen Missionare zu zahlen hat, ist noch keine endgiltige Abmachung getroffen worden, doch nehmen, wie den „B. N. N." berichtet wird, die Verhandlungen darüber dem Vernehmen nach einen guten ruhigen Verlauf und dürften bald zum Abschlusse kommen. —

— Dem Volke muß die Religion erhalten werden! In Bethätigung dieses leitenden Grundsatzes sind nach einer Zusammenstellung der Kirchenverwaltung in den sechs Jahren vom 1. Januar 1891 bis Ende Dezember 1896 in den älteren preußischen Provinzen 148 Neubauten von evangelischen Gotteshäusern (Kirchen, Kapellen und Bethäusern) errichtet worden. Die meisten davon entfallen auf die meistkatholischen Provinzen, nämlich auf die Rheinprovinz 89 und auf die Provinz Posen 29. Die nächstbetheiligte ist die Provinz Brandenburg mit 28 Neubauten. Von diesen entfallen wiederum auf Berlin und seine nächste Umgebung 18 Kirchen und 2 Kapellen, und zwar auf Berlin 11 Kirchen und 2 Kapellen, und auf die nächste Umgebung 7 Kirchen bezw. Kapellen. Diese Zahlen haben im Jahre 1897 noch eine weitere Vermehrung erfahren! Recht erbauliche Zustände! —

— Zur Reform der Militär-Strafprozeß-Ordnung. Die „Nat. Lib. Korresp." schreibt: „Von der Kommission für die Militär-Strafprozeß-Ordnung ist als Vorsitzender der Abg. Spahn vom Zentrum gewählt, als stellvertretender Vorsitzender der nationalliberale Abg. Bassermann. Die Absichten der Konservativen, den Vorsitz für diese Berathungen zu erhalten, sind nicht in Erfüllung gegangen. Es lag dies nicht zum wenigsten daran, daß die Abneigung der Konservativen gegen die Reform zu unverhohlen bei der ersten Lesung zu tage getreten war. Schon in der Zusammensetzung der Kommission hatte sich die Absicht der Mehrheit bekundet, in befriedigender Weise die Reform zu stande zu bringen und das wurde auch für die Wahl der Vorsitzenden entscheidend."

„In befriedigender Weise!" Das Zentrum wird auch in dieser Frage den Regierungswünschen demüthig entgegenkommen. —

— Ein Amtsanwalt, der die Maßregelung eines Arbeiters besorgt. Aus Königshütte wird uns berichtet:

Der Bergmann Schellat aus Neu-Charlottenhof hatte wegen angeblicher ungesetzlicher Verbreitung der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" ein polizeiliches Strafmandat von 30 M. erhalten. Er erhob Widerspruch und in der heute stattgefundenen Schöffengerichts-Verhandlung wurde er freigesprochen. Während der Berathung der Richter erlaubte sich der Amtsanwalt die völlig ungehörige Aeußerung zu dem Angeklagten: „Wir werden schon dafür sorgen, daß Sie am längsten Häuer gewesen sind!" Diese Drohung mit der Maßregelung vom Gerichtszimmer aus würde, falls sie in der Weise geschehen, auf die Zustände in Schlesien abermals ein eigenthümliches Licht werfen.

Vor einigen Tagen erst konnten wir aus Hirschberg berichten, daß hier in einer Gerichtsverhandlung festgestellt wurde, daß Gendarm, Amtsvorsteher und Landrath eifrig bemüht waren, einen Arbeiter aus seiner Arbeitsstätte zu bringen. Soll nun auch der Arbeiter vor solchen Androhungen im Gerichtssaal nicht mehr sicher sein? Und diese Drohung wird gegen einen Arbeiter erhoben, der freigesprochen werden mußte, weil er nichts Ungesetzliches beging. Wie darf ein Mann in dieser Stellung, da, wo die Gesetze ihm keine Handhabe geben, den Angeklagten zur Bestrafung zu bringen, sich von seiner politischen Leidenschaft so weit hinreißen lassen, daß er bis über die Befugnisse der Gerichtsbehörde hinaus, die Verfolgung des Angeklagten übernimmt. Ein Mann, der so wenig objektiv urtheilen kann, der so im Banne einer leidenschaftlichen politischen Bethätigung steht, gehört nicht an diese Stelle. Sache des preußischen Justizministers wäre es, den ihm unterstellten Beamten, der in dieser Weise seinen Eifer bethätigt, energisch zurechtzuweisen. —

— Versammlungsrecht in Sachsen. Mehrere in der letzten Zeit wiederum vorgekommene Fälle von Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts seitens der überwachenden Behörden den Arbeitern gegenüber zeigen aufs neue, was es mit der vom Minister Metzsch als unumgänglich nothwendig erklärten „Latitüde" der Polizeibehörde auf sich hat. Trotz angeblich bewirkter Remedur in Einzelfällen seitens des Ministeriums ist alles beim alten geblieben. In Sachsen regiert nach wie vor der Gendarm! Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beabsichtigt daher, in den nächsten Tagen folgende Interpellation in der Kammer einzubringen:

„Was gedenkt das Ministerium zu thun, um seinen Anordnungen, die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts betreffend, bei den Unterbeamten die nöthige Geltung zu verschaffen. Trotz der ausdrücklichen Erklärung des Ministers v. Metzsch in der Sitzung der zweiten Kammer vom 30. November 1897, daß an die politischen Behörden Anweisung ergangen sei, auf grund deren in Zukunft Versammlungen nicht deshalb behindert werden dürften, weil sich ein sozialistischer Redner zum Wort meldet, ist es dem Abg. Hofmann nach wie vor in dem von ihm im Reichstage vertretenen Wahlkreise durch die Behörden unmöglich gemacht, in Versammlungen das Wort zu ergreifen. Dieselbe Methode wurde dem Sozialdemokraten Frehse gegenüber schon in verschiedenen Fällen geübt."

Bemerkt sei dazu, daß unsere Genossen, um die zehn erforderlichen Unterschriften — nur dann kann die Interpellation in der Kammer zur Besprechung kommen — aufzubringen, an zwei Abgeordnete anderer Parteien herantreten müssen. Ob zwei bürgerliche Abgeordnete den Muth haben werden, ihre Unterschriften zu geben, ist sehr zweifelhaft. Jedenfalls werden unsere Parteivertreter Gelegenheit finden, um die Mißstände in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes zu kritisiren. —

— Im Zeugnißzwangs-Verfahren ist dem Druckereilehrling Kurzynski von der „Gazeta Grudzjadzka" jetzt vom Untersuchungsrichter die Verhaftung angedroht worden für den Fall, daß er den Namen des betreffenden Artikelschreibers nicht bis Sonnabend nennt. —

München, 12. Januar. Die Kammer der Abgeordneten berieth heute den Eisenbahn-Etat. Dabei fragte Scherm (Soz.) an, wie man sich in bayerischen Regierungskreisen zu der zielbewußten preußischen Eisenbahn-Politik verhalte welche darauf ausgehe, sich nach und nach alle deutschen Bahnen anzugliedern. Schon jetzt habe Preußen durch den Ankauf der hessischen Ludwigsbahn einen Fuß nach Süddeutschland gesetzt. Weitere Bahnen würden folgen. Minister v. Crailsheim erwiderte, die Reichs-Eisenbahn-Politik sei schon vor Jahren hier erörtert worden, und die bayerische Regierung habe damals ihren Standpunkt genau festgelegt. „Wir denken nicht daran", so fuhr der Minister etwa fort, „die bayerischen Eisenbahnen an Preußen oder das Reich abzugeben. Es ist aber durchaus kein Anzeichen vorhanden, daß Preußen vorhätte, die bayerischen Eisenbahnen an sich zu ziehen. Aeußerungen dieser Art in der Presse beweisen noch nicht, daß derartige Absichten in Preußen wirklich vorhanden sind. Kein größerer politischer Fehler könne gemacht werden, als wenn die Selbständigkeit der einzelnen Staaten in bezug auf das Eisenbahnwesen angetastet werde. Hessen habe aus freier Entschließung jenen Schritt gethan und zwar speziell aus finanziellen Gründen. Unsere Beziehungen zu den preußischen Eisenbahnen sind die denkbar freundlichsten." —

Straßburg i. E., 11. Januar. (Eig. Ber.) Gestern trat der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen, dem man allerseits neidlos das Zeugniß des zahmsten und gefügigsten Parlaments der Welt ausstellt, zu seiner 25. Tagung dahier zusammen. Im Gegensatz zu anderen Volksvertretungen, deren Geschichte ein treues Spiegelbild der Bewegungen und Strömungen im Volke zu geben pflegt, hat unser „Rentnerparlament" seit dem Tage seines erstmaligen Zusammentretens vor nunmehr 25 Jahren seine Existenz gefristet, die sich lediglich selbst genügte und im Streben nach der Gunst des Gouvernements die Wünsche und Hoffnungen der breiten Bevölkerungsmassen stolz ignorirte. Während in den 70er Jahren draußen im Lande die schweren Stürme des Volksprotestes gegen die Annexion tobten, blieb im Landesausschuß alles ruhig über den Gewässern. Und sollte man es für möglich halten, daß in einer Volksvertretung, die, wenn sie den Willen und die Anschauungen der großen Mehrheit der Bevölkerung hätte zum Ausdruck bringen wollen, in der denkbar schärfsten Opposition gegen die Vertreter des neuen Regimentes verharren mußte, daß in einem solchen Parlament während der ganzen 25jährigen Dauer seines Bestehens nicht ein einziger Ordnungsruf ertheilt zu werden brauchte? Die Willfährigkeit und Dienstfertigkeit des Landesausschusses können durch nichts treffender charakterisirt werden, als durch die Erwähnung dieser einzigen Thatsache. Und wie weit haben es die Herren Députés mit dieser ihrer unbedingten Folgsamkeit gebracht? Trotz 25jähriger Liebesdienste an die Regierung, trotz aller Unterwürfigkeit und Zahmheit schmachtet das Land heute noch wie vor 25 Jahren unter dem Drucke drakonischer Ausnahmegesetze und Diktaturbestimmungen, und kein Hahn auf dem Regierungshof kräht nach der Stimmung des Volkes, dem der bestehende Zustand nachgerade zur Last wird. Wohl werden der eben eröffneten Tagung zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, betreffend die Kapitalrenten-Steuer, sowie die Lehrerbesoldung, die beide als ein Fortschritt auf dem Gebiete der innerpolitischen Entwickelung des Landes angesehen werden können. Aber hinsichtlich der endlichen Beseitigung der Diktatur- und der Ausnahmegesetze bleibt alles todesstumm, und selbst die seit langem erwartete und vom Staatssekretär v. Puttkamer in der vorigen Session in Aussicht gestellte Preßgesetz-Vorlage fand in der Thronrede des kaiserl. Statthalters mit keinem Worte Erwähnung.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist vom Landgerichte Magdeburg am 5. November der Redakteur der „Volksstimme", Friedrich Bahle in Magdeburg, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die Beleidigung des Kaisers wurde erblickt in einem Passus des vom Angeklagten abgedruckten vorjährigen Berichtes über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Dieser Passus bezog sich auf den von Sozialdemokraten gestellten Antrag, den Majestätsbeleidigungs-Paragraphen aufzuheben. Erwähnt war der Name des Kaisers in diesem inkriminirten Passus nicht. Das Landgericht hat aber festgestellt, daß der Ausdruck „unerhörter Zustand" sich auf den Kaiser beziehen sollte.

Die Revision des Angeklagten behauptete, es sei nicht ersichtlich, wie in dem erwähnten Ausdrucke eine Charakterisirung des Kaisers habe gefunden werden können; das betr. Wort beziehe sich garnicht auf Aeußerungen des Kaisers.

Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision als unbegründet, da das Strafgesetz ohne Rechtsirrthum angewendet sei und die Einwendungen der Revision sich nur gegen die unangreifbaren thatsächlichen Feststellungen richteten.

Zu dem in unserer letzten Nummer erwähnten Majestätsbeleidigungs-Prozeß ist berichtigend zu bemerken, daß nicht O. Wichert, sondern nur Stangenberg der Majestätsbeleidigung, beide aber der gemeinschaftlichen Körperverletzung angeklagt waren. Nach der Zeugenvernehmung beantragte der Staatsanwalt bezüglich der Körperverletzung Freisprechung, dagegen aber für die Majestätsbeleidigung 4 Monate Gefängniß. Nachdem der Vertheidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, in seinen trefflichen Ausführungen die Glaubwürdigkeit des Zeugen Schwarzmüller vollständig erschüttert und der Angeklagte Stangenberg auf die Ausführungen des Staatsanwalts kurz eingegangen war, fällte der Gerichtshof ein freisprechendes Urtheil. Auch die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Oesterreich.

Brünn, 12. Januar. Landtag. Von czechischer Seite werden behufs vollständiger politischer und kultureller Gleichberechtigung beider Nationalitäten, Anträge eingebracht, betreffend die Aenderung der Landesordnung, Erweiterung des Wahlrechts, Abgrenzung der Wahlbezirke nach den Nationalitäten, Vermehrung der Wahlbezirke, Aufhebung des Wahlrechtes der Handelskammer; ferner auf geheime Vornahme der Wahlen, Theilung der Wahlkurien der Großgrundbesitzer in solche von fideikommissarischen und nichtfideikommissarischen Grundbesitzern, Erlassung administrativer oder gesetzlicher Verfügungen behufs Durchführung sprachlicher Gleichberechtigung und Gleichwerthigkeit des ganzen öffentlichen Lebens; ferner ein Antrag betreffend Errichtung einer czechischen Universität, einer czechischen technischen Hochschule, ferner auf Vermehrung der czechischen Staats- und Handels-Mittelschulen, Errichtung von Minoritätsschulen, sowie ein Antrag, wonach in die Volksschulen nur der Unterrichtssprache mächtige Kinder aufgenommen werden sollen. Von deutscher Seite wurde ein Antrag eingebracht auf Einführung nationaler Kurien mit dem Veto-rechte, Einführung des geheimen und direkten Wahlrechtes in allen Kurien, Trennung des Landes-Schulrathes in zwei nationale Sektionen, Trennung der Bezirksschulräthe nach nationalen Gruppen, Errichtung von Minoritätsschulen, Errichtung einer deutschen Universität; ferner ein Antrag auf Ausgestaltung der deutschen technischen Hochschule, sowie der Mittel- und Fachschulen, endlich ein Antrag auf Aufhebung der Sprachenverordnungen sowie auf Regelung der Sprachenfrage bei den autonomen Behörden Mährens.

Nach baldiger Einigung von Czechen und Deutschen sehen diese sehr lang gerathenen Wunschzettel nicht aus. —

Ungarn.

Budapest, 11. Januar. Der „Pester Lloyd" versichert gegenüber anderweitigen Meldungen, Ministerpräsident Frhr. v. Gautsch habe alle auf den Ausgleich abgeschlossenen Vereinbarungen, die bereits seit dem Sommer vorigen Jahres in 18 Gesetzentwürfen übereinstimmend formulirt sind, rückhaltlos angenommen. Es bestehe auch für beide Theile das Interim bezüglich der Quote aufrecht. Wann und in welcher Weise die Angelegenheit der Quote abermals werde in Fluß gebracht werden, lasse sich in diesem Augenblicke nicht bestimmen, da in dieser Beziehung zwischen den beiden Regierungen noch keine Aussprache stattgefunden habe und es auch nicht richtig sei, daß die österreichischen Minister schon demnächst in Budapest eintreffen würden. —

Budapest, 12. Januar. Behufs Vereinbarung eines Nationalitätsmanifestes, als Protest gegen die von der Regierung geübte Nationalitätspolitik, fand hier eine zahlreich besuchte geheime rumänisch-serbisch-slovakische Besprechung statt. —

Agram, 11. Januar. In Ogulin hat heute die Gerichtsverhandlung gegen 69 Bauern begonnen, welche am 20. September vorigen Jahres in der griechischen Kirche zu Plaski den Sonntags-Gottesdienst gestört und dem Bischof Ernics, der an jenem Tage dort Messe lesen wollte, sowie dem Gemeindebeamten mit Ermordung gedroht hatten, weil das Gerücht ausgesprengt worden war, an der Kirche werde die ungarische Fahne ausgehängt werden, was eine Erhöhung der Steuern bedeute, und der Bischof und die Behörden hätten Geld angenommen, um die Bevölkerung an Ungarn zu verkaufen. Schließlich hatte das Militär die Ordnung wieder herstellen müssen. —

Frankreich.

Paris, 11. Januar. Deputirtenkammer. Brisson wurde mit 283 von 342 Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt. Auch sämmtliche Vizepräsidenten und Sekretäre wurden wiedergewählt. —

Spanien.

Madrid, 11. Januar. Eine amtliche Depesche aus Havana besagt, daß die Ernte begonnen hat. Ferner heißt es in der Depesche, daß die Zolleinnahmen eine Zunahme aufweisen. —

Rußland.

Petersburg, 12. Januar. Wegen einer Predigt, welche der Propst Czerzot anläßlich der Trauerandacht für den polnischen Dichter Ujejskei in der hiesigen Katharinenkirche gehalten hat, wurde derselbe nach Charkow verschickt.

Man sieht, daß die russisch-polnische Versöhnungsaktion den Verzicht auf jede nationale Bethätigung der Polen zur Voraussetzung hat. —

— **Der bisherige Unterrichtsminister** Graf Deljanow ist im Alter von 80 Jahren gestorben. Ursprünglich liberal, knüpfen sich die reaktionären, slavisirenden, orthodoxen, intoleranten Maßregeln der Unterrichtsverwaltung der letzten 15 Jahre an seinen in Rußland verfluchten Namen. —

Griechenland.

Athen, 12. Januar. Der Gesetzentwurf betreffend die Finanzkontrole und das Arrangement der alten Schuld ist gestern von den 6 Delegirten paraphirt und offiziell dem Minister überreicht worden.

— **Thessalische Zustände.** Der „Intern. Korresp." wird aus Athen telegraphisch gemeldet: Große Aufregung ruft hier ein Erlaß des türkischen Befehlshabers von Trikala hervor, in welchem die christliche Bevölkerung aufgefordert wird, unverzüglich an die türkischen Behörden den **Zehnten** abzuliefern und zur Bekleidung der türkischen Armee 15 000 **wollene Mäntel** zu beschaffen. Im Weigerungsfalle würden in allen Orten der ländlichen Bezirke Truppenabtheilungen einquartirt werden, für deren Verpflegung die Bewohner aufzukommen hätten. Die vollständig ausgesogene Landbevölkerung, die selbst kaum das nackte Leben zu fristen vermag, ist garnicht in der Lage, auch nur das geringste für die Türken zu liefern; trotzdem aber hat der Pascha seine Drohung bereits theilweise ausgeführt, woraus die furchtbarsten Drangsale für die christlichen Einwohner entstehen.

Asien.

— **Der Uebergang Indiens zur Goldwährung** scheint nun auch formell vollzogen zu werden. Die „Times" sind in der Lage, ihre gestrige Meldung betreffend die Annahme von Golddepositen für die indische Regierung bei der Bank von England zu bestätigen. Das Blatt fügt hinzu, die Maßnahme werde ein **neues Währungsgesetz** erfordern und eine entsprechende Vorlage werde übermorgen im indischen gesetzgebenden Rathe eingebracht werden. —

— **Sozialdemokratie und deutsche Chinapolitik.** Die Frankfurter „Volksstimme" nimmt in ihrer Nummer vom 10. Januar nochmals das Wort zu unserer Antwort auf ihre erstmalige Aussprache in dieser Angelegenheit. Wir lassen alles Nebensächliche beiseite und zitiren den Kern der Ausführungen der „Volksstimme":

„Aber hier handelt es sich doch wohl, wie unser Zentralorgan seinerseits vielleicht auch zugeben wird, um mehr: daß wir alle mit gleicher Entschiedenheit gegen die neueste Wendung, die wir eine Verschleierung des Länderraubs genannt haben, gerade deshalb Stellung nehmen, eben weil eine verhängnißvolle Verschleierung vorliegt, die überdies gegen Artikel 4 der Reichsverfassung, gegen den Geist der parlamentarischen Regierung und gegen die sozialen Interessen des arbeitenden Volkes in Deutschland verstößt, wie noch keine frühere kolonialpolitische Maßregel, selbst unter Bismarck. Gegen die Verewigung eines an China begangenen Unrechts durch den Schein-Pachtvertrag konnte der „Vorwärts" auch weder schon am 18., noch am 21. Dezbr. polemisiren, weil damals die Nachricht von der „Pachtung" noch gar nicht vorlag. Und das Ausbleiben eines energischen Protestes im „Vorwärts" von voriger Woche ist nicht blos uns, sondern allen Anzeichen nach auch der „Münchener Post", der „Fränkischen Tagespost", der „Leipziger Volkszeitung" und sogar dem Berliner Hofkorrespondenten der „Frankfurter Zeitung" aufgefallen. Sind wir jedoch in der Sache einig, wie es nach der Antwort des „Vorwärts" scheint, so kann das nöthige von unserem Zentralorgan natürlich leicht nachgeholt werden."

Hierzu haben wir folgendes zu bemerken:

Wir glauben nichts Nöthiges nachholen zu müssen. Wir haben in dieser Frage in ihren verschiedenen Stadien mit derjenigen Entschiedenheit gesprochen, die unseren Auffassungen von der Bedeutung der Sache entspricht.

Wir haben das Verfahren der deutschen Regierung bei der Besetzung von Kiaotschau gemißbilligt, wie wir die deutsche Kolonialpolitik überhaupt gemißbilligt haben. Darum aber nun noch immerfort von „Länderraub" zu sprechen, erscheint uns nicht sachentsprechend. Wenn wir auch mit aller Begeisterung und Hingebung international gesinnt sind, so geht die Bethätigung unserer internationalen Gesinnung nun doch nicht so weit, daß wir es als eine Aufgabe unserer Partei betrachten, die Interessen der Mandschu-Dynastie, dieser gewaltsamen Eroberer und Bedrücker China's, mit Pathos zu vertreten. Was die Vernachlässigung des Parlaments betrifft, so hat der „Vorwärts" so früh und so entschieden wie nur irgend ein anderes Parteiblatt gefordert, daß die Reichsregierung über die bisherige Aktion und ihre weiteren Pläne dem Reichstage Rechenschaft ablege und den Vertrag mit China dem Reichstage genau ebenso wie die Handelsverträge zur Genehmigung vorlege. Daß der Vertrag über die Pachtung Kiaotschau's zuerst mit der chinesischen Regierung geschlossen sein mußte, bevor derselbe dem Reichstage paraphirt vorgelegt werden konnte, erscheint unter den heutigen Umständen unvermeidbar.

Ob und inwieweit die Pachtung Kiaotschau's gegen die „sozialen Interessen des arbeitenden Volkes" verstoßen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Eine Ausdehnung unserer Ausfuhr nach Ostasien würde gegen diese Interessen nicht verstoßen, auf die Gefahr einer Zufuhr von Kuli's nach Deutschland ist aber von uns hingewiesen worden. Den späteren Konsequenzen einer Erschließung China's entgeht das europäische und auch das deutsche Proletariat im speziellen nicht, wenn auch der Pachtvertrag über die Kiaotschau-Bucht nicht ratifizirt würde. Die sibirische Eisenbahn, das Vorrücken der Franzosen von Hinterindien, der Telegraph und die Eisenbahnen in China und so manches andere erzwingen die Einbeziehung China's in den weltwirthschaftlichen Wettbewerb.

Es liegt uns fern, die ostasiatischen Angelegenheiten für die Zukunft leicht nehmen zu wollen. Wir haben bereits oft betont, daß in Ostasien leicht die größten und verhängnißvollsten Komplikationen der kapitalistischen Staaten entstehen werden. Wir halten an der Politik Deutschlands in diesen Angelegenheiten viel zu tadeln und werden sicherlich auf absehbare Zeit derselben durchaus oppositionell gegenüberstehen müssen.

Darum braucht uns aber die Besetzung von Kiaotschau, nachdem sie ohne gefährliche Zusammenstöße mit anderen Staaten vor sich gegangen ist, nicht eine Angelegenheit zu sein, um derentwillen unsere Partei Veranlassung hätte, die Alarmtrommel mächtig zu rühren. Diese Besetzung ist ein Unternehmen der deutschen Kapitalistenklasse und ihrer Regierung, an der die Arbeiterklasse keinen Antheil hat. Aber die Arbeiterklasse faßt diese Besetzung als ein Glied in der nothwendigen Entwickelung des Kapitalismus auf. Die Aufgabe unserer Partei kann nur sein, dafür Sorge zu tragen, daß in dieser unabwendbaren Entwickelung der Dinge die Interessen der Arbeiter geschützt und gefördert werden, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation und die Verbesserung des Arbeiterschutzes gegen Degeneration und sozialen Druck geschützt und durch geeignete Maßregeln gegen die drohenden Gefahren einer Konkurrenz der bedürfnißlosen Arbeiterschaft Ostasiens im eigenen Lande bewahrt werde.

Im Irrthum ist endlich die „Volksstimme" wenn sie meint, daß wir uns mit der Art, die chinesische Frage zu behandeln, isolirt haben. Eine ganze Reihe von Parteiblättern hat sich auf unseren Standpunkt gestellt.

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 12. Januar. 1½ Uhr.

Der Gesetzentwurf betr. das **Anerbenrecht** wird debattelos einer Kommission überwiesen.

Es folgt die Berathung des **Antrages des Herzogs von Ratibor**, die Regierung um einen Gesetzentwurf zu ersuchen zur möglichsten Verhütung von **Hochwasser-Katastrophen** durch Flußregulirungen namentlich in Schlesien und Brandenburg.

Graf **Pfeil-Hausdorf** beantragt einen Zusatz, welcher noch besonders die forstliche Aufschonung entwaldeter Höhen, sowie die Verhütung weiterer schädlicher Entwaldungen fordert

Herzog von Ratibor erinnert an das schreckliche Unglück in Schlesien. Die gewährten staatlichen und privaten Mittel reichten aus, die Beschädigten im Nahrungs- und Besitzstande zu erhalten und das Zerstörte wiederherzustellen. Aber vor allem müsse der Wiederkehr solchen Unglücks vorgebeugt werden. Und die zu diesem Zweck in Aussicht gestellte Aktion wolle sein Antrag beschleunigen. Was in menschlichen Kräften stehe, müsse sofort geschehen, um die gefährdeten Gegenden vor ähnlichen Katastrophen zu bewahren.

Oberbürgermeister **Büchtemann-Görlitz** betont, die Nothwendigkeit der Regulirung der schlesischen Gebirgsflüsse sei von der Regierung schon 1889 anerkannt, letztere habe damals auch gleich die Unterhaltungspflicht, und zwar seitens der Kreise, regeln wollen. Seitdem seien acht Jahre vergangen und die Flüsse immer schlechter geworden. Jetzt sei die Flußregelung nicht mehr zu verschieben, und die Hauptkosten müsse zweifellos der Staat tragen.

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein:** Weder er, noch der Finanzminister seien in der Lage, bestimmte Erklärungen über die Finanzirung und den Inhalt des in der Ausarbeitung befindlichen Gesetzentwurfs zu geben. Die Staatsregierung müsse an diese Frage mit der größten Vorsicht herangehen; man dürfe nicht vergessen, daß, wenn die gesammten Kosten für die Regulirung der schlesischen Flüsse auf die Schultern des Staates geladen würden, andere Landtheile bei ähnlichen Vorkommnissen mit Fug und Recht ein Gleiches verlangen könnten. Gegen die Verweisung des Antrages an eine Kommission habe er nichts einzuwenden, sofern damit nur bezweckt werde, Auskunft nach der technischen Seite hin zu erhalten. Wenn aber mit dem Antrage ein Mißtrauensvotum gegen die Staatsregierung beabsichtigt werde, weil sie in dieser Sache ein zu langsames Tempo eingeschlagen habe, so müsse er um Ablehnung des Antrages bitten. (Zuruf: Ist nicht beabsichtigt!) Die Regierung hat jedenfalls die Frage in ernstliche Prüfung und Erörterung gezogen und ist sich ihrer Pflicht voll bewußt gewesen. (Beifall.)

Graf **Pfeil-Hausdorf** beantragt, unter den ins Auge zu fassenden Maßnahmen auch die forstmäßige Aufschonung der entwaldeten Höhen zu berücksichtigen.

Herr **v. Levetzow** ist zwar ein Freund des Antrages, meint aber, eine unverzügliche Vorlegung eines Gesetzentwurfes sei nicht möglich.

Graf **Pückler** bemerkt, er selbst habe mit Regulirungen üble Erfahrungen gemacht. (Heiterkeit.)

Herr **v. Manteuffel** will keinesfalls der Regierung ein Mißtrauensvotum ertheilen. Die Erklärungen des Ministers hätten ja auch bestätigt, daß die Regierung die Sache keineswegs dilatorisch behandeln wolle. Auch müsse der Antrag allgemeiner gefaßt werden, da z. B. auch die Provinz Sachsen schwer gelitten habe.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Antrag einer Kommission überwiesen.

Nächste Sitzung unbestimmt, etwa Mitte Februar, mit der Tagesordnung: Anerbenrecht.

Schluß 3½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 12. Januar 1898, 12 Uhr.

Präsident **v. Köller** giebt zunächst die Uebersicht über die Personalveränderungen des Hauses seit dem Schlusse der vorigen Session. Das Andenken der verstorbenen Abgg. **Born, Weber** und **Durlach** (natl.), **Jacobs** (kons.) und **v. Tiedemann-Bomst** (k.) wurde in üblicher Weise geehrt.

Eingegangen sind eine Reihe von Geschäftsübersichten der Regierung.

In Erledigung der Tagesordnung „Wahl der Präsidenten und Schriftführer" beantragt der Abg. **Stengel** (frk.) die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten durch Zuruf.

Präsident **v. Köller** erklärt, daß er nach eingehenden Erwägungen zu der Ueberzeugung gelangt sei, es sei besser, die Präsidialgeschäfte jüngeren, rüstigeren Schultern zu überlassen; er sei 75 Jahre alt und werde erfreut sein, wenn er die freundlichen Erinnerungen aus seiner 18jährigen Thätigkeit als Präsident des Hauses nun in das Privatleben hinübernehmen könne.

Abg. Frhr. **v. Heereman**, der bisherige erste Vizepräsident, widmet dem vom Amte scheidenden Präsidenten warme Worte der Anerkennung, des Dankes und der persönlichen freundschaftlichen Empfindungen für die langjährige, segensreiche Thätigkeit des Präsidenten. (Lebhafter Beifall; sämmtliche Mitglieder des Hauses erheben sich von ihren Plätzen.)

Präsident **v. Köller** dankt dem Redner und dem Hause.

Die Wahl findet mittels Stimmzettel statt.

Von 330 abgegebenen Zetteln sind 12 unbeschrieben, 1 lautet auf den Namen v. **Köller** und 317 auf den Namen v. **Kröcher**, der somit gewählt ist. Er erklärt dankend die Annahme der Wahl, er werde sich bemühen, das Vertrauen der Mehrheit des Hauses zu rechtfertigen und das Vertrauen der Minderheit zu erwerben. (Beifall.)

Auf den Antrag des Abg. **Stengel** (frk.) werden die Abgg. Frhr. v. **Heereman** (Z.) als erster, **Dr. Krause-Königsberg** (natl.) als zweiter Vizepräsident durch Zuruf wieder gewählt und erklären dankend die Annahme der Wahl.

Zu Schriftführern werden in gleicher Weise wiedergewählt: **Bode** (k.), v. **Detten** (Z.), **Im Walle** (Z.), **Dr. Irmer** (k.), **Jürgensen** (natl.), **Meister** (frk.), **Weyerbusch** (frk.), **Worzewski** (frk. Vp.)

Zu Quästoren ernennt der Präsident die Abgg. **Dr. Sattler** (natl.) und **Busch** (k.)

Damit ist das Haus konstituirt.

Hierauf nahm zur Ueberreichung des **Etats** und des Gesetzes über den Staatshaushalt (**Komptabilitätsgesetz**) das Wort

Finanzminister **Miquel:** Zur Erläuterung des Etats bemerke ich zunächst, daß im Kultusetat diesmal zum ersten Male die Nebenfonds in den Etat selbst eingestellt sind. Unser Staatshaushalt balancirt mit 2 187 527 000 M., davon 2 045 891 000 M. im Ordinarium. Gegen das Vorjahr ist das ein Mehr von 1,41 Millionen. Gestatten Sie mir einen kleinen Rückblick! Ich lege dabei die Ist-Einnahmen und Ausgaben von 1880 zu grunde und von 1890/91. Die allgemeinen Staatsverwaltungs-Ausgaben betrugen im Jahre 1880: 278 665 000 M., dagegen in dem neuesten Etat 501 970 000 M, also 223 Millionen mehr, wovon allein auf die letzten 9 Jahre 142 Mill. entfallen. Allerdings sind auch die eigenen Einnahmen der Staatsverwaltungen seit 1880 um 86⅔ Millionen gestiegen, davon in den letzten Jahren um 33⅓ Millionen Der allgemeine Staatszuschuß zu den Staatsverwaltungen ist daher seit 1880 um 187 Millionen, in den letzten 9 Jahren um 108 Millionen gestiegen. Diese gewaltige Steigerung der Ausgaben giebt gewiß zu denken und mahnt zur Vorsicht. Die direkten Steuern haben zur Deckung dieser Ausgabesteigerung nichts beigetragen, vor einer starken Ueberlastung mit Steuern kann also keine Rede sein. Wenn trotzdem darüber geklagt wird, so liegt das nur daran, weil diejenigen, welche heute höhere Leistungen zu tragen haben, nicht damit zufrieden sind (Ruf: Oh! Heiterkeit), während diejenigen, die in den Staatssteuern entlastet worden sind, schweigen. Besonders gestiegen seit 1880, von 57 auf 146 Millionen, sind die Ausgaben beim Kultusetat. Im ganzen erscheint jetzt diese Steigerung beendet, nur eine große Mehrausgabe, um 5 Millionen, steht uns noch bevor, zur Verbesserung der Lage der Geistlichen. Auch die landwirthschaftliche und die Bauverwaltung zeigten progressive Tendenz. Weiter schildert der Minister die Steigerung der Einnahmen und Ausgaben beim Eisenbahn-Etat. Auf eine Fortdauer der jetzigen Einnahmesteigerung, im neuesten Etat wieder um 50 Millionen, werde man nicht rechnen können. Um so mehr empfehle sich reichliche Dotirung des Extraordinariums beim Eisenbahn-Etat, wie überhaupt des Extraordinariums. Wir schaffen uns damit eine Reserve für spätere, weniger günstige Jahre. Im Jahre 96/97, das ich noch nicht erwähnt habe, hatten wir einen Gesammtüberschuß von 95⅓ Millionen, wovon, nach Abzug von 20 Millionen für Dispositionsfonds der Eisenbahnen, 75⅓ Millionen zur Extraschuldentilgung dienen. Der Ueberschuß des laufenden Jahres ist auf etwa 65 Millionen zu schätzen, also etwa 10 Millionen niedriger als im Jahre vorher. Alle Betriebsverwaltungen nehmen an den Ueberschüssen theil, nur allein die Domänenverwaltung nicht. (Rufe: Aha!) Allerdings liegt das auch mit an der Steigerung der Ausgaben, namentlich wegen des Baues der Arbeiterwohnungen. Die Forstverwaltung zeigt ein freundlicheres Bild, ihre Ueberschüsse haben auch im neuen Etat, entgegen denen der Domänenverwaltung, höher veranschlagt werden können, obwohl bei der Forstverwaltung die großartigen neuen Kulturen noch nicht rentiren, sondern sogar noch Mehrausgaben verursachen.

Die direkten Steuern sind im neuen Etat um 7½ Millionen höher angesetzt, die indirekten um 441 000 M. höher. Bei den Bergwerken ist ein Mehrüberschuß von 2 190 000 M. veranschlagt. Bei den Eisenbahnen nehmen wir eine Mehreinnahme an von 21 Millionen aus dem Personen- und von 68 Millionen aus dem Güterverkehr. Dagegen eine Mehrausgabe persönlicher Art von 17,8 Millionen und für sachliche Ausgaben ein Mehr von 29,6 Millionen. Im Extra-Ordinarium sind außerdem mehr eingestellt 25 Millionen zur Beschaffung von Betriebsmitteln, außerdem zum ersten Male 5 Millionen Dispositionsfonds für Erwerb von Grund und Boden für Eisenbahnzwecke. Eine unserer wichtigsten Errungenschaften ist die vom Hause bewilligte Schuldentilgung. Ich bin dem Hause dafür besonders dankbar. Wir werden in Zukunft stets immer erst 40 Millionen zur Schuldentilgung verwenden müssen, ehe wir an andere Ausgaben denken können.

Zu den allgemeinen Staatsausgaben übergehend, betont der Minister namentlich auch die wachsende Pensionslast, auch an Wittwen- und Waisengeldern. Die Verstärkungsfonds für die Schulzwecke in Westpreußen und Posen berührend, bemerkt er, die Verwendung dieser Fonds erfolge besser seitens der Provinzialstellen, als vom Ministerium aus. Mit den Mehrforderungen für Fortbildungs- 2c. Zwecke habe die Regierung, wie das Haus anerkennen werde, ihr vorjähriges Versprechen eingelöst. Bei dem Ministerium des Innern befinde sich ein Ausgabeplus für Dienstaufwand der Landräthe, ein Mehr, daß das Haus wohl als berechtigt anerkennen werde. Bei der landwirthschaftlichen Verwaltung seien erhebliche Mehrbeträge eingestellt für Meliorationszwecke. Im Herrenhause sei ein schleuniger Antrag heute zur Debatte betr. Verhütung der Wiederkehr von Hochwasserschäden. Aber hier heiße es: Weile bei der Eile, wenn man zweckmäßig vorgehen wolle. In Schlesien habe es, wie er glaube, an einer scharfen Kontrolle bezüglich der Offenhaltung der Flüsse gefehlt. Er gehe auf diese Fragen, die uns ja noch beschäftigen würden, heute nicht näher ein. Eine Vorlage, welche den dringendsten Nothständen abhelfe, werde ja dem Hause noch zugehen. Beim Kultusetat seien 6 Millionen höhere Zuschüsse für höhere Lehranstalten ausgeworfen, damit glaube aber die Finanzverwaltung, nach Rücksprache mit dem Kultusminister, einstweilen aus dieser Sache heraus zu sein. Für Kunst und Wissenschaft seien ebenfalls höhere Beträge angesetzt, für den Dombau 1 Million mehr, weiter beim Medizinalwesen verstärkte Mittel für Bekämpfung der Granulose in Ostpreußen. Beim Volksschulwesen werde man abwarten, was die Patrone thun würden, und sich event. ein weiteres Vorgehen vorbehalten müssen. Einstweilen seien schon in diesen Etat erhöhte Mittel für das Elementarschulwesen eingestellt. Wie günstig nach alledem unsere ganze Finanzlage erscheine, so würden wir doch, wenn die Ausgabesteigerung so wie bisher fortdauere, wieder in die Defizitwirthschaft hineinkommen. Daher müßten wir doch gegenüber neuen Ausgabesteigerungen die kritische Sonde anlegen. Wenn man auch noch hie und da, so bei den Unterbeamten, etwas nachhelfen müssen werde, so sei doch im großen und ganzen mit ferneren Ausgabeerhöhungen hintanzuhalten. Wie schwer es sei, in Deutschland zu einer Steigerung der Leistungen der Steuerpflichtigen zu kommen, das wisse ja das Haus aus Erfahrung. Preußen habe die ganz besondere Aufgabe, stark zu sein, denn Preußen habe noch ganz andere Aufgaben, als andere deutsche Staaten. Nur ein starker Staat könne seine kulturellen Aufgaben erfüllen. Und die Stärke eines Staats beruhe auf seinen Finanzen. Daß diese Stärke Preußens andauere, dazu möge das Haus mithelfen.

Schluß gegen 3 Uhr.

Montag, den 17. Januar: **Erste Lesung des Etats.**

Parlamentarisches.

Budgetkommission. Die Berathung begann mit dem Etat: Reichskanzler und Reichskanzlei. Bekanntlich sollen die Einkünfte des Reichskanzlers um 46 000 M. erhöht werden, von 54 000 M. auf 100 000 M. Die Abgg. **Müller-Glogau, Singer, Werner** sprachen sich aus verschiedenen Gründen, einmüthig aber mit Hinweis auf die den Unterbeamten verweigerte Gehaltsaufbesserung gegen die Gehaltserhöhung aus. Die Referenten hatten Zustimmung beantragt. Abg. **Lieber** warf sich in langer Rede warm für die Bewilligung ins Zeug, ebenso die Abgeordneten v. Massow, Prinz v. Arenberg, Dr. Hammacher, v. Kardorff und v. Jazdzewski. Die Forderung wird gegen sieben Stimmen bewilligt. Der Etat wird ohne Anstand bewilligt. Alsdann wird zur Berathung des Etats des Reichsamts des Innern, einmalige Ausgaben, geschritten und übernimmt an stelle des erkrankten Referenten Abg. v. Leipziger der Korreferent Abg. **Singer** das Referat. Bei der Forderung 100 000 M. für die weitere Ausschmückung des Reichstagsgebäudes mit Bildwerken und Malereien regt der Referent an, nachdem die Baukommission des Reichstags ihre Aufgabe erledigt habe, daß die Weiterführung der noch vorzunehmenden Arbeiten auf den Reichstag bez. den Vorstand des Reichstages übergehe, der allein dazu berechtigt sei. Staatssekretär Graf v. **Posadowsky** spricht sich für die Beibehaltung der Parlaments-Baukommission zur Leitung dieser Arbeiten aus. Abg. **Müller-Fulda** ist für den Vorschlag Singer's, Dr. **Hammacher** betrachtet die Frage vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus, er spricht sich für eine Kommission von sachverständigen Mitgliedern, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Bundesraths und des Reichstags aus. Graf v. **Posadowsky** theilt auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Hammacher mit, daß insgesammt die Ausgaben für die innere Ausschmückung des Reichstags eine Million Mark betragen würden. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. v. **Massow, Singer, Paasche** äußert sich Abg. **Lieber** dahin, daß Klarheit geschaffen werde, wer über den Reichstagsbau zu entscheiden habe, ob der Reichstag allein oder in Verbindung mit dem Bundesrath. Abg. **Hammacher** beantragt eine Resolution, nach welcher eine Kommission von fünf Reichstags-Mitgliedern und drei Bundesraths-Mitgliedern zu wählen sei, welche die Ausschmückung des Hauses anzuordnen und zu überwachen habe, über welche aber dem Reichstag alljährlich durch den Etat die Entscheidung vorbehalten bleibe. Staatssekretär Graf v. **Posadowsky** wünscht, daß das bisherige Verhältniß zwischen Reichstag und Bundesrath bestehen bleibe; man solle sich hier nicht auf große staatsrechtliche Fragen einlassen, für welche die Sache nicht angethan sei. Darauf wird die Sitzung wegen der Präsidialwahl im Abgeordnetenhause auf Donnerstag Vormittag 10 Uhr vertagt.

Der Budgetkommission ist die **Uebersicht der Einfuhr der wichtigeren Waarenartikel** in das deutsche Zollgebiet in den Etatsjahren 1894/95, 1895/96, 1896/97 und in den Monaten April bis November 1897, sowie des dafür eingekommenen Eingangszolles zugegangen. Die Brutto-Solleinnahme an Zöllen ausschließlich der außerordentlichen Einnahmen hat nach Abzug der Ausfuhrvergütungen und der Summe der angerechneten Einfuhrscheine betragen 1893/94 864 430 359 M., 1894/95 887 653 787 M., 1895/96 415 998 998 M., 1896/97 463 799 449 M., 1897/98 April 89 969 181 M., Mai 84 751 456 M., Juni 84 751 456 M., Juli 45 742 674 M., August 38 416 490 M., September 38 604 808 M., Oktober 47 852 905 M., November 45 220 606 M. Die Netto-Einnahme an Salzsteuer und Salzzoll betrug von 1887/88 bis 1896/97 6 881 807 M. (1896/97 48 987 232 M., gegen das Vorjahr mehr 1 232 247 M.) —

Der Gesetzentwurf betreffend Entschädigung unschuldig Verurtheilter gelangte gestern in der Kommission zur Berathung.

Unsere Genossen haben Entschädigung der unschuldig in Untersuchungshaft oder zur Sistirung gezwungener Personen beantragt. Es ist aber wenig Aussicht auf Annahme dieser Vorlage vorhanden. In der gestrigen Sitzung mißlang zunächst der vom Abg. Rintelen gemachte Versuch, das Wiederaufnahme-Verfahren noch zu verschlechtern. Sodann aber gelangte der wunderliche Vorschlag des § 1 der Regierungsvorlage gegen die freisinnigen und die sozialdemokratischen Stimmen zur Annahme. Nach diesem Vorschlag sollen nur im Wiederaufnahme-Verfahren Freigesprochene Entschädigung verlangen können, aber nur dann, wenn das Gerichtsmikroskop sie als total unschuldig erachtet, und wenn sie weder vorsätzlich, noch aus grober Fahrlässigkeit ihre Verurtheilung herbeigeführt haben. Von der einen Seite wird also das bischen genommen, was auf der anderen Seite scheinbar gegeben wurde. Am Montag findet die Fortsetzung der Kommissionsberathung statt. —

Reform der Gefängnißarbeit! Der Innungsverband „Bund deutscher Korbmacher-Innungen" hat neuerdings an das Preußische Haus der Abgeordneten eine Petition betreffend die Reform der Gefängnißarbeit gesandt mit der Bitte: Die unverhältnißmäßig große Kopfzahl der zur Zeit in den preußischen Strafanstalten mit Korbmacher-Arbeiten beschäftigten Gefangenen ehestens erheblich herunterzusetzen, um das von ihnen schon so oft beklagte Uebel wenigstens in etwas zu mildern. Infolge der Beschäftigung zahlreicher Strafgefangener mit Korbmacherarbeit laste auf dem schon an sich schwach dastehenden selbständigen Korbmacherhandwerk ein schwerer Druck. —

Der Landtags-Abgeordnete Wilhelm Zierold, seit 1879 konservativer Vertreter des Wahlkreises 2. Frankfurt (Landsberg-Soldin), geboren 12. Dezember 1825, ist gestern, nachdem er noch an der Sitzung des Abgeordnetenhauses theil genommen, in Berlin gestorben.

Partei-Nachrichten.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben ist der Parteigenosse Näther aus Berlin aufgestellt worden.

Im westfälischen Kreise Borken-Recklinghausen kandidirt wieder der Bergmann Johann Meyer, eines der Opfer des Essener Geschworenenspruchs. In seinem Aufruf sagt das Wahlkomitee: „Die Parteigenossen des hiesigen Wahlkreises sind sich einig geworden, an ihrem alten Kandidaten, den jetzigen Zuchthäusler Johann Meyer, festzuhalten. Es soll nicht heißen, daß wenn die Justiz unseren Genossen auch als ehrlos erklärt hat, die Arbeiter diese Anschauungen zu ihren eigenen machen. Der Rechtssinn des Volkes wird im Gegentheil zeigen, daß die kalten Paragraphen es nicht vermocht haben, unserem Zuchthäusler Johann Meyer das Brandmal der Ehrlosigkeit auch bei uns einzuprägen. Wir halten ihn für schuldlos und deshalb auch für würdig, unser höchstes Vertrauen auch weiter zu besitzen."

An die Parteigenossen des Kreises Solingen richtet die Sechser-Kommission folgenden beherzigenswerthen Aufruf:

„Die unterzeichnete Kommission ersucht alle Vertrauensleute in solchen Orten, wo bisher von beiden Richtungen Vertrauenspersonen vorhanden waren, nichts zu unternehmen, keine Versammlung einzuberufen, ohne sich mit einander ins Einvernehmen zu setzen.

Außerdem wäre es wünschenswerth, wenn in diesen Orten, da ja doch für gewöhnlich zwei Vertrauensleute gewählt werden, es so eingerichtet würde, daß alle beide Richtungen vertreten sind, so lange, bis sich diese Einrichtung von selbst als hinfällig erweist.

Die Kommission erlaubt sich fernerhin den Vorschlag zu machen, daß, nachdem die Vertrauensmännerfrage in allen Orten geregelt ist, sofort eine Kreiskonferenz einberufen wird, um den Kreis-Vertrauensmann neu zu wählen, außerdem die Wahlagitation sofort energisch in die Hand zu nehmen.

Die unterzeichnete Kommission bittet die Genossen, alles zu vermeiden, was den Frieden stören könnte und nur das im Auge zu behalten, was uns Alle vereinen sollte.

Ein jeder Genosse sei ein Agitator für den neuen Reichstags-Kandidaten, damit der Sieg unser sei und die Hoffnung der Gegner zu schanden werde."

Unsere Hamburger Parteigenossen beschlossen am Dienstag Abend in einer Generalversammlung der sozialdemokratischen Vereine für die drei hamburgischen Reichstags-Wahlkreise, sich an der bevorstehenden Bürgerschaftswahl zu betheiligen. Es handelt sich um die halbschichtige Erneuerung des Theils der Bürgerschaft, der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist. In allen 44 frei werdenden Wahlbezirken werden Kandidaten unserer Partei aufgestellt. Darunter befinden sich eine Anzahl Doppelkandidaturen; u. a. werden kandidiren die Genossen Otto Stolten, Gustav Stengele, Emil Fischer, Karl Heine, Reinhard Bérard, Wilhelm Metzger, August Huk, Heinrich Koenen, Paul Weinheber, Friedrich Ehlers, Paul Hoffmann, Ernst Hilmer, Louis Grünwaldt, Julius Zaffke, Adolf Demuth, Joh. Staningk.

Es ist das erste Mal, daß sich unsere Partei offiziell an den Bürgerschaftswahlen betheiligt. Wir wünschen den Hamburger Parteigenossen besten Erfolg!

Das „Volksblatt für Halle" theilt mit, daß Dr. Völkel aus der Redaktion ausgeschieden und an seine Stelle der Parteigenosse Weißmann getreten ist.

Im 1. sächsischen Reichstags-Wahlkreise Zittau, der im Reichstag durch den Freisinnigen Buddeberg vertreten ist, steht der Sozialdemokratie kein einziges Versammlungslokal zur Verfügung. Die klassenbewußten Arbeiter haben daher keine Gelegenheit, den Unwahrheiten der Gegner so entgegenzutreten, daß auch die indifferenten Arbeiter die Widerlegung der Angriffe kennen lernen. Aus diesem Grunde, und im übrigen, um die Ausbreitung der sozialdemokratischen Bestrebungen nachhaltiger zu fördern, wird jetzt unter dem Titel „Der arme Teufel aus der Ober-Lausitz" ein Flugblatt herausgegeben, dessen einzelne Nummern nach Bedarf erscheinen. Redakteur des Flugblatts ist der Parteigenosse Edmund Fischer in Dresden-Briesnitz, der Reichstags-Kandidat des Wahlkreises Zittau. Die einzelne Nummer des in Groß-Quart erscheinenden Flugblatts, dessen erste Nummer vier Seiten stark ist, wird zum Preise von 5 Pf. verkauft.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Dem Inhaber der Buchhandlung der „Volksstimme" in Magdeburg ist auf sein Gesuch um Ersatz der Bilder, die nach der Aufhebung der Beschlagnahme in beschädigtem Zustande zurückgeliefert worden waren, vom Polizeipräsidium der Bescheid zugegangen, daß diese Behörde den Schadensersatz ablehne, weil die Bilder in demselben Zustande, in welchem sie die Justizbehörde dem Polizeipräsidium übersandt habe, einem Vertreter der Buchhandlung ausgehändigt worden seien. Gleichzeitig theilt das Polizeipräsidium mit, daß die Bilder deshalb zurückgegeben worden sind, weil das infolge Uebertretung des § 6 des Preßgesetzes anhängig gemachte Verfahren wegen Verjährung eingestellt werden mußte. — Zu der Ablehnung des Schadensersatzes meint die „Volksstimme": „Schadet nichts. Die Buchhandlung wird dieserhalb nicht zu Grunde gehen. Hat doch dieselbe nun einige Sehenswürdigkeiten mehr aufzuweisen."

— Aus Erfurt wird berichtet: Als vor zwei Jahren unser Genosse Güldenberg an die Staatsanwaltschaft das Ersuchen richtete, die wegen Preßvergehens über ihn verhängte Untersuchungshaft aufzuheben, weil seine Frau vor der Entbindung stand, wurde ein Kautionsangebot in jeder Höhe abgelehnt. Man vergleiche damit folgende Meldung: Der unlängst wegen Sittlichkeitsverbrechens festgenommene 18jährige Sohn des Spargelplantagenbesitzers Dieckmann ist gegen 20 000 M. Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Wir meinen, daß die Entlassung Güldenberg's viel angebrachter gewesen wäre, als die Freilassung des 18jährigen ledigen Bourgeoissöhnchens.

— Redakteur Stücklen von der „Oberfränkischen Volkszeitung" in Hof wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung zu 25 M. Geldstrafe oder fünf Tagen Gefängniß und zu den üblichen Nebenstrafen verurtheilt, weil er über einen Unternehmer, der seinem Personal die bisher gewährten dienstfreien Tage entzogen hatte, geschrieben hat: „Der Mann verdiente eigentlich ob dieser Menschenfreundlichkeit ausgehauen zu werden — in Stein natürlich."

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Holzarbeiter-Verband. Branchenvertreter für die Drechsler ist jetzt K. Scholtka, Oranienstr. 195 v. II.

Deutsches Reich.

Achtung, Korbmacher! In Bernburg sind bei der Firma Calm u. Ahlfeld sämmtliche Korbmacher wegen bedeutender Lohnreduktionen in den Ausstand getreten. Alle Zuschriften sind an Max Günther, Bernburg, Magdeburgerstr. 22, zu richten.

Ueber den Ausstand der Metallarbeiter in Torgelow war in letzter Zeit von den kleinen Provinzblättern vielfach die Meinung verbreitet, daß die Arbeiter nicht geneigt wären, eine Einigung in der strittigen Angelegenheit herbeizuführen. Die Arbeiter haben darauf an die Fabrikanten ein Schreiben gerichtet, in dem sie um Vorschläge für die Grundlage zu einer Einigung ersuchten. Hierauf haben die Fabrikanten folgende Antwort gegeben:

Auf Ihre an untenstehende Firmen gerichtete Zuschrift theilen wir Ihnen mit, daß wir dem Fachverein angehörende Former ꝛc. nicht einstellen können und werden. Wir stellen heute nur Former ꝛc. nach Bedarf unter nachstehenden Bedingungen ein.

Bedingungen: Wir verpflichten uns hiermit, die bisher weiter arbeitenden Kollegen und deren Familien wegen der Streiksache in keiner Weise wörtlich oder thätlich innerhalb sowie außerhalb der Arbeit zu belästigen, sowie auch, daß wir dem Fachverein der Metallarbeiter oder einem ähnlichen Verein nicht angehören, widrigenfalls wir mit unserer sofortigen Entlassung einverstanden sind oder 10 Mark an die Fabrikskrankenkasse zahlen. (Folgen die Unterschriften der Fabrikanten.)

Diese kurz abweisende Antwort hat in den Reihen der Streikenden eine tiefe Erbitterung hervorgerufen, die wohl auch die Ursache recht beklagenswerther Vorkommnisse geworden ist, über die uns folgendes berichtet wird:

Als am Montag Abend einige in Arbeit stehende von Torgelow den Heimweg antraten, kam es im Walde zwischen diesen Arbeitern und den Streikenden zu einer sehr ernsten Schlägerei, bei der mehrere verwundet und ein Arbeiter getödtet sein sollen. Es sind infolge dessen zahlreiche Vernehmungen und Verhaftungen vorgekommen, über deren Resultat bis jetzt nichts bekannt ist.

Ausland.

Polizeimaßnahmen bei Streiks, die von dem Berner Gemeinderath getroffen worden waren, sind von dem bernischen Kantonsgericht als verfassungswidrig aufgehoben worden. Ein auf grund der Polizeiverordnung verurtheilter Buchbindergehilfe wurde freigesprochen und ihm die Kosten seiner Vertheidigung zurückerstattet.

Aus Lens (Frankreich) wird berichtet, daß in Drocourt ein Bergarbeiter-Ausstand ausgebrochen ist. Bis jetzt stehen 300 Bergleute im Streik.

Die englischen Maschinenfabrikanten haben soeben zu den letzten Vorschlägen, die bekanntlich ebenso wenig wie die früheren den Beifall der Arbeiter fanden, eine Reihe von Kommentaren veröffentlicht. In diesen wird den Einigungsvorschlägen eine andere, den Arbeitern günstigere Auslegung gegeben. Eingangs bemerken die Unternehmer, daß ihre Vorschläge vielfach mißverstanden und falsch ausgelegt worden seien. Sie verfolgen mit der neuesten Veröffentlichung ohne Zweifel den Zweck, den Arbeitern die Vorschläge annehmbarer erscheinen zu lassen, andererseits ist aus dem Vorgehen zu ersehen, daß auch die Unternehmer allen Grund haben, den Frieden herbei zu wünschen. Den Vorschlägen der Unternehmer setzt die Redaktion der „Daily Chronicle" andere entgegen, die sich den Wünschen der Arbeiter noch mehr nähern und sich mit den der „Shipping World", die wir kürzlich wiedergegeben haben, fast decken. Die „Daily Chronicle" appellirt an den Chef des Arbeitsamts, sich von neuem der Sache anzunehmen und eine Verständigung anzubahnen. Es sei das um so leichter, als die beiderseitigen Vorschläge sich jetzt bedeutend näher gekommen seien. Ob es dahin kommen wird, bleibt abzuwarten. — Der soeben erschienene Monatsbericht des Maschinenbauer-Gewerkvereins für den Monat Januar giebt die Zahl der Mitglieder dieses Vereins am Ende des Jahres auf 91 944 an; 27 996 davon erhielten im Monat Dezember Streikunterstützung gegen 27 864 im vorigen Monat.

Soziales.

Die Schlagwetter-Explosion auf Zeche Kaiserstuhl wurde in einer außerordentlich stark besuchten Bergarbeiter-Versammlung in Dortmund erörtert. Das Referat hielt Reichstags-Abgeordneter Möller, der bekanntlich selbst Bergarbeiter gewesen ist und daher den Bergbetrieb aus eigener Erfahrung kennt. Die Versammlung faßte einstimmig folgende Resolution:

„In anbetracht dessen, daß nach Ausweis der deutschen Unfallstatistik die tödtlichen Verletzungen im Bergbau innerhalb des letzten Jahrzehnts nicht gesunken sind, eher sich vermehrt haben, während die ausländischen bergmännischen Todesziffern fast durchweg eine Abnahme zeigen, die schweren entschädigungspflichtigen Unfälle im deutschen Bergbau sich fast durchweg verdoppelt haben, erscheint eine durchgreifende Reformirung der deutschen Berginspektion als unabweisbares Bedürfniß.

Unseres Erachtens wird das Leben und die Gesundheit der Bergarbeit besser geschützt, wenn man den heute amtirenden, an Zahl völlig unzureichenden Berginspektoren, Hilfskontrolleure aus den Reihen der Arbeiter zur Seite stellt. Diese Hilfskontrolleure müssen in geheimer, direkter, vom Unternehmer völlig unbeeinflußter Wahl von den Belegschaften gewählt, vom Staate bevollmächtigt und besoldet werden.

Für die Wetterführung auf den Gruben ist jedoch beim Steinkohlenbergbau auf jeder in Förderung stehenden Schachtanlage ein besonderer Beamter anzustellen.

Diese Reform der Berginspektion wird von der Arbeiterschaft für so durchaus nothwendig gehalten, daß, sollte es nicht anders möglich sein, sie sogar die Besoldung der Hilfskontrolleure übernimmt."

Arbeiter-Risiko. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, stürzte in einem bei dem Dorfe Kreuth gelegenen Steinbruch eine Steinmasse herab und verschüttete drei Arbeiter. Ein Arbeiter war sofort todt, die beiden anderen wurden schwer verletzt. —

Die organisirten Arbeiter Weimars haben bei den städtischen Behörden ihren früheren Antrag auf Errichtung eines städtischen unentgeltlichen Arbeitsnachweises wiederholt. Die Erfurter „Tribüne" theilt darüber mit: Die Annahme einer derartigen Forderung wäre schon früher sicher gewesen, wenn damals nicht die Arbeiterschaft darauf bestanden hätte, daß eine Bestimmung Aufnahme fände, wonach bei Lohnkämpfen ꝛc. der Arbeitsnachweis seine Thätigkeit für die betr. Branchen einstellen sollte. Da aber ein derartiger Passus abgelehnt wurde, so fiel das ganze Statut und mit dem Arbeitsnachweis wurde es nichts. Die neuerliche Eingabe betrachtet den fraglichen Passus zwar noch als eine Nothwendigkeit, will aber an dessen Nichtaufnahme den Arbeitsnachweis nicht scheitern lassen.

Gerichts-Zeitung.

Hallunke Röder. Anklänge an den bekannten „Fall Köppen" treten aus einer Verhandlung heraus, welche gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II stattfand. Wegen Anmaßung eines öffentlichen Amtes und wegen Beleidigung war der Hauseigenthümer und Fabrikant Röder, Inhaber städtischer Ehrenämter in Charlottenburg angeklagt. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu grunde: In der Nacht vom 8. zum 9. September v. J. gingen drei Dienstmädchen, die in der Viktoria-Brauerei in der Lützowstraße zum Konzert gewesen und dann auch beim darauffolgenden Tanz geblieben waren, nach der Nürnbergerstraße, wo sie ihren Dienst hatten. Die eine davon, namens Marski, wurde von ihrem Bräutigam, dem Arbeiter Kähn begleitet und diese beiden, die sich viel zu erzählen hatten, blieben naturgemäß ein Stück zurück, während die Dienstmädchen Voll und Nickel vorausgingen. Plötzlich trat der Angeklagte an die letzteren beiden heran und forderte die Voll auf, mit ihm nach einem Café zu gehen. Als das Mädchen entrüstet ablehnte, bot er ihr ein Goldstück als Preis für ihre Begleitung, doch fand er auch damit keine Gegenliebe. Nun wandte er sich mit demselben Ansinnen an die Nickel, die ihn in gleicher Weise ablaufen ließ. Inzwischen war Kähn mit seiner Braut herangekommen. Als dieser erfuhr, warum es sich handelte, machte er dem Röder lebhafte Vorwürfe, worauf dieser eine weiße Blechmarke aus der Westentasche zog und erklärte, er sei „Kriminalbeamter", die ganze Gesellschaft müsse ihm zur Wache folgen. Kähn und die Nickel waren dazu bereit, die anderen beiden Mädchen hatten aber Scheu vor der Polizeiwache und ergriffen die Flucht, da das Haus Nürnbergerstr. 4, in welchem sie bedienstet waren, nicht allzufern lag. Röder folgte ihnen mit größter Schnelligkeit, doch hatte sich die Hausthür bereits hinter die Verfolgten geschlossen. Damit begnügte sich Röder aber nicht. Er klopfte den Portier heraus, dem er erklärte, daß er Kriminalbeamter sei, daß er an der Ecke ein paar Mädchen beobachtet habe, wie dieselben einen Herrn „ankoberten" (ansprachen), daß die H.... hier in dieses Haus geflüchtet seien und daß er dieselben unter allen Umständen heraushaben müsse, um sie zur Wache zu bringen. Der Portier erklärte kurz und bündig: „In diesem Hause wohnen nur anständige Leute!" und schlug ihm die Thür vor der Nase zu. Inzwischen kam Kähn dazu und sorgte für die Feststellung des Pseudo-Kriminalisten. Vor der Strafkammer legte Röder furchtbare Reue an den Tag, denn Leugnen wäre nutzlos gewesen angesichts der klipp und klaren Beweisführung. Immerhin ging der Staatsanwalt Chrzescinski mit dem Angeklagten streng ins Gericht. Derselbe beantragte fünf Monate Gefängniß, denn angesichts der in letzter Zeit häufig vorgekommenen Fälle, in denen sich Zivilpersonen einen amtlichen Charakter beilegten, um jungen Mädchen auf der Straße Belästigungen zuzufügen und sie durch ihren vorgespiegelten amtlichen Charakter willfährig zu machen, müsse einmal ein Exempel statuirt werden. Der Gerichtshof nahm auf die „bisherige Unbescholtenheit und die Reue des Angeklagten" Rücksicht, billigte mildernde Umstände zu und erkannte nur auf 500 M. Geldstrafe event. 100 Tage Gefängniß. Was der gemeine Bursche sich dafür kaufen wird!

Unterliegen die Angestellten eines Pensionats, das Bildungszwecke verfolgt, der Krankenversicherung? Das Hausmädchen eines Frankfurter Pensionats war krank geworden und ließ sich auf Kosten des Ortsarmenverbandes im Krankenhause behandeln. Der Armenverband verlangte dann von der Allgemeinen Orts-Krankenkasse seine Auslagen insoweit ersetzt, wie dies nach dem Krankenversicherungs-Gesetze zulässig ist. Die Kasse verweigerte jedoch die geforderte Leistung und behauptete, das Mädchen unterliege als Angestellte des Pensionats überhaupt nicht der Versicherungspflicht, da das Pensionat ein Lehrinstitut sei. Bildungsanstalten dieser Art könnten ebenso wenig wie Schulen als Gewerbebetriebe angesehen werden. Der Orts-Armenverband klagte nunmehr, wurde aber vom Bezirksausschuß abgewiesen. Das Gericht trat der Auffassung der Krankenkasse bei. Die sodann eingelegte Revision begründete der Armenverband damit, daß es sich hier doch um einen Gewerbebetrieb handele. Die Besitzer des Pensionats gingen auf Gewinnerzielung aus. Zum Beispiel nähmen sie einen Theil ihrer Zöglinge gegen Entgelt in Kost und Logis. Der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts verwarf indessen die Revision mit folgender Begründung: Die Ertheilung von Unterricht sei sowohl nach der gewerblichen und der Steuergesetzgebung wie auch nach der allgemeinen Auffassung nicht als ein Gewerbebetrieb anzusehen; also unterliege das Dienstpersonal von Unterrichtsanstalten auch nicht der Versicherungspflicht. Eine Unterrichtsanstalt sei aber das fragliche Pensionat. An seinem Charakter als einer solchen werde dadurch nichts geändert, daß diejenigen Schüler und Schülerinnen, die nicht in Frankfurt ihr gewöhnliches Domizil hätten, in der Anstalt gegen ein bestimmtes Entgelt Kost und Logis erhielten, denn diese Einrichtung diene nur den Unterrichtszwecken.

Fünfundneunzig Prozesse gegen säumige Garantiefonds-Zeichner wurden am Mittwoch wieder vor der 12. Zivilkammer des Landgerichts I. unter dem Vorsitz des Landrichters Dr. Schück verhandelt. In einigen Fällen erging ein Versäumnißurtheil, weil die Beklagten nicht erschienen waren, drei wurden auf den 10. Februar und einige andere auf den 24. Februar vertagt. In allen übrigen Fällen erfolgte wiederum die Verurtheilung nach dem Klageantrage des Arbeitsausschusses. Zu den Verurtheilten gehört auch der Vorsitzende des Rechtsschutz-Komitees Herr Grubert.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 12. Januar. (W. T. B.) Wie das „Neue Wiener Tageblatt" meldet, wird die ursprünglich aus 11 Kriegsschiffen gebildete österreichisch-ungarische Flotille in den kretischen Gewässern von jetzt ab nur noch aus 5 Schiffen bestehen.

Budapest, 12. Januar. (W. T. B.) Der Gouverneur von Fiume Graf Ladislaus Szapary ist mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet worden. Der Fiumaner Gemeinderath dürfte infolge der Vorgänge bei der vorgestrigen Podestawahl abermals aufgelöst werden.

Haag, 12. Januar. (W. T. B.) Nach einer amtlichen Depesche aus Batavia vom 6. d. M. ist der Hauptort der Insel Amboina durch ein Erdbeben vollständig zerstört worden. 50 Personen sind dabei ums Leben gekommen und 200 Personen sind verwundet worden. Die Offiziere der Garnison und das bei der Insel liegende Kriegsschiff sind unverehrt geblieben.

Bern, 12. Januar. (W. T. B.) Gegen das Eisenbahnrückkaufs-Gesetz liegen bis heute bereits 49 898 Referendumsunterschriften, statt der erforderlichen 30 000, vor; es muß also die Volksabstimmung über das Gesetz stattfinden; dieselbe ist auf den 20. Februar angesetzt.

Paris, 12. Januar. (W. T. B.) Das französische Schiff „Saint Pierrais" hat bei Neufundland Schiffbruch gelitten; die aus 17 Personen bestehende Mannschaft ist uns Leben gekommen.

Cadix, 12. Januar. (W. T. B.) Beschäftigungslose Arbeiter drangen in San Lucar de Barrameda ein und plünderten dort die Läden; es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

London, 12. Januar. (W. T. B.) Der Befehl zur Entsendung des 3. Husaren-Regiments nach Egypten ist zurückgezogen worden.

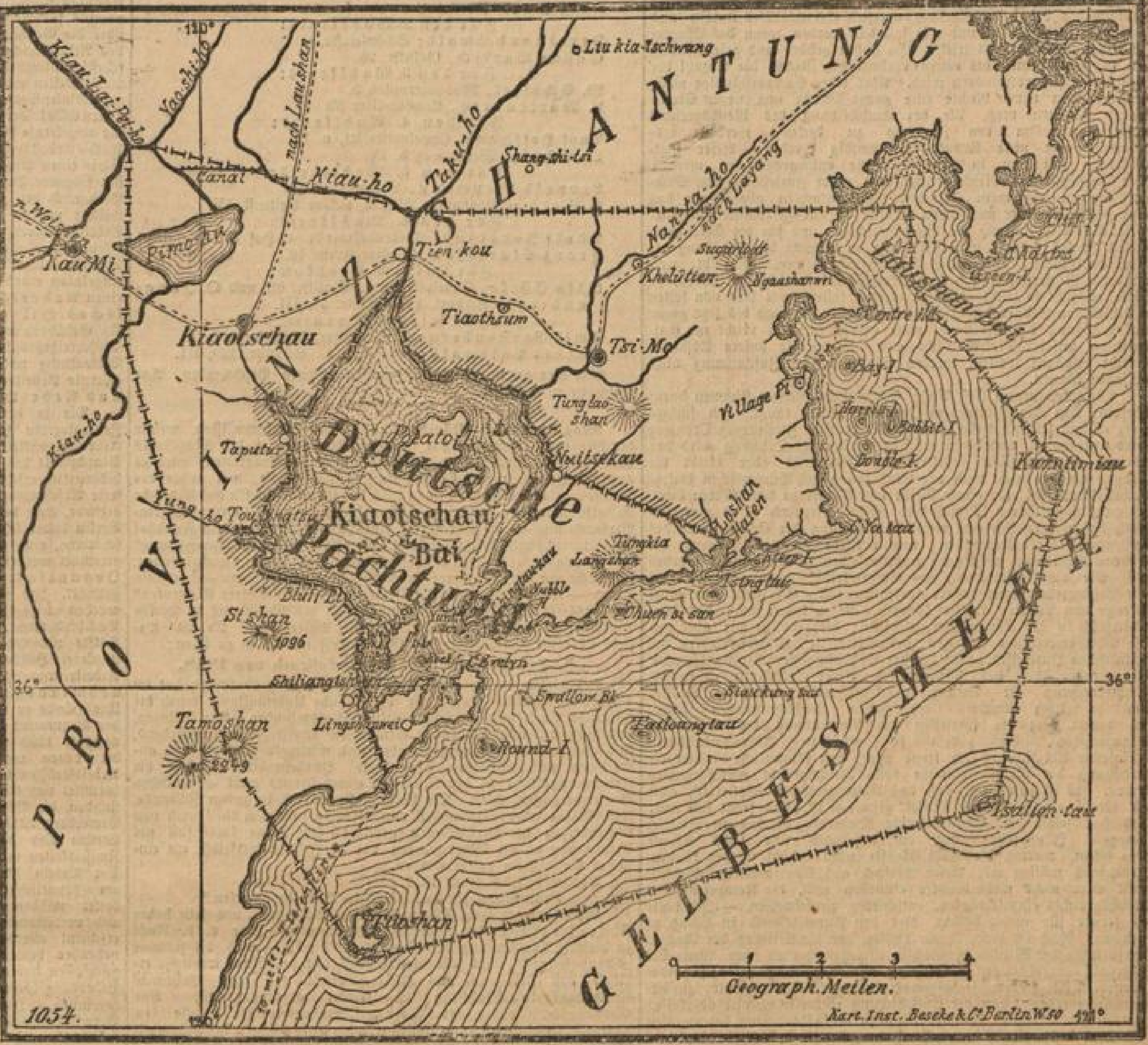
Brüssel, 12. Januar. (W. T. B.) Der hiesige Provinzial-Steuerdirektor Naus ist als General-Zolldirektor nach Persien berufen worden. Naus soll die Zollverwaltung in Persien nach belgischem Muster organisiren.

New-York, 12. Januar. (W. T. B.) Gegen Mitternacht wüthete ein Wirbelsturm bei Fortsmith und zerstörte einen großen Theil der Stadt; dann zog er nach Westen gegen Littlerock und zerstörte dort eine große Zahl von Gebäuden, ebenso in der Stadt Alma. In Fortsmith brach an mehreren Stellen Feuer aus, 18 Leichen wurden bisher aufgefunden. In Alma und auf der Strecke zwischen dieser Stadt und Fortsmith wurden mehrere Personen getödtet.

Bombay, 12. Januar. (W. T. B.) Während der letzten 48 Stunden sind hier 154 Personen an der Pest erkrankt und 167 gestorben.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Die deutsche Pachtung von Kiaotschau.



Vor einigen Tagen ist im „Reichs-Anzeiger" amtlich mitgetheilt, daß die deutsche Regierung von derjenigen China's durch Pacht einen Landbesitz an der Kiaotschau-Bucht erworben hat. Das neue deutsche Gebiet enthält nach dieser Bekanntmachung die beiden den Eingang zur Kiaotschau-Bucht im Norden und Süden begrenzenden Landzungen, ferner die in und vor dieser Bucht gelegenen Inseln und die ganze Wasserfläche der Bai bis zur Hochwassergrenze. Innerhalb dieses Gebietes besitzt Deutschland von nun ab alle Hoheitsrechte, wie im eigenen Lande.

In einer Proklamation des Geschwaderchefs, Vizeadmiral von Diederichs, welche bei der Besitzergreifung in Schantung am 14. November 1897 veröffentlicht worden ist, sind auch die Grenzen des besetzt gehaltenen Gebietes angegeben und in unserer beistehenden Karte ebenso wie der effektive Landerwerb daselbst zur Darstellung gebracht.

Der Verlauf der Grenzen des besetzt gehaltenen Gebietes ist nach dem Wortlaut der Proklamation folgender:

1. Von einer geraden Linie aus, die man vom Meeresufer nach dem Osthügel zieht, bis zu dem Punkte, der bei Hochwasser 18 Li (gleich 1½ deutsche Meilen) von Kiaotschau entfernt ist.

2. Von dort in einer geraden Linie nordwärts nach der Tapoteng Likin-Station; von dort zurück bis zur Vereinigung der Kiaotschau- und Takuflüsse.

3. Von dort ostwärts nach dem Meeresufer bis zu einer imaginären Linie, welche die Lauschanbucht in der Mitte durchschneidet.

4. Die östliche Linie verläuft von einem nördlichen Punkt bis zu einem Punkte halbwegs der Lauschanbucht, von dort südwärts bis zu den Ufern der Inseln von Kuankimiau, Tsalien u. s. w.

5. Die südliche Linie erstreckt sich von der Insel Tsalien bis zum südlichen Punkte der Insel Tiloschau.

6. Im Norden dehnt sie sich bis nach dem Meeresufer an der Westseite, wo beide Richtungen aneinanderstoßen, aus.

Soweit die vorhandenen Karten jener Gegend eine bildliche Wiedergabe des Inhaltes des Pachtvertrages und der Proklamation ermöglichen, sind die Grenzen jener Gebiete in der beistehenden Karte zur Darstellung gebracht.

Die äußere Begrenzung des ersten Okkupationsgebietes ist durch eine Strichlinie, die Umgrenzung des deutschen Pachtgebietes durch eine stärkere Strichlinie mit schräger Schraffirung, sowie durch die Worte „Deutsche Pachtung" deutlich bezeichnet.

Reichstag.

15. Sitzung. Mittwoch, den 12. Januar 1898.

Am Bundesrathstische: Nieberding.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 2½ Uhr.

Zwei schleunige Anträge auf Einstellung der Strafverfahren gegen den Abg. Meyer in Danzig und gegen den Abg. Stadthagen in Berlin werden angenommen.

Darauf wird die erste Berathung der Entwürfe eines Gesetzes, betr. Aenderungen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes und der Strafprozeß-Ordnung sowie der Zivilprozeß-Ordnung fortgesetzt.

Dr. v. Buchka (k.): Namentlich möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Bestimmungen über die Rechtsfähigkeit der Vereine hinlenken. Auch die wissenschaftliche Seite der Frage ist noch durchaus nicht genügend geklärt. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Stellung der Rechtskonsulenten. Die bisherige Praxis enthält da noch einige Härten. Die Verhältnisse in Deutschland haben sich vielfach so entwickelt, daß wir ohne die Rechtskonsulenten nicht auskommen können, namentlich in ländlichen Kreisen, in denen keine Rechtsanwälte vorhanden sind, die Leute aber doch Rechtsbelehrung suchen. Ich glaube, daß wir bei der Bestimmung bleiben können, daß bestimmten Leuten, die um die Erlaubniß nachsuchen, die Konzession, Parteien vor Gericht zu vertreten, sei es auf Widerruf, sei es auf Zeit, ertheilt wird, und daß diesen dann eine gewisse Unabhängigkeit in ihrer Stellung beim Gericht zuerkannt wird. — Im Namen meiner politischen Freunde muß ich erklären, daß wir nicht in der Lage sind, für die in Aussicht genommene Erhöhung der Revisionssumme zu stimmen. Es ist doch gerade von höchster Wichtigkeit, daß die immer wieder entstehenden neuen Kontroversen vor das Forum des Reichsgerichts gezogen werden; die hieraus sich ergebenden Präzedenzfälle schaffen dann in immer höherem Maße die Rechtseinheit; und diese Entwickelung würde durch die beabsichtigte Erhöhung der Revisionssumme natürlich stark aufgehalten werden, da es nunmehr von der zufälligen Vermögensstellung der Parteien abhängt, ob gewisse Kontroversen der Entscheidung des Reichsgerichts vorgelegt werden, oder nicht.

Abg. Haase (Soz.): Mit meinen Parteifreunden bin ich der Ansicht, daß ein tiefer Eingriff in die Grundlagen des bestehenden Gesetzes erforderlich ist, um den Bedürfnissen weiter Kreise des Volkes gerecht zu werden. Ich erkenne jedoch an, daß erhebliche Mißstände im Rahmen des Entwurfs beseitigt werden sollen. Wir wenden uns zunächst gegen die Bestimmung, daß das Gericht in Zukunft von Amtswegen alle Vollmachten zu prüfen hat. Diese Bestimmung hat einen bitteren Beigeschmack von Fiskalität; sie würde darauf hinauslaufen, die Gerichtskosten zu erhöhen. Die heutigen Zustände haben nach meiner Meinung nicht zu Mißständen geführt, in Zukunft aber hätten wir auch noch eine Stempelsteuer. Da die Kosten jetzt schon zu groß sind, muß jeder Versuch, die Kosten noch zu vermehren, durchaus bekämpft werden. Wir sind sehr damit einverstanden, daß die Rechtskonsulenten zugelassen werden sollen, daß das Volk denjenigen Personen, denen es Vertrauen entgegenbringt, die Vertretung beim Gericht übertragen darf. Aber die Bestimmung, daß erst durch das Gericht über die Zulassung der Rechtskonsulenten entschieden werden soll, kann unsern Beifall nicht finden. Ich fürchte, daß bei der Entscheidung dieser Frage die Richter auch politische Momente in betracht ziehen und Rechtskonsulenten, die für eine Partei agitatorisch thätig sind, die nach ihrer Anschauung die Grundlage des Staates untergräbt, diese Erlaubniß verweigern würden. Schwere Bedenken haben wir auch bei den Bestimmungen über die Miethskontrakte. Es ist bekannt, in welcher rigorosen Weise die Hausagrarier ihre Macht ausüben und daß sie, wenn Streitigkeiten vorkommen, von allen gesetzlichen Bestimmungen zur Herbeiführung der sofortigen Räumung der Wohnung Gebrauch machen. Die Regierung hat, um diesem Umstand entgegenzutreten, die Bestimmung eingeführt, daß auf Antrag der Richter eine angemessen bemessene Frist die Räumung festsetzen soll. Die bloße Befugniß der Richter halten wir aber nicht für ausreichend. Eine große Zahl der Richter würde, da sie durch die Brille der Hausagrarier sehen, von dieser Befugniß nie Gebrauch machen. Auch das Prinzip, daß erst Antrag gestellt werden soll, halten wir nicht für richtig. Auch ungewandte Parteien, die es verabsäumen, Antrag zu stellen, müßten vom Richter vertreten werden. Es müßte klipp und klar die Bestimmung aufgestellt werden, daß der Richter auch ohne Antrag verpflichtet ist, eine Frist für die Räumung zu setzen. Es kann ferner keinem Zweifel unterliegen, daß auf dem Gebiete des Entmündigungs-Verfahrens Fehlsprüche schlimmster Art gefällt worden sind. Die Vorschläge der Regierung würden das, was sie beabsichtigt, nicht erreichen; vielmehr müßte das Laienelement bei diesen Urtheilssprüchen viel mehr herangezogen werden. Einige Vorfälle in der letzten Zeit, in denen auf Entmündigung wegen Geisteskrankheit erkannt worden ist, haben gezeigt, daß es nothwendig ist, hier zum Schutz der persönlichen Freiheit Schritte zu thun. Wenn ein Mann mit lebhaftem Temperament, leidenschaftlichem Fühlen, sich exzentrisch benahm, wurde oft schon erklärt, der Mensch ist krankhaft abnorm. Es ist auch schon der Versuch gemacht worden, Leute lediglich wegen ihrer politischen Gesinnung als geisteskrank hinzustellen, indem man deduzirte, daß ein Mann, der so extreme Anschauungen hätte, nothwendigerweise verrückt sein müsse. Wenn in solchen Fällen Laien neben dem Richter sitzen würden, würden sich derartige Mißstände nicht einbürgern. Wir haben es gern gesehen, daß der Entwurf eine Reihe von Gegenständen für unpfändbar erklärt, die bisher pfändbar gewesen sind, deren Entziehung die wirthschaftliche Existenz des armen Mannes ruinirt hat. Wenn solche Dinge, wie künstliche Gliedmaßen, Brillen, die wegen körperlicher Gebrechen nothwendig waren, wenn Trauringe in Zukunft nicht mehr gepfändet werden sollen, so kommt darin doch zum Ausdruck, daß sie bisher gepfändet wurden. Aber die Bestimmung allgemeiner Natur, daß Gegenstände, welche zum gewöhnlichen Hausstand gehören, der Grundsatz, daß kleinste Vermögenstheile, deren Erlös für den Gläubiger keinen Werth hat, deren Verlust auf der anderen Seite aber den Schuldner aufs schwerste schädigt, nicht mehr der Pfändung unterworfen sein sollen, kann uns nicht befriedigen. Wer soll denn darüber entscheiden? Formell zwar der Gerichtsvollzieher, da aber dieser nur der Beauftragte ist, liegt die Entscheidung in der That in den Händen der Gläubiger selber. Vergessen Sie doch nicht, daß der Blick des Gerichtsvollziehers, der nach der Gunst des Gläubigers hascht, schwer dahinter kommen wird, daß Gegenstände unpfändbar seien. Nehmen Sie den Grundsatz an, der in amerikanischen Staaten gilt, daß der Schuldner das Recht hat, wenn es zur Pfändung kommt, eine Reihe von Gegenständen vorher für sich auszusondern, um seine wirthschaftliche Existenz zu sichern. Es ist Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß die wirthschaftliche Existenz des Schuldners nicht völlig vernichtet werde. Alle diejenigen, die für die Heiligkeit der Ehe, für die Aufrechterhaltung der Familie eintreten, haben mit uns ein Interesse daran, diesen Weg zu gehen. Ein weiterer Mißstand liegt darin, daß heutzutage Gegenstände, welche von dem Gerichtsvollzieher gepfändet sind, für jeden Preis losgeschlagen werden und so die Taxe weit hinter dem wirklichen Werth zurückbleibt. Unsere Ueberlegung muß dahin gehen, ob nicht ein niedrigstes Gebot für die Gegenstände eingeführt wird. Wir haben es vermißt, daß keine Bestimmung in dem Entwurf enthalten ist, die ausschließt, daß Personen, die auf grund eines Arbeitsvertrages Handlungen nicht leisten und zu diesen durch Geldstrafen nicht angehalten werden können, durch das Mittel der Haft angehalten werden dürfen. Auch das Zentrum hat erklärt, daß es ausgeschlossen wäre, daß jemand auf grund eines Arbeitsvertrages eingesperrt werde. Die Frage liegt uns noch am Herzen, welche Instanzen gegenüber Urtheilen von Laiengerichten bei Berufungen entscheiden sollen. Gerade die Gewerbegerichte haben einen geschärften Blick für die wirthschaftliche Entwickelung und wissen für diese das Recht zu finden, während die Fachjuristen dieser Entwickelung weltfremd gegenüberstehen und sich in ausgetretenen Geleisen bewegen. So ist es gekommen, daß die Rechtskonstruktionen der Gewerbegerichte, die durchaus nicht das Licht der Wissenschaft zu scheuen brauchen, bei den Fachjuristen keinen Anklang gefunden haben und vielfach über den Haufen geworfen werden. Wir müssen also dem Laienelement einen Einfluß einräumen, damit dergleichen verständige Urtheile nicht wieder umgestoßen werden können. Wir wissen, daß ein Rechtsverfahren, das auf volle Gerechtigkeit Anspruch machen kann, wo die Richter vom Volke gewählt werden und die Justiz unentgeltlich ist, gegenwärtig nicht gefunden werden wird. Wir sind aber überzeugt, daß es auch jetzt wohl möglich ist, ein besseres Verfahren auch in der gegenwärtigen Gesellschaft einzuführen, wenn unsere Grundsätze Anerkennung finden. Wir werden uns bemühen, in der Kommission so viel als möglich zu bessern im Interesse der armen Bevölkerung. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimborn (Z.): Die Vorlage bringt eine ganze Reihe von erfreulichen Einrichtungen: die Erleichterung der Klage-Einreichung halte ich für eine der besten. Darum kann ich aber nicht über eine große Anzahl von Mißständen hinwegsehen, die sie schafft oder bestehen läßt. Es ist gesagt worden, daß die Zivilprozeßordnung einstweilen nicht im großen Stile reformirt werden soll. Ich erachte es für einen großen Vortheil, daß die Kostenfestsetzung nunmehr nicht durch den Fiskus, sondern im Amtsgerichtsverfahren auf direktem Wege gleich bei der Urtheilssprechung erfolgen kann. Warum soll aber dies auf das Amtsgericht beschränkt bleiben, warum nicht auch z. B. bei Handels- und Wechselsachen?

Was die Frage der Rechtskonsulenten anlangt, so schließe ich mich durchaus der Beschwerde darüber an, daß die Zulassung derselben durch den Richter beschränkt werden darf. Durch diese Zurückweisungsbefugniß wird eine Anwaltschaft zweiter Klasse geschaffen; es sinkt hierdurch das Ansehen des Anwaltstandes überhaupt. Und eine Folgeerscheinung wird dann sein eine Herabziehung des Richterstandes, der ganzen Institution des Gerichtshofes.

Ein weiteres Bedenken habe ich gegen die Bestimmung des Vortermins durch den Richter, der in vielen Fällen wohl nicht die nöthige Uebersicht über die Materie hat. Vollends für inopportun halte ich es, daß schon im Vortermine ein Vergleich abgeschlossen werden darf, ohne daß der Beklagte durch einen Anwalt vertreten ist. Was ich ferner für absolut nothwendig erachte, ist das, daß jede Partei 8 Tage vor dem Termine ihren Anwalt bestimmt, widrigenfalls ein Versäumnißurtheil ergeht.

In bezug auf die Zwangsvollstreckung hat mein verehrter Herr Vorredner, Kollege Haase, eine Reihe von Anregungen ausgesprochen, die ich für durchaus beachtenswerth halte. Ich hoffe, daß die Vorlage aus der Kommission in einer Gestalt hervorgehen wird, die unsere Wünsche befriedigt. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Nieberding: Die Reichs-Justizverwaltung hat einen Antrag, der auf Beschränkung der Kompetenz des Reichsgerichts hinausläuft, nur mit schwerem Herzen zu unterstützen sich entschlossen; es sprachen aber zu schwerwiegende Gründe für diese Beschränkung. Das Reichsgericht arbeitet jetzt mit 6 Senaten in Zivilsachen und rund 50 Richtern. Trotz dieses großen Apparates ist das Reichsgericht an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit; die Reichsrichter sind jetzt nicht in der Lage, sich den wissenschaftlicher Studien, die

für ihre Bedeutung im Rechtsleben absolut erforderlich ist, zu widmen. Das kommt daher, daß das Reichsgericht mit einer Menge von Materien belastet wird, die gut anderswo erledigt werden können; die Zahl der nicht erledigten Sachen wuchs demgemäß von 1890—96 von 692 auf 1110; wir sind dahin gekommen, daß eine große Zahl von Sachen erst 6 Monate nach ihrer Einbringung zur Verhandlung gelangen; die Anzahl dieser Sachen ist in den einzelnen Jahren folgende: 1890 2, 1891 2, 1892 35, 1893 110, 1894 219, 1895 222. Aus der Erkenntniß der Unhaltbarkeit dieser Lage heraus wünscht das Reichsgericht selber dringend eine Abhilfe; der gegenwärtige Zustand droht das Ansehen des obersten Gerichtshofes im In- und Auslande zu zerstören; und wie soll das werden, wenn das Bürgerliche Gesetzbuch in kraft tritt? Sie haben gehört und gelesen, daß mit der Einführung des neuen einheitlichen Rechts die Anzahl der Revisionen sich vermindern wird. Aber jeder Sachverständige weiß, daß mit dem neuen Rechte eine ganze Menge von neuen Streitfragen kommen muß, die der Entscheidung des Reichsgerichts unterliegen. Um den Zuwachs zu decken, werden insgesammt acht neue Senate nothwendig werden; dieser Entwickelung soll nun in gewisser Weise entgegengetreten werden. Der Präsident des Reichsgerichts hat unter Zuziehung von Sachverständigen auf mein Ersuchen das Gutachten abgegeben: das einzige Mittel einer wirksamen Abhilfe ist nur zu erblicken in einer wesentlichen Entlastung des Reichsgerichtes; und für die Erreichung dieses Zieles kommt in erster Linie in betracht die Erhöhung der Revisionssumme. Wenn das Reichsgericht selber, wenn die verbündeten Regierungen sich zu diesem Schritte entschlossen haben, so hätte er nicht so leicht abgethan werden sollen, wie dies von seiten verschiedener Redner dieses Hauses geschehen ist; was bis jetzt gegen die Erhöhung der Revisionssumme gesagt ist, das reicht zur Entkräftung unserer Motive nicht aus. Wenn Sie unsere Absichten gerecht erwägen wollen, werden Sie uns Ihre Zustimmung nicht versagen können.

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.): Sämmtliche Redner stimmen darin überein, daß die Zivilprozeß-Ordnung nichts taugt. Ich schlage ganz einfach folgendes Gesetz vor: Die deutsche Zivilprozeß-Ordnung wird aufgehoben und die preußische Zivilprozeß-Ordnung wird den übrigen Landestheilen aufoktroyirt. Jedenfalls aber bleibt die Frage, ob man nicht noch vor Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches schon jetzt eine ganze Reihe von Reformen durchführen kann, bei ganz unhaltbaren Mißständen. Sehr erfreulich ist es zum Beispiel, daß wir endlich eine rechtliche Regelung der Entscheidung des Kostenpunktes erhalten sollen; nur verstehe ich nicht, warum die Kostenentscheidung nicht ganz auf denselben Boden gestellt werden soll, wie die Entscheidung der Sache selbst, warum das Mittel der Beschwerde gegen erstere fortfallen soll. Es giebt eine ganze Menge von Punkten in der Novelle, die zu loben sind; das kann schließlich in der Kommission geschehen; hier wollen wir aber nur die tadelnswerthen vorbringen; bedauerlich ist das Hervorkehren des fiskalischen Interesses, auch bei der Erhöhung der Revisionssumme. Ein großer Theil des Mißtrauens unserer Volkskreise gegen die Rechtsprechung ist darauf zurückzuführen, daß der Richter sich so hoch immer über jeden Rechtssuchenden stellt; ich meine hier im speziellen die Anwendung des Ungebühr-Paragraphen, die zudem so oft zu Absonderlichkeiten kuriosester Art führt. Ich freue mich, daß sämmtliche Redner die Erhöhung der Revisionssumme beim Reichsgericht zurückgewiesen haben. Es ist ja richtig, daß das Reichsgericht überlastet ist, aber ob hierin ein geeignetes Mittel gefunden ist, das fragt sich noch, das hat selbst der Staatssekretär Nieberding etwas in Zweifel gezogen. Ich sehe nicht ein, weshalb nur sechs Senate sein sollen, warum die Arbeitskräfte nicht erhöht werden können. Jedenfalls müssen wir diesen Versuch aus Sparsamkeitsrücksichten, weil man nicht mehr Richter einstellen will, die Kompetenz des Reichsgerichts einzuschränken, entschieden zurückweisen. — Ich halte es ferner für meine Pflicht, hier den Anwaltsstand in Schutz zu nehmen. Auch ich halte es für richtig, daß die Stellung der Rechtskonsulenten der Willkür der Richter entzogen werden muß. Wenn Sie aber auf der offiziellen Zulassung bestehen, dann würde ja jeder fortschrittliche oder sozialdemokratische Rechtskonsulent zurückgewiesen werden, wenn die Entscheidung einem Einzelnen überlassen werden soll. Ertheilen Sie aber eine gewerbliche Konzession, dann müssen Sie auch bestimmte Bedingungen, eine Art Examen, für die Einsetzung festlegen. Mit dieser offiziellen Konzession der Rechtskonsulenten würden Sie einen schlimmeren Schlag gegen die Anwaltschaft führen als Sie es je mit einem Assessorengesetz gegen die Richter gethan haben, und dagegen muß ich mich im Interesse der Rechtsanwaltschaft, der guten Elemente unter meinen Kollegen, entschieden verwahren. Die Folge würde sein, daß die respektablen Rechtsanwälte die Amtsgerichte, an denen Rechtskonsulenten zugelassen sind, fliehen würden und sich auf die Landgerichte zurückziehen. Ich bitte Sie, die Frage der Wirkung dieser Maßregeln in der Kommission gehörig zu ventiliren und die Vorschläge der Vorlage zu diesem Punkt abzulehnen.

Staatssekretär **Nieberding**: Der Herr Vorredner hat ausgesprochen, daß bei der Ausarbeitung des Entwurfes fiskalische Gründe für die Erhöhung der Revisionssumme maßgebend gewesen seien. Ich kann positiv erklären, daß niemals und an keiner Stelle der Verhandlungen Berathungen mit dem Finanzministerium gepflogen sind. Ich selbst habe diesen Gedanken nie gehabt. Der Gedanke, daß die Zukunft unseres Reichsgerichts von finanziellen Gründen abhängig gemacht werden könnte, ist derartig, daß ich mich nie zum Träger desselben machen würde.

Es wird darauf die **Vertagung** der Berathung beantragt und beschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 13. Januar, 2 Uhr.

Tagesordnung: Schwerinstag. Zentrumsantrag, die sogen. lex Heintze.

Schluß 6 Uhr.

Kommunales.

In der gestern unter Vorsitz des Stadtsyndikus **Weise** stattgefundenen Sitzung der **Hochbau-Deputation** legte der Baurath Hoffmann die **Entwürfe für den Neubau der Gemeinde-Doppelschule** in der Christianiastraße und für den Neubau der **zweiten Handwerkerschule** auf dem Andreasplatze vor, welche von der Deputation genehmigt wurden. — Die städtische **Tiefbau-Deputation**, welche gestern unter dem Vorsitz des Stadtraths **Voigt** tagte, beschäftigte sich mit der Uebernahme der Simeonstraße, welche gegenwärtig Privatstraße ist, in die städtische Verwaltung. Bekanntlich hatte die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag des Stadtverordneten Baurath Kyllmann beschlossen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, dahingehend, daß die sich gegenwärtig in schlechtem Zustande befindliche Simeonstraße als **öffentliche** Straße in die dauernde Unterhaltung der Stadtgemeinde zu übernehmen, unter der Voraussetzung, daß die Adjazenten genannter Straße sich bereit finden, einen einmaligen Kostenbeitrag von 68 500 M. an die Stadtgemeinde zu zahlen. Die städtische Baudeputation stimmte diesem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung zu und beschloß, zunächst einen Fluchtlinienplan ausarbeiten zu lassen, nachdem mit den Adjazenten ein bindendes Abkommen in bezug auf den Beitrag erzielt sein wird.

Ferner hat die Deputation heute die Auswahl der im Etatsjahre 1898/99 neu- beziehungsweise umzupflasternden Straßen vorgenommen. Die definitive Feststellung derselben bedarf jedoch zunächst noch der Zustimmung des Magistrats. Es ist zu erwarten, daß die Beschlußfassung desselben schon in allernächster Zeit erfolgt, weil die Feststellung der Pflasterungsliste im engsten Zusammenhange steht mit der Festsetzung des Straßen- und Brückenbau-Etats pro 1898/99.

Lokales.

Der Wahlverein des 3. Kreises hält heute (Donnerstag), abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, seine ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen außer einem Vortrage der Rechenschaftsbericht des Vorstandes, sowie Ersatzwahlen des Vorstandes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Billets zum Stiftungsfest am 15. Januar im Konzerthaus „Sanssouci", Kottbuserstr. 4a, sind in der Versammlung zu haben. Mitgliedsbuch legitimirt. Der Vorstand.

Die Adressen der Preßkommissions-Mitglieder sind:

Für den 1. Wahlkreis:
Joh. Timm, Annenstr. 38, IV.
Karl Woldt, Kanonierstr. 13, I.

Für den 2. Wahlkreis:
Ferdinand Ewald, Schönleinstr. 6.
Gustav Bartsch, Goltzstr. 28.

Für den 3. Wahlkreis:
W. Schölzel, Mariannenplatz 5.
A. Wartenberg, Louisen-Ufer 39.

Für den 4. Wahlkreis:
Paul Hoffmann, Oppelnerstr. 21, v. II.
W. Schulz, Weidenweg 5, IV.

Für den 5. Wahlkreis:
Leopold Liepmann, Linienstr. 25.
A. Roth, Schönhauser Allee 2, rechter Seitenfl. IV.

Für den 6. Wahlkreis:
Adolf Jacobius, Diedenhofenerstr. 4, Hof IV.
Franz Staroffon, Wollinerstraße 58.

Für Teltow-Beeskow:
Otto Görke, Charlottenburg, Wallstr. 68 und O. Jungandreas, Rixdorf, Handjerystr. 54, III.

Für Nieder-Barnim:
Emil Gerstenberger, Weißensee, Wilhelmstr. 3, I.
Robert Pasewaldt, „ Streustr. 120, III.

Alle hier genannten Parteigenossen nehmen Beschwerden, Anregungen 2c. entgegen.

Magistrat und Märzdenkmal! Der Subkommission, welche der Magistrat eingesetzt hat, um die Entscheidung des Magistrats über den Denkstein für die Märzgefallenen vorzubereiten, wird es angenehm sein, wenn sie Kenntniß davon erhält, daß außer der Stadtverordneten-Versammlung auch das Kuratorium für das städtische Bestattungswesen — und zwar schon lange vor der Stadtverordneten-Versammlung — die Errichtung eines Denksteines auf dem Friedhof im Friedrichshain beschlossen hat. Wir können der „Kreuz-Zeitung" und verwandten Seelen den Schmerz nicht ersparen, nachzuweisen, daß nicht nur die Stadtverordneten-Versammlung, sondern — horribile dictu — auch bereits der Magistrat mit „revolutionären Elementen" durchsetzt ist. In dem Verwaltungsbericht des Magistrats zu Berlin für die Zeit vom 1. April 1896 bis 31. März 1897. Nr. 20. Bericht über die Verwaltung der Gemeinde-Friedhöfe ist zu lesen:

„5. Der Friedhof der Märzgefallenen von 1848.

Bei diesem im Friedrichshain belegenen Begräbnißplatz hat im Laufe des Berichtsjahres nur die übliche Unterhaltung durch die städtische Park- und Gartenverwaltung stattgefunden. Die Anlagen, aus Bäumen und blühenden Sträuchern (meist Flieder) bestehend, sind außerordentlich üppig gediehen und wimmeln geradezu von anmuthigen und nützlichen Singvögeln. Insbesondere aber ist die Erinnerungslinde in der Mitte zu einem bereits recht ansehnlichen Baum herangewachsen. Die Wege befinden sich in gutem Zustande. Die Gräber werden zum theil von Vereinen und zum theil noch von Angehörigen der Verstorbenen gepflegt. Im Jahre 1898 soll zur Erinnerung an die Beerdigungen vor 50 Jahren hierselbst ein einfacher Gedenkstein gesetzt werden.

Berlin, den 16. Juni 1897.

Kuratorium für das städtische Bestattungswesen."

Was sagt ger Herr Oberpräsident v. Achenbach und sein hoher Chef, der Vater der Vereinsgesetz-Novelle, Herr v. d. Recke zu dieser „Anerkennung der Revolution"? Und wird die fromme „Kreuz-Zeitung" nicht schaudernd ihr Haupt verhüllen, wenn sie erfährt, daß der von uns zitirte Bericht von dem Geheimen Regierungsrath Stadtrath E. Friedel gezeichnet ist. Vor allem aber, was sagt Herr Oberbürgermeister Zelle zu seinem „revolutionären" Kollegen, der als Chef der Spezialverwaltung die Errichtung eines Denksteins verkündet, während die hofwilligen und -fähigen Magistratsdiplomaten nur ein neues Gitter für die Freiheitskämpfer übrig haben. Weit genug ist's wahrlich mit dem liberalen Bürgerthum in Berlin gekommen, wenn man auf Winke aus Potsdam „rechts um kehrt" zu machen gewillt ist. Konnte man früher von „Bürgerstolz vor Königsthronen" sprechen; heut reicht's nicht einmal mehr zum „Bürgerstolz vor Ministersesseln". —

Ueber die ärztliche Untersuchung zurückgebliebener Berliner Gemeindeschulkinder, die eine Aerztekommission vor einigen Monaten, der Wissenschaft halber und mit Erlaubniß der Schuldeputation, in 10 Schulen ausgeführt hat, ist von den an der Untersuchung betheiligten Herren Dr. S. Kalischer (Nervenarzt), Dr. Moll (Augenarzt), Dr. H. Neumann (Kinderarzt), Dr. Teichmann Arzt für Hals-, Nasen-, Ohrenleiden) ein **Bericht an die Schuldeputation** erstattet worden. Die „Deutsche Medizinische Wochenschrift" (1898, Nr. 1) bringt daraus einen Auszug, der erkennen läßt, daß das von Herrn Rektor O. Hintz über jene Untersuchung gefällte Urtheil (in der „Päd. Ztg."), das wir kürzlich (1897, Nr. 301) an dieser Stelle wiedergaben, nicht ganz gerecht war. Die Untersuchung sollte sich nur auf solche Kinder erstrecken, die länger als 2 Jahre in der 6., 5. oder 4. Klasse saßen, doch wurden auf Wunsch der Lehrer auch einige Kinder mituntersucht, die nicht von der Schuldeputation dazu bestimmt worden waren. Von im ganzen 10 132 Kindern der betreffenden Schulen und Klassen wurden 255 Kinder (123 Knaben, 132 Mädchen) in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung geprüft. Unter diesen wurden von den Aerzten 116 Kinder (64 Knaben, 52 Mädchen) als **geistig minderwerthig** bezeichnet, und zwar als schwachbegabt 68, schwachsinnig in geringerem Grade 25, schwachsinnig in höherem Grade 15, blödsinnig 8. Die Blödsinnigen saßen sämmtlich in den beiden untersten Klassen; 5 davon waren bereits 13—14 Jahre alt. **Körperliche Störungen** wurden außerordentlich häufig gefunden. Von 123 Knaben und 132 Mädchen hatten z. B. 101 + 90 skrophulöse Drüsenanschwellungen, 75 + 89 Gaumen- oder Rachenmandelvergrößerung, 47 + 33 abgelaufene Mittelohrentzündung, 14 + 25 Kropf, 10 + 9 skrophulöse Augenentzündung (fast immer abgelaufen), 10 + 4 Sprachstörungen, 10 + 7 Kopfschmerzen stärkeren Grades, 7 + 8 Schwachsichtigkeit (abgesehen von der durch skrophulöse Augenentzündung veranlaßten) u. s. w. u. s. w. Faßt man die wichtigeren Erkrankungen gruppenweise zusammen, so wurden gefunden: innere Krankheiten bei 76 pCt. aller untersuchten Kinder, Störungen des Nervensystems bei 10 pCt., der Nasenathmung bei 64 pCt., der Sprache bei 5 pCt., Herabsetzung des Gehörs bei 35 pCt., der Sehschärfe bei 19 pCt. Angesichts dieses überaus **ungünstigen Ergebnisses** muß man sich fragen, welche Zahlen wohl herauskommen würden, wenn die Untersuchungen — wie es jetzt mehr als je gefordert werden muß — **auf sämmtliche Gemeindeschulkinder ausgedehnt** würden. Der Bericht sagt, die Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Kinder durch die gefundenen körperlichen Störungen sei vielfach mit Sicherheit anzunehmen, wenn sie sich auch nicht genau nach ihrer Höhe abschätzen lasse. Aus dieser Probeuntersuchung, deren bei der Kürze der Zeit unvermeidliche Mängel der Bericht übrigens zugiebt, sei die **Wichtigkeit der ärztlichen Mitwirkung** nicht nur den Aerzten selber, sondern auch den betheiligten Lehrern (für die Herr Hintz das Gegentheil behaupten zu können erklärte) ersichtlich geworden, — namentlich wegen mehrerer schwerer Fälle, z. B. zweier Fälle von Geistesstörung, eines Falles von schwerem Herzfehler u. s. w. Die Aerzte verkennen andererseits (in Uebereinstimmung mit Herrn Hintz) durchaus nicht, daß bei einer Anzahl Kinder **äußere Umstände**, wie Faulheit, ungünstige häusliche Verhältnisse, häufige Schulversäumnisse, Umschulungen u. s. w., die hauptsächliche, wenn nicht einzige Veranlassung für das Zurückbleiben waren. Der Bericht hebt besonders hervor die häufige Verwendung zu **häuslicher oder gewerblicher Nebenbeschäftigung** in einer die kindlichen Kräfte übersteigenden Weise; doch wirke dieser Umstand wesentlich nur bei normal begabten oder wenig zurückgebliebenen Kindern mit, während Kinder mit ausgeprägterem Schwachsinn ihrer Unbrauchbarkeit wegen hierzu nicht verwendet würden. Auf grund des Ergebnisses dieser Untersuchungen empfehlen die Aerzte schließlich für die Schwachbegabten **Hilfsklassen** (deren Einrichtung inzwischen von der Schuldeputation bereits angestrebt wird), für die Idioten und sittlich Verwahrlosten Unterbringung in Anstalten.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis. In der am Sonntag stattgehabten Sitzung des Gesammtvorstandes des Zentralvereins für Arbeitsnachweis berichtete der Vorsitzende Dr. **Freund** über die Geschäftsergebnisse des abgelaufenen Jahres. Der Betrieb des Arbeitsnachweises hat sich hiernach in allen Abtheilungen sehr günstig entwickelt; gegen das Jahr 1896 ist eine Steigung von rund 2000 Stellen eingetreten. Es betrug die Zahl der eingeschriebenen arbeitslosen Personen insgesammt 29 803, der gemeldeten offenen Arbeitsstellen 22841. Der Verein unterhält bekanntlich neben dem Arbeitsnachweis für ungelernte Arbeiter (Handarbeiter, Hausdiener, Kutscher 2c.) noch Fach-Arbeitsnachweise für Maler, Schlosser, Klempner, Lackirer, sowie einen Arbeitsnachweis für weibliche Personen. Der Vorstand hat folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Der Plan zur Einrichtung eines Verbandes der **preußischen** Arbeitsnachweis-Anstalten soll erweitert werden zur Bildung eines Verbandes der **deutschen** Arbeitsnachweis-Anstalten. Zu diesem Zwecke werden die öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweis-Anstalten im Deutschen Reich zu einer Versammlung auf den 6. Februar cr. nach Berlin eingeladen worden. 2. Der Zentralverein für Arbeitsnachweis wird einen **Arbeitsnachweis für Dienstboten und häusliches Hilfspersonal** (Aufwärterinnen u. s. w.) einrichten. An Gebühren wird, wie in den übrigen Abtheilungen lediglich eine Einschreibegebühr von 25 Pf. erhoben. 3. Zur Mitwirkung bei der Verwaltung und Beaufsichtigung des Arbeitsnachweises für ungelernte Arbeiter soll ein aus **Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer** bestehendes Kuratorium eingesetzt werden.

Die in dem Berichte mitgetheilten Zahlen lehren, daß der Zentralverein für Arbeitsnachweis unter den Organisationen für Arbeitsvermittelung eine beachtenswerthe Stellung einnimmt. Vom Standpunkt des gewerkschaftlich organisirten Arbeiters aus mag dies bedauerlich erscheinen; aber wo die theoretisch durchaus einwandsfreie Anschauung, daß es dem Arbeiter nur in seiner Organisation gezieme, über den Verkauf der Waare Arbeitskraft zu verfügen, in Berlin leider kaum etwas anderes ist, als eben eine theoretische Anschauung, muß wohl oder übel mit dem vor Augen liegenden Umstand gerechnet werden. Bis jetzt haben nur recht wenige **Arbeiter-Organisationen** nennenswerthes in der Arbeitsvermittelung geleistet. Im statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin für 1895 werden aufgezählt der Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen in Buchbindereien, der von 2227 Bewerbern 1137, also gerade die Hälfte plaziren konnte; ferner hat besetzt der Verein der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter 367 (432 Arbeiterangebote). Von anderen Arbeiterorganisationen fehlen genauere Angaben. Von **Unternehmerorganisationen**, welche die Arbeitsvermittelung in ihre Hände zu bringen gewußt haben, sind zu nennen der Verband der Brauereien Berlins, der von 3717 Bewerbern nur die Hälfte, nämlich 1893 unterbringen konnte, sowie verschiedene Innungen, bei denen merkwürdigerweise zum theil die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot überstieg. Die Bäckerinnung (Germania?) berichtet von 6002 offenen Stellen, denen 5011 Bewerber gegenüberstanden, die Bäckerinnung „Konkordia" hingegen brachte von 2443 Bewerbern 2211 unter. Die Tapezierinnung meldet von 2566 offenen Stellen und 2086 Bewerbern, ein Fall, der wahrscheinlich in Zwistigkeiten mit der Arbeiterschaft seine bedenkliche Ursache hat. Der Verein Berliner Metallindustrieller, der den Arbeitsnachweis am fanatischsten als Strafwerkzeug gegen mißliebige Arbeiter mißbraucht, bringt keine Zahlen über seine unheilvolle und verbitternde Thätigkeit. Einem derartigen Wirken gegenüber erscheint allerdings die Einrichtung des Zentralvereins, dem sich nebenher bemerkt, im Laufe der Zeit verschiedene Innungen angeschlossen haben, als ein verhältnißmäßiger Fortschritt. Beträchtliche Bedeutung könnte der geplante Arbeitsnachweis für **Dienstboten** gewinnen. Im statistischen Jahrbuch wird von einem einzigen Vermiethungsbureau gemeldet, daß es — gegen schweres Geld natürlich — nicht weniger als 15 400 männliche und 60 700 weibliche Dienstboten verhandelt habe!

Die Reform der Kriminalpolizei betreffend, weiß ein Berichterstatter zu melden, daß dieselbe nach dem „Londoner System" stattfinden soll. Das Polizeipräsidium beabsichtigt, je zwei Polizeirevieren, zu denen schon jetzt je zwei Kriminal-Schutzleute gehören, einen Kriminal-Wachtmeister ständig zuzutheilen. Der Kriminal-Wachtmeister hat die Leitung für alle kriminalistischen Ermittelungen in den beiden ihm unterstellten Revieren. Er tritt hauptsächlich bei schwereren Vergehen in Thätigkeit und arbeitet mit seinen 4 Untergebenen selbständig wie ein Kommissar. Die Bezirks-Kriminalwachtmeister haben in dem Mittelpunkt ihres Reviers Wohnung zu nehmen und sollen die einzelnen Beamten möglichst dauernd in dem Bezirk bleiben, damit dieselben Gelegenheit bekommen, die Einwohner der betreffenden Reviere nach Möglichkeit kennen zu lernen. Hierdurch würde in Ermittelungsfällen ein bedeutend erleichtertes Arbeiten für die betreffenden Beamten stattfinden, eine Annahme, welche sich in der langjährigen Erfahrung der Londoner Polizei bestätigt hat. Die Kriminalwachtmeister, deren für Berlin rund fünfzig gebraucht werden, sind aus der Exekutive der gegenwärtigen Kriminalpolizei zu entnehmen, während bei dieser der Sollbestand durch neuanzustellende Beamte ersetzt wird. Da die Durchführung der Reform eine Erhöhung des ständigen Polizei-Etats um zirka 120 000 M. verursacht, so muß natürlich der Landtag seine Zustimmung zu derselben geben. Sobald diese ertheilt, wird dann mit der Reform begonnen werden; dieselbe kommt allmälig zur Durchführung, dürfte jedoch kaum vor Mitte 1899 beendet sein.

So der Berichterstatter, dessen Mittheilungen wir auf ihre Richtigkeit hin nicht prüfen können. Selbst wenn aber der Versuch gemacht würde, die äußere Organisation der Polizei zu ändern, so würde damit im Wesen der Sache gar nichts erreicht werden. Die Hauptursache der hie und da vorkommenden polizistischen Ungeheuerlichkeiten, die weit ins Bürgerthum hinein Gegenstand des Hasses und der Abscheu sind, haben darin ihren Grund, daß die in betracht kommenden Beamten meistens keine Ahnung davon haben, wie man mit dem Publikum einer Großstadt umzugehen hat. Wie sollen sich auch zivile Umgangsformen einem Manne anheften, der in seiner Jugend etwa ostelbischer Ackerknecht war, dann zum Kommiß kam und dort nach erfolgter Kapitulation jahraus jahrein Rekruten drillte? Solange das Material, dem die öffentliche Sicherheit anvertraut ist, nicht der zivilen Bevölkerung entnommen wird, wird an dem Wesen der Polizei wenig geändert werden.

Legaler Kindermord. Unsern Lesern wird bekannt sein, daß der Volksschullehrer **Agahd** in Rixdorf sich seit längerer Zeit mit dem traurigen Kapitel der **Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder** eingehend befaßt hat. Dem Rixdorfer Honoratiorenpöbel erschien diese Thätigkeit profitwidrig, und er unternahm es daher, den Lehrer bei seiner vorgesetzten Behörde anzuschwärzen. Dies hat Herrn Agahd nicht abgehalten, seine verdienstvollen Arbeiten, zu denen sich namentlich in dem Proletariervorort Rixdorf überreiches Material bot, mit Eifer fortzusetzen. Seine Erfahrungen sind jetzt in einer bei Meyer-Mackan (Bonn, Berlin, Leipzig) erschienenen Broschüre niedergelegt. Das lebendig geschriebene Büchlein enthält eine Reihe Momentbilder, aus denen wir folgende Probe wiedergeben:

„Alle Neune! Tambour! Grenadier!" — so schreit Franz, der Kegeljunge im „Krug zum grünen Kranze", wo Damen in Kostüm den Gerstensaft kredenzen, bis spät in die Nacht hinein. Manchmal setzt der arme Kerl sechs oder mehr Stunden hintereinander auf. Daß der schweißtriefende Junge auch essen muß — inzwischen — daran denken die Herren Kegler nicht immer. In der Ecke steht Bier. Manchmal giebt's auch 'nen kleinen „Nordhäuser" zur Erfrischung. Und jetzt Franz nicht Kegel auf, so spült er Flaschen, trägt Geschirr ab, „hilft die Damen", und — bekommt

Bier in Menge! Was soll daraus werden? Spät in der Nacht, manchmal „gegen drei Uhr Morgens", schwankt er heim — ermattet, halb bezecht . . .

Ein zweites Bild:

„Kann ich liefern gehen?" so fragte ein Schüler. Das Kind sah auffallend bleich aus.

„Wann bist Du zu Bette gegangen?

„Heute morgen! Ich bin am Tisch eingeschlafen. Bis —"

Otto weinte.

„Warum so spät?"

„Wir machen Puppenschuhe und Christbaumschmuck." — —

Wo blieb da die vielbesungene Elternliebe?! Gemach, gemach, mein, Freund. Die Noth tödtet — mordet! Und es ging liefern, das bedauernswerthe Geschöpf — „wir kriegen sonst keine Arbeit wieder" — und von 2 Uhr nachmittags ab arbeitete es wieder bis 12 Uhr nachts und — schlief in der Schule ein.

Da sind weiter Kinder, welche Froschschenkel gegen Lohn sammeln und die verstümmelten Thiere wegwerfen. Kinder, die schweißtriefend an den Trapezen der Zirkus und Tingel-Tangel höheren oder minderen Grades mitwirken. Andere, den bezeichnenden Namen „Rollmops" führend, liegen bis zum späten Abend als Hüter der Frachtstücke auf den Wagen der Spediteure. Da sind Kinder, die in den Lokalen oder auf der Straße Brezeln und Zündhölzer verkaufen; Kinder, die Stunde für Stunde zwei schwarze Strichlein in die verschlungenen Goldbuchstaben eines zierlichen Monogramms zeichnen, die Düten kleben, Schrauben drehen, Putzfedern machen u. s. w. u. s. w. Stunde um Stunde Tag für Tag. Und auf dem Lande kommt es trotz der Verbote der königlichen Regierung immer wieder vor, daß Schulkinder zu Treibjagden verwendet werden. In glühender Mittagshitze müssen andere auf dem Gutshofe antreten, um bis zum Abend auf dem Felde zu arbeiten. Das sind die Arbeitsstätten für tausende von Kindern, ganz abgesehen von der Zahl jener, die in Fabriken arbeiten; wird doch trotz des Gewerbeschutzgesetzes nach den Berichten der Gewerberäthe noch manches Kind als jugendlicher Arbeiter eingestellt.

Die Gesellschaft, die zu ihrer Existenz derartiger an wehrlosen Kindern verübter Abscheulichkeiten bedarf, maßt sich an, daß sie die „göttliche Weltordnung" repräsentire. Uns Sozialdemokraten liegt es ob, dafür zu sorgen, daß an ihrer Stelle eine menschliche Ordnung der Dinge platzgreift.

Familienstammbücher sind bekanntlich bei den Standesämtern eingerichtet worden. Der Bedarf an solchen Büchern beziffert sich im Jahre 1898/99 auf 12 000 bis 15 000 Stück, zu deren Beschaffung 6000 M. erforderlich sind. Der Magistrat hat diese Summe in den nächstjährigen Etat eingestellt.

Unsittliche Unternehmer. Eine eigenartige schwarze Liste besitzt, wie Herr Rechtsanwalt Dr. Bieber gestern in einer Versammlung der Gesellschaft für ethische Kultur mittheilte, der Hilfsverein für weibliche Angestellte. Es ist dies ein Verzeichniß derjenigen Chefs und Leiter von Handelsbetrieben, welche sich ihrem weiblichen Personal gegenüber Uebergriffe in sittlicher Beziehung zu schulden kommen ließen. Den auf der schwarzen Liste stehenden Arbeitgebern werden vom Verein keine Arbeitskräfte vermittelt. Im Anschluß an diese Mittheilung betonte Dr. Bieber, daß man sowohl dem Hilfsverein, als auch dem Verein Jugendschutz in der Oeffentlichkeit bitter Unrecht thue, wenn man ihnen „gewerbsmäßige Denunziation" zum Vorwurf mache. Daß die jungen Mädchen in den Geschäften vor unsittlichen Zumuthungen ihrer Chefs geschützt werden müßten, gebe jedermann zu, der einzig wirksame Schutz sei aber nur die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Die in der Frauen-Protestversammlung vom letzten Sonntag gefallene Behauptung, daß Frauen auch beim Staatsanwalt kein Gehör fänden, sei unrichtig, die Staatsanwaltschaft habe sich im Gegentheil sehr entgegenkommend gezeigt und in den meisten zur Anzeige gebrachten Fällen „im öffentlichen Interesse" die Klage erhoben. In der Revisionsinstanz würden die im Gerichtssaal hauptsächlich gegen den Verein „Jugendschutz" vorgebrachten Verleumdungen und Unwahrheiten gebührend widerlegt werden.

Selbsthilfe. Herr Dr. Wrede, der steckbrieflich verfolgte Redakteur der „Kritik", verweilt gegenwärtig in Rom. Er schreibt von dort aus: Der bisherige zweimonatliche Aufenthalt in dem notorisch ungesunden Weichselmünde hatte mir sowohl einen heftigen Bronchialkatarrh eingetragen, als auch meine Nerven aufs Schlimmste mitgenommen. Ich bin daher nach vorheriger ärztlicher Konsultation am 31. Dezember v. J. über Berlin nach Italien gereist, um mich dort für die Verbüßung der restlichen vier Monate zu kräftigen. Ich habe dieses der königl. Staatsanwaltschaft mitgetheilt und zugleich erklärt, daß ich in den ersten Tagen des Februar wieder nach Weichselmünde zurückkehren würde.

Der zur Zeit in Plötzensee sitzende Herr von Lützow soll ein Gnadengesuch an den Kaiser gerichtet haben um Abkürzung seiner auf 1 Jahr 8 Monate festgesetzten Gefängnißstrafe. Das Gesuch ist der „Voss. Ztg." zufolge, abgelehnt worden.

In der Angelegenheit des vermißten Kaufmanns Behrendsen wird uns von dem in Stralau wohnhaften Gastwirth Girbig geschrieben: Behrendsen kam Ende September 1897 nach Berlin und logirte einige Zeit in meinem Lokal „Gasthof zur Fischerhütte" zu Stralau. Ich selbst war ihm beim Suchen eines Geschäftslokals behilflich; er eröffnete dann am 1. Oktober in dem Hause Stralauer Allee 17 f eine Filiale des Mohr'schen Margarine-Fabrikats. Behrendsen machte, wie er mir versicherte, sehr gute Geschäfte. Ich ging fast täglich mehrere Male an seinem Laden vorüber und habe ihn stets besucht; er war immer heiter und guter Dinge und freute sich, daß sein Geschäft so gut ging. Die Sylvesternacht hat er noch in der übermüthigsten Laune bis morgens 4½ Uhr in meinem Lokal verbracht. An dem fraglichen Abend nun war Behrendsen gleichfalls bis 8 Uhr in meinem Lokal und klagte über fruchtbare Mattigkeit und heftige Kopfschmerzen; er verließ mich dann mit einem uns beiden bekannten Freund und ging nach der „Alten Taverne". Hier ist Behrendsen im Bekanntenkreise bis 10½ Uhr gewesen und hat auch öfter getanzt. Wo er dann geblieben ist, weiß kein Mensch. Unmöglich ist es aber, daß der Vermißte am rechten Spree-Ufer Schlittschuhe gelaufen hat, denn das Wasser dort war kaum zugefroren. Es kommt in betracht, daß Behrendsen ein verständiger Mann war, dem man keine Leichtfertigkeit zutrauen konnte. Daß er auf dem Rummelsburger See Schlittschuhe gelaufen hat, ist ebenso ausgeschlossen, da er nicht wußte, wie er vom Lande so spät abends nach dem Eise kommen konnte. Behrendsen ist nun einmal auf bisher unaufgeklärte Weise verschwunden; was der Anlaß hierzu war, ist noch nicht erwiesen. Schulden haben ihn meiner festen Ueberzeugung nach nicht zur Flucht veranlaßt, denn er lebte sehr solide und hat mir gegenüber nie über Mangel an Geld geklagt.

Ein großer Waarenbazar soll von der Firma Wertheim in Frankfurt a. M. erbaut werden. Wie berichtet wird, sind für den Bauplatz 6 Häuser aufgekauft, an deren Stelle ein modernes Kaufhaus errichtet werden soll.

Ein in der Charitee beschäftigter Militärarzt hat am Dienstag eine Lebensmüde vom Ertrinken gerettet. Die 40jährige Schneiderin Lina Rieß wollte ihrem Leben im Neuen See im Thiergarten ein Ende machen, als der Arzt hinzukam und sie nach hartem Kampf mit der Widerstrebenden glücklich ans Land brachte.

Prozeß Tausch. Nach der „D. Tagesztg." soll weder von der Anklagebehörde, noch von dem Verurtheilten Berufung gegen das in dem Prozeß Tausch ergangene Urtheil eingelegt werden. Kein Wunder!

Ueberfahren. Am Dienstag Abend lief der 73 Jahre alte, schwerhörige Arbeiter Julius Schmidt vor dem Hause Gr. Frankfurterstraße 88 gegen einen Pferdebahnwagen der Linie Müllerstraße—Hasenhaide, gerieth unter die Räder und erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels. Nach Anlegung eines Verbandes auf der Unfallstation VIII wurde der Verletzte nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht.

Zeugen gesucht! Die Personen, welche Zeugen des Auflaufs waren, der sich am 6. Dezember v. J. gelegentlich der Festnahme eines Spielwaaren-Händlers durch einen Schutzmann in der Oranienstraße abspielte, werden gebeten, sich bei Kleinke, wohnhaft bei Eggert, Cuvrystr. 21, Hof II, zu melden.

Feuerbericht. Mittwoch früh 5½ Uhr war Prinzenstr. 35 im 2. Stock eines Seitenflügels der Fußboden und die Balkenlage unter einem Ofen derart in Brand gerathen, daß der Ofen die Decke durchschlug und in die erste Etage hinabstürzte. Hier befindet sich eine Silberschmelzerei, die durch den Brand einen Schaden in Höhe von fast 10 000 M. erlitt. Der Ofen war sammt der Decke auf die Schmelztigel gestürzt, wodurch Silber von bedeutendem Werth nicht nur verunreinigt wurde, sondern auch verloren ging. Ein weithin sichtbarer Feuerschein alarmirte abends kurz vor 8 Uhr die freiwilligen Wehren von Pankow und Umgegend. Berliner Passanten, die das Feuer in Berlin vermutheten, setzten den öffentlichen Melder in der Christianiastraße in Bewegung, worauf die Löschzüge 13 und 16 ausrückten. Da sich jedoch herausstellte, daß man es mit einer brennenden Strohmiete in der Nähe von Pankow zu thun habe, machte die Wehr wieder Kehrt.

Die Deutsche Gesellschaft für volksthümliche Naturkunde veranstaltet am Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgersaale des Rathhauses einen öffentlichen Vortragsabend. Herr Geh. Regierungsrath Professor Dr. Wittmack, spricht über „Mehl und Brot." Am Sonntag, den 23. Januar, mittags 12 Uhr, wird Herr Geh. Regierungsrath Professor Dr. Möbius einen erklärenden Vortrag über die, Walfische der Schausammlung des Museums für Naturkunde halten.

Theater. Die erste Aufführung von Sudermann's „Johannes", welche im „Deutschen Theater" am nächsten Sonnabend stattfindet, beginnt ausnahmsweise schon um 7 Uhr. Der Beginn der Wiederholungen bleibt, wie gewöhnlich, auf 7½ Uhr festgestellt. — Im Zentral-Theater werden von dem gegenwärtigen Repertoirstück „Berliner Fahrten" nur noch 8 Vorstellungen stattfinden, darunter nur noch eine Sonntags-Aufführung. — Edith Gräfin Salburg-Falkenstein, die namentlich in Oesterreich bekannte Dichterin der Volksstücke „Gestohlene Schuld" und „Auf der Such' nach dem Glück" hat ein großes historisches Schauspiel „Mirabeau" vollendet, welches soeben von der Direktion des Luisen-Theaters zur Aufführung angenommen worden ist.

Aus den Nachbarorten.

Treptow-Baumschulenweg. Die Genossen werden auf die am Sonntag, den 16. Januar, nachm 4 Uhr, im Lokal des Herrn Schulz, Baumschulenstr. 89, stattfindende öffentliche Gemeindewähler-Versammlung aufmerksam gemacht. Genosse Görke-Charlottenburg wird über „Die Gemeindewahl 1898" sprechen. Eventuell auch Aufstellung eines Kandidaten zum Gemeinderath. Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig. Vom 15. bis 30. Januar liegen die Gemeindewähler-Listen aus; es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich davon zu überzeugen, ob er in derselben verzeichnet ist. Der Vertrauensmann: Rich. Ulbricht, Marienthalerstr. 18, I.

Die Parteigenossen von Pankow-Niederschönhausen werden hiermit auf die am Sonnabend, den 15. Januar, in Pankow bei Stöhr's, Mühlenstr. 25, stattfindende Versammlung hingewiesen, in welcher Genosse Reichstags-Abgeordneter August Bebel über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird. Näheres enthält die Annonce in der Freitagsnummer des „Vorwärts". Zahlreichen Besuch erwartet der Vertrauensmann.

Der gesammte Handel mit Rindvieh und Schweinen im Umherziehen, sowie das Abhalten von Schweine- und Viehmärkten mit Ausnahme der Pferdemärkte ist soeben durch Landespolizei-Verordnung des Regierungs-Präsidenten zu Potsdam für den ganzen Regierungsbezirk bis zum 1. März d. J. verboten worden, da der Umfang der in letzterem herrschenden Maul- und Klauenseuche in letzter Zeit so erheblich geworden ist, daß zur Abwehr und Unterdrückung derselben jetzt die schärfsten sanitätspolizeilichen Maßnahmen getroffen werden müssen.

Auf das Gesuch der Gemeinde Lichtenhagen-Rummelsburg hat die städtische Gasdeputation beschlossen, in den vereinigten Ortsschulen gleich nach Beginn des neuen Etatsjahres Gasglühlicht-Beleuchtung einrichten zu lassen.

Der Schiffahrtsverkehr durch die Schleuse bei Spandau ist laut Verfügung des Regierungs-Präsidenten wegen nothwendiger Ausbesserungsarbeiten vom 10. d. M. an vorläufig auf 3 Wochen eingestellt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.

Edda I. In medizinischen Angelegenheiten geben wir keine Auskunft, wenden Sie sich doch an einen Arzt.

Liebich. Nein.

H. T. 15. Westpreußen.

P. P. 43. Wenden Sie sich an das Amtsgericht I, Neue Friedrichstr. 13, mit dem Antrag: „Da ich mich wieder verheirathen will, beantrage ich, mir einen Auseinandersetzungsschein dahin zu ertheilen, daß ich mich mit den Kindern meiner ersten geschiedenen Ehe auseinandergesetzt habe. Zum Pfleger schlage ich vor R. R." Dann wird Termin anberaumt und Ihnen der Schein ertheilt. — **M. M. 222.** Am 1. Januar 1900. —

Wetter-Prognose für Donnerstag, 13. Januar 1898.

Mild, jedoch vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdem. Arbeiterverein für Weissensee u. Umgeg.

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 10. d. M., starb unser Genosse

Karl Schulz

nach langem Leiden an der Proletarierkrankheit. 26886

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Friedrichstr. 36 aus, statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 10. Januar, abends 10¾ Uhr, nach langem schweren Leiden mein geliebter Mann, der Restaurateur

Karl Rügen

im 66. Lebensjahre verschieden ist.

Die Beerdigung findet am 14. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Georgenkirchhof in der Landsberger Allee statt. 2880b **Die Hinterbliebenen.**

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater

Friedrich Panjas

am 9. d. Mts. nach langen, schweren Leiden im Alter von 45 Jahren sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Krankenhauses am Urban nach dem neuen Rixdorfer Kirchhofe statt. Dies zeigt tiefbetrübt an

Ww. Minna Panjas nebst Kindern.

Sozialdem. Verein „Vorwärts" zu Rixdorf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Friedrich Pangas

am 9. Januar nach langem schweren Leiden verstorben ist. Derselbe war ein guter Genosse und Mitglied des Vereins und wird uns stets im Andenken verbleiben.

Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag 4 Uhr pünktlich von der Halle des Krankenhauses am Urban statt.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht 232/1 **Der Vorstand.**

Danksagung. 2699e

Für die so zahlreichen Beweise liebevoller Theilnahme bei dem allzu frühen Hinscheiden meines geliebten Mannes **Leopold Nagerl** sage ich allen meinen innigsten Dank.

Frau Clara Nagerl, Solmsstr. 36.

Verband der Buchbinder ꝛc.

Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser treuer Freund und Kollege, unser altbewährtes Mitglied, der Kontobucharbeiter

Christ. Theuerkauf

am Dienstag Abend um 10¼ Uhr nach schwerem Leiden verstorben ist.

Wir verlieren in ihm einen unserer besten Kollegen und Kampfgenossen, der unermüdlich für unsere Organisation thätig gewesen ist. Bis in die letzten Tage seines Lebens hat er als **Vertrauensmann der Kontobucharbeiter Berlins** seine ganze Kraft für die Besserstellung seiner Kollegen und Kolleginnen eingesetzt. In der Oeffentlichkeit trat er wenig hervor, um so wirkungsvoller war seine Thätigkeit in engeren Kollegenkreisen, wo er in schlichter und ruhiger Weise für unsere Organisation gekämpft hat. Nie wird er von uns vergessen werden, stets werden wir sein Andenken in Ehren halten. 23/3

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 2 Uhr, vom Krankenhause Bethanien nach dem Neuen Louisen-Kirchhof, Bergmannstraße, statt.

Um zahlreiche Betheiligung bittet **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.

Statt besonderer Meldung.

Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber guter Mann, der Buchbinder

Christian Theuerkauf

nach kurzem aber schwerem Krankenlager am Dienstag, abends 10¾ Uhr, sanft entschlafen ist. 2691b

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Januar, nachm. 2 Uhr, vom Krankenhaus Bethanien nach dem Neuen Louisen-Kirchhof statt.

Um stille Theilnahme bitten **Ww. Anna Theuerkauf und Kind.**

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Zimmerer.

Am 10. d. M. verschied nach kurzen Leiden das Mitglied unserer Kasse, der Zimmerer [259/1

Wilh. Quint

Lortzingstr. 4. Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Zionsgemeinde in Weißensee aus statt. Um rege Betheiligung bittet **Der Vorstand.** Bez. II.

Betten, Steppdecken, Regulatoren, spottb. Neanderstr. 6, Pfandl.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Filiale Weißensee.)

Am 10. d. M. entschlief nach langem schweren Leiden unser Kollege

Karl Schulz.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Friedrichstr. 35, aus statt. Ehre seinem Andenken.

Unserem Freunde und Genossen **Hermann Gericke** zum heutigen Geburtstage die besten Glückwünsche. Die Freunde aus der Raumpstraße, außer Maler Schulze. 26726

Unserm Kollegen

Emanuel Gütschow

zu seinem am 13. Januar stattfindenden Geburtstage ein donnerndes Hoch! Seine Kollegen der Brot- u. Pfannenkuchen-Fabrik von Bobel jr.

Neues Olympia-Riesen-Theater.

(Circus Renz.) Karlstrasse.

Bolossy Kiralfy's

Konstantinopel.

Grösstes, machtvollstes und prächtigstes Schaustück der Gegenwart. **700** Aufführ. in London. **1000** Mitwirkende.

1. Bild: Das Maifest in England. **2. Bild:** Spanischer Stierkampf. **3. Bild:** Wiener Jahrmarkt. **4. Bild:** Räuberüberfall in den rumelischen Bergen.

Das Schlachtfeld.

5. Bild: Der Sklavenmarkt. **6. Bild:** Prunkpalast in Konstantinopel. Attentat auf den Sultan. Enthauptung des Räuber-Hauptmanns.

Kolossaler Prachtaufzug.

Wasserschauspiel auf dem Bosporus. Eine wirkliche Flotille. Die **Riesen-Ballets,** die **Pracht der Kostüme und Dekorationen** überragen alles bisher Dagewesene.

Preise der Plätze von 50 Pf., 1,—, 1,50, 2,—, 2,50, 3,—, 3,50, 4,— und 5,00 M.

Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Möbel auf **Theilzahlung.** Neue **J. Kellermann,** **Jakobstr. 26.**

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Donnerstag, den 13. Januar 1898, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im Lokale „Königsbank", Große Frankfurterstraße 117.

Tages-Ordnung:

1. Die Aussperrung bei der Firma Lüdenitz und die Fabrikordnung.
2. Die Maifeier. 3. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

171/3 **Die Kommission.**

Händler und Händlerinnen

Berlins und Umgegend.

Freitag, 14. Januar, abends 8 Uhr, im Grand-Hotel Alexanderplatz (blauer Saal), Eingang Neue Königstrasse, Portal III:

Große öffentl. Protest-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die neueste Polizei-Verordnung gegen den Straßenhandel. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Robert Schmidt.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämmtlicher Händler dringend nothwendig. 88/1

Die Agitations-Kommission. J. A.: **P. Trunsch,** Neue Friedrichstr. 8.

General-Versammlung

der Mitglieder der **Sterbekasse ehem. Pflug'scher Arbeiter**

(Hetzel'sche Kasse) [2689b

Sonntag, 23. Januar cr., vorm. 10 Uhr. **Gründel's Saal, Brunnenstr. 153.**

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls der Versammlung vom 25. Juli 1897.
2. Kassenbericht pro 1897 und Bericht der Revisoren.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
4. Wahl des 2. Vorsitzenden u. des 1. Schriftführers.
5. Wahl von 3 Revisoren.

☛ Etwaige Anträge von Mitgliedern für die General-Versammlung werden nachträglich bekannt gemacht. Bitte um zahlreiche Betheiligung. Das Mitgliedsbuch legitimirt.

Der Vorstand.

J. A.: Otto Winkler, Ackerstr. 164.

Möbel auf **Theilzahlung.** **J. Ostrowski jr.** **Große Frankfurterstr. Nr. 1. 1.**

Robert Blum's Erschießung, alter Kupferstich, eingerahmt, verkäuflich. „1848" Postamt 33. 2685b

Künstliche Zähne.

F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.

*) Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Winterpaletots, Anzüge, Remont., Uhren, spottbillig Neanderstr. 6, **Pfandleihe.** *

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehener gewesener Möbel 4053b*

Oranienstr. 73.

Elektrotechnik. 2653b*

Abendkursus für Praktiker (Metallarbeiter u. s. w.) beginnt 18. Januar, Schöneberg, Merseburgerstr. 5, 1 Tr. Hon. 3 M. pro Mon. Dauer 3 Mon.

Franz Lederer, Elektrotechniker. Anmeld. tägl. abends v. 7 Uhr ab ang.

Strickwolle-Ausverkauf. *

Reste in Zephyr und Rockwolle zu Fabrikpr. Holzmarktstr. 60, H. 1. 1 Tr.

Kl. Saal, 2 Vereinszimmer einige Tage frei. Köpenickerstr. 68. **Schöning.**

Künstl. Zähne 1,50 M. **Plomben 1 M. Zahnziehen frei.** Zahnärztliche Klinik, Mauteuffelstr. 43, I., Ecke Oranienstraße. Spr. 8—10 und 1—3 Uhr.

Billig! Reste z. Anzügen. Billig! Mädchenkleider, Knaben-Anzüge und -Paletots sehr preiswerth. **O. Hoffmann,** Veteranenstr. 14.

Mehlwürmer, Schock 10 Pfg., Jakobikirchstr. 1, v. IV, geradezu, an der Klosterstraße. 2679b

Freundl. Schlafst. für Herrn bei Hoffmann, Koppenstr. 55, II. [2676b

Lausitzer Platz 13,

Eckladen zum Restaurant u. 1 Laden mit Wohnung z. Material-, Grünkram-, Posamentierwaaren- ꝛc. Gesch. sogleich.

Grünauerstr. 3, I. große Berliner Stube u. Küche, 228 Mk., sof. od. später.

Arbeitsmarkt.

Anständige

junge Mädchen erlernen das Nähplätten von Kragen und Manschetten, werden dann dauernd beschäftigt.

Verdienst geübter Plätterinnen 12—15 M. pro Woche. 9/19*

Müller & Sussmann, Grüner Weg 119.

Plätterinnen, geübt auf Servietten und Stehkragen, finden flotte Beschäftigung bei **Müller & Sussmann,** Grüner Weg 119. 9/20*

Durchaus tüchtigen, selbständigen

Werkzeugmacher

für dauernde Stellung sucht **Ed. Puls,** Tempelhofer Ufer 10. 2666b

Herren und Damen erhalten durch Nachweis und Vermittelung von Feuer-, Volks-, Kinder- und Krankenkassen-Versicherungen hohe Provision event. festes Gehalt. **Subdirektion Skalitzerstr. 82, I.** (9—12, 3—6.)

Korbmacher, 4—5 Gesellen a. Grstn. Rixdorf, Knesebeckstr. 72.

Geübter Stricker

auf Jaquard-Maschine verlangen **Schlottmann u. Co.,** Klosterstr. 69/70.

Gelernter Buchbinder

findet in unserer Kouvertfabrik Stellung als erster Zuschneider. **Gebr. Gonnermann,** hier, Stallschreiberstr. 21.

Oberhemden-Arbeiterinnen

mit größerer Werkstatt, wo selbständig zugeschnitten wird, finden lohnende und dauernde Beschäftigung b. **Schlesinger,** Wäschefabrik, Auguststr. 41a, I. [2690b

Lederarbeiter auf Tresor verl. Eichler, Rixdorf, Schönweiderstraße 22, Hof part. 2693b

Gelbbrenner sofort verlangt **Paul Hübner, Marktstr. 5**

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Ecke Leipzigerstr. Spittelmarkt 16/17

Hamburger Engros Lager.

A. Jandorf & Co.

Diesjähriger Inventur-

Räumungs-Verkauf

Schluss Sonnabend, wie bereits angezeigt 15. Januar, Abend 9 Uhr.

Die Preise sind nur noch für Donnerstag, 13., Freitag, 14., Sonnabend, 15. Januar massgebend.

Wirtschafts-Schürzen.

Hausschürze, kräftiger Stoff	Stück	30 Pf.
Hausschürze, mit Volant und buntem Besatz	.	80 Pf.
Hausschürze, **extra weit**	.	115 Pf.
Hausschürze m. Latz, Träger u. schott. Besatz	.	85 Pf.

Besätze.

Ein grosser Posten schmaler Kleiderbesätze . . . . . Meter 4 Pf.

Taillen-Garnituren in modernen Farben, staunend billig.

40 75 100 150 Pf.

Tändel-Schürzen.

Crème Köper mit buntem Ansatz . . . . . Stück 20 Pf.
Tändelschürze, **Neuheit** . . . . . 65 „
Kinder-Hängeschürzen, rot und blau mit türkischem Besatz

Grösse Ctm.	45	50	55
Preis	35 Pf.	40 Pf.	45 Pf.

Schwarze Schulschürzen mit rot gepaspelt,

Grösse Ctm.	50	60	70
Stück	135	150	175 Pf.

vom Gurt aus gemessen.

Kurzwaaren.

Stiefelknöpfer, 3 Stück	2	Pf.
Stiefelknöpfe, 12 Dutzend	10	„
Metall-Rockaufhänger, 10 Stück .	7	„
Hosenknöpfe, 12 Dutzend	10	„
Celluloidhaarnadeln, 3 Stück . . .	9	„
Fingerhüte, gelb Metall, 2 Stück .	1	„
do. aus Aluminium, 2 Stück	5	„
Hutnadeln mit geschliffenem Kopf, 2 Stück	3	„
Mechanik-Kragenknöpfe, 12 Stück .	9	„
Mechanik-Kragenknöpfe, gelber Kopf, Perlmutterfuss, Stück . .	4	„
Metall-Hosenknöpfe, 12 Dutzend .	20	„
Rot mit blau gewebte Wäsche-Monogramme, Dutzend	10	„
Gewebte Wäschezeichen in zwei Buchstaben, Dutzend	3	„

Kurzwaaren.

Besenborde in allen Farben und guter Qualität . . . . Meter	7	Pf.
Nähnadeln, 1 Brief 25 Stück . .	1	„
Stecknadeln, **200 St.** auf rosa Pap.	4	„
Haarnadeln . . . . . 23 Bund	10	„
Schmuckhaarnadeln, 12 Stück im Carton	10	„
Lockenhaarnadeln, glatt u. gewellt, 2 Bund	1	„
Sicherheitsnadeln, schwarz und weiss, 3 Dutzend im Carton . .	6	„
Hutnadeln mit schwarzem Kopf 2 Stück	1	„
Breite Kleiderschutzborde mit Schnur . . . . . Meter	5	„
Strumpfhalter für Kinder . Paar	12	„
Strumpfbänder für Damen . .	10	„

Kurzwaaren.

Nagelbürsten mit Holzgriff Stück	8	Pf.
Dieselben polirt . . . . . Stück	10	„
1000 Yds. Masch.-Untergarn, Rolle	13	„
500 „ gutes Handgarn, „	9	„
Crème-Häkelgarn 16 Lagen (cordonnirt) = ca. 1 Pfd.	95	„
Armblätter, mit weissem Tricot bezogen, innen Gummi, . . Paar	9	„
Armblätter, mit Ia. Tricot, innen Natur-Gummi . . . . . Paar	22	„
Gefüllte Nähkästchen . . . Stück	95	„
Taillenband mit Lahn 5 Meter . .	15	„
Häkelgarn, weiss und crème 20 Gramm-Knäule, No. 30 u. 40, Knäuel	7	„
Familienzwirn, schwarz und weiss, 8 Knäule	10	„
Halbleinen Band, 5 Stück	10	„
Centimetermasse, ... Stück	4	„
Congress-Wäschehänder mit eingewebt. Inschrift, Dtz. **1,35** Pf., St.	13	„

Kurzwaaren.

Weisse Wäschebesätze, Stück 6 Yds.	12	Pf.
Gemustertes Schürzenband, 4 St.	10	„
Frisirkämme aus Gummi . Stück	23	„
Zahnbürsten, weisser Griff, Stück	8	„
Zahnbürsten, in guter Qual. „	18	„
Taschen-Kämme i. Etuis, Stück	10	„
Krummkämme für Kinder, Stück	18	„
Wäscheschablonen im Carton, mit Pinsel und Farbe	15	„
Schneiderkreide, Herzform, 1 Kiste, 50 Stck. **50** Pf., 10 Stck.	13	„
Abgepasste Rockgurte, Stück . .	20	„
Taillenstangen gute Qual., Dtzd.	12	„
„Vorzüglicher" Kleiderverschluss, grau, schwarz, weiss, Stück .	15	„
Coul. Häkelgarn, 20 g Knäule .	12	„
Weiss-Twist, Knäuel	6	„

Kurzwaaren.

Damen-Gürtel
mit schönem Schloss, dehnbar, Stück 20 Pf.

Schutzborden für Kleider
8 Ctm. breit, äusserst practisch, mit Gummivorstoss . . . . . Meter 5 Pf.

Perlmutterknöpfe
Dutzend **3** und **4** Pfennige.

Blech-Tablettes in rund, oval u. eckig **17, 20, 24, 28, 30, 40, 75** Pf.

Bierbecher Stück **5** Pf.
Bierbecher mit Goldrand . **8** „

Tuchgürtel für Damen
mit schönem Schloss . . Stück 25 Pf.

Schuhwaaren.

Damen-Filzschuhe, Paar .	200, 110	Pf.
Lastingschuhe mit Absatz, gesteppt, Paar	170	„
Gummischuhe mit fester Kappe, Paar	250	„
Tanzschuhe in Kalbleder, Paar .	275	„

Rocknadeln, Stück . . 2 „

Besätze

Farbig wollene und halbseidene Besätze . . . . . Meter 4 Pf.

Eine ganz grosse Partie **Kleider-Garnituren** und Ornaments von **20** Pf. an in geschliffenen Perlen, in Wolle und Halbseide.

Perl-Garnituren!!!!!

Stück . . . . **25, 40, 75, 90** Pf.
Regulärer Preis 0,90, 1,25, 2,50, 3—6 Mk.

Kinderlätzchen mit verschiedenen Inschriften . . . . . Stück 9 Pf.

Haushaltungsgegenstände.

Wasserbecher, gepresst, Stück . .	5	Pf.
Bürgerliche Kochbücher	25	„
Briefpapier, 100 Bogen, 100 Couv.	60	„
Lampenschirme, Stück	8	„
Damenportemonnaie, 11 cm lang, Stück	65	„
Palmfächer, Stück	2	„
Japanische Papier-Servietten, St.	1	„
Garderobenleisten mit 4 Haken, Nussbaum gebeizt, Stück . . .	35	„
Handtuchhalter, braun u. gelb, St.	42	„

Waschbesätze.

Stück, 10 Meter . . . . . 60 Pf.
(Regulärer Wert **1,10** M.)

Für Kinderkleider, Schürzen und Nachthemden, Stück 10 Meter
45 Pf., **65** Pf. bis **180** „

Schottisch wollene Damenstrümpfe Paar **90** Pf., 3 Paar **2,60.**

Farbige Spitzen für alle Zwecke, 20 Meter für . . . **25** Pf.

Schirme.

Damenschirme Stück **2,80. 2,20. 1,65.**
Herrenschirme „ **2,80. 2,35. 1,75.**
Kinderschirme „ **1,40. 1,20. 1,00.**

Besonders preiswert!
Reinseidene Regenschirme **St. 4,75.**

Pariser Sport-Portemonnaie
in drei Grössen . . . . . Stück **95** Pf.

Wäsche.

Prisen-Damenhemden mit Spitzen garnirt, 110 Ctm. lang . . . . . Stück	130, 95	Pf.
Achselschluss-Damenhemd mit Spitze, 110 Ctm. lang . Stück	120	„
Damen-Nachtjacken aus Croisé-Barchend, mit Trimming garnirt . . . . . Stück	125	„
Dimity-Nachtjacken, 2× Stickerei garnirt, sehr billig . . . Stück	135	„

Wäsche.

Damen-Beinkleider mit Volant und Spitze . . . . . Paar	95	Pf.
Ein grosser Posten Damenhemden a. Elsasser Hemdentuch, 100 cm lang, mit Stickerei u. Trimming garnirt, etwas angestäubt, sehr billig . . . . . Stück	1,25	Mk.
Piqué-Barchend, Anstands-Röcke mit languettirtem Volant, sehr billig . . . . . Stück	1,75	„

Wäsche.

Bunte Barchend-Nachtjacken, prima Qualität	135, 75	Pf.
Bunt gestreifte Barchend-Beinkleider mit Languetten, Stück	95	„

Schwarzer Velour-Sammet,
„nur so lange der Vorrat reicht",
Meter **58** Pf.

Arbeitskörbe . . . . . Stück **15** Pf.
do. mit Atlas gefüttert, Stück **30** Pf.

Cravatten.

Regattes, feinstes Fabrikat, Stück	75	Pf.
Grosse Westen, hell u. dunkel . .	9	„
Schleifen, weiss Batist, Stück . .	4	„
dto. dto. grosses Façon . .	10	„
Elegante Regattes, ganz neue Façons, Stück .	38, 60, 85	„
Selbstbinder, hell u. dunkel, Stück	70	„
Weisse Damenkragen, Umlege-Façon, schmal und breit, Stück	23	„
Sammet-Schleifen für Damen in schottisch und einfarbig . Stück	45	„

Corsets.

Ausrangirte Sorten und Weiten der neuesten Façons werden für die Hälfte des sonstigen Preises abgegeben.

Plättdecken, Stück . . . . . 90 Pf.
Blousenhemden 225, 400, 500, 700 Pf.

Cord-Barchend,
für Negligee-Zwecke geeignet, 81 Ctm. breit . . . . Meter 38 Pf.

Tapisserie vorgezeichnet.

Plaidhüllen Stück .	275, 175, 100	Pf.
Fussbank, gestickt . . . Stück	135	„
Tuch-Lambrequins . . . . „	35	„
Congressschürzen . . . . „	43	„
Filz-Journalmappen . . . „	23	„
„ „ mit Stab „	35	„
Badeteppiche mit Bordüre „	210	„
Graue Kammkästen . . . „	40	„
Tischläufer, ca. 140 Ctm. lang „	45	„
Arbeitsständer in Korbgeflecht mit Atlasfütterung, Stück . .	100	„

Tricotagen.

Normalhosen für Herren, gute Qualität . . .	135, 120, 95	Pf.
Normalhemden für Herren, vorn offen u. geschlossen, mit doppelter Brust	150, 140, 125	Pf.
Corsetschoner weiss, farbig Stück	15	Pf.
Damen-Jacken, fleischfarbig Stück	40	Pf.
Damen-Jacken in Taillefaçon Stück	80	Pf.
Damenstrümpfe, schwarz u. lederfarbig, „Reine Wolle", engl. lang, Paar	70	Pf.

Spitzen kolossal billig.

Englische Spitzen, 16—24 Ctm. breit, Mtr.	25	Pf.
Spitzenstoffe, bunt gemustert, 70 Ctm. breit . . . . . Meter	40	„

Engl. Tüll-Gardinenspitzen

Breite Ctm.	6	10	17	25
Meter . .	6	8	15	20 Pf.

Seid. Kleiderspitzen in verschied. Farben . . . . . Mtr.	10	„
Plissirte seid. Kleiderspitzen, Mtr.	15	„
Hamburger Häubchen . . Stück	9	„
Gestickte Tüllspitzen Beure, 14 Ctm. breit . . . . . Mtr.	22	„

Corsets!!!

Einzelne Weiten . . . . Stück **90** Pf.
Regulärer Werth das Doppelte.

Kleiderstoffe.

Baumwollene Lamas in guter Qualität, gemustert . . Meter	45	Pf.
Noppé-Karo, englischer Genre, doppelbreit . . . . Meter	55	„
Reinwollener Croisé-Beige doppelbreit . . . Meter	65	„
Crêpe-Karo, eleganter Frühjahrsstoff, doppelbreit . . Meter	70	„
Reinwollener Crêpe-Beige, besonders gediegen, doppelbreit . . . . . Meter	100	„

Kleiderspitzen, sehr billig.

Schwarz seidene Spitzen

Breite Ctm.	15	20	25 ctm.
Meter	35	45	55 Pf.

Seidene Spitzen, Hellblau 24 Ctm. breit . . . . . Meter	30	Pf.
Leinenfarbiger **Spitzenstoff,** zum Beziehen für Taillen geeignet, sehr preiswert, Mtr.	1,20.	
Derselbe, butterfarbig . . . Mtr.	1,75.	
Weisse Spachtel-Eiffelspitzen für Unterrock-Garnirungen . Mtr.	15	Pf.
Schneetüll für Ballkleider Mtr.	48 Pf., 35	Pf.

Bedruckte Taschentücher in feinen Farben
„Nur so lange der Vorrat reicht". Dutzend 70 Pf., Stück 7 Pf.

Unterröcke.

Beste Woll-Moiré-Röcke, runder Gurt und hoher Volant Stück	400	Pf.
Melten-Röcke fürs Frühjahr, mit hohem Volant, reich bestickt, Stück	175	Pf.
Gestreift seidene Röcke mit rundem Gurt und hohem Volant in d. schönsten Farben, Stück	350	Pf.
Anstands-Röcke in gestreift mit Languetten, gute Qualität, Stück	65	Pf.
Gestrickte Damen-Röcke Stück	85	Pf.
Damen-Röcke, die etwas im Fenster ausgebliehen sind, ganz bedeutend unter Preis.		

Wollwaaren.

Weiss wollene, gestrickte Damenhandschuhe m. schwarzer Raupe Paar	40	Pf.
Damen-Winter-Strümpfe, schwarz gestrickt . . . . . Paar	38	„
Herren-Winter-Socken, normalfarbig, ganz vorzügliche Qualität Paar	45	„
Nahtfreie gestrickte Damen-Strümpfe aus prima Material Paar	60	„

Futterstoffe.

Moiré-Cattun, gutes Rockfutter, schwarz und grau . . . . . Mtr.	18	Pf.
Taillen-Köper, schwarz u. grau Mtr.	22	„
Taillenfutter Ia. doppelseitig, . Mtr.	33	„
do. do. 100 Ctm. breit, Mtr.	75	„
Rock-Moiré-Futter in allen Modefarben vorräthig . . . . Mtr.	33	„
Imit. Eisengarn-Rock-Einlage, 80 Ctm. br., weiss, schw. u. grau Mtr.	40	„
Jaconet, weiches sehr beliebtes Rockfutter, auch in allen Ballfarben . . . . . Mtr.	30	„
Futtergaze, schwarz, weiss, grau Mtr.	15	„

Ball-Fächer.

Seid. Marcelline-Fächer mit goldgepresstem Gestell und Handmalerei . . . . Stück	73	Pf.
Seid. Fächer mit eleganter Malerei und Flittern benäht	100	„
Seid. Fächer mit Rococofigur und feinem Gestell . . Stück	125	„
Ballfächer, ganz aparter Geschmack, mit fein ausgeführter Fliedermalerei u. reichem Flitter-Arrangement . Stück	165	„
Eleganter Fächer, in feiner Ausführung, mit Spitzen u. Flittern . . . . . Stück	260	„
Empire-Fächer, hochelegant, mit Spitzen u. Flittern geschmackvoll ausgestattet . . Stück	280	„

Weisswaaren.

Nacken-Rüschen Stück **10, 18, 28, 33** Pf.

Hemdentuche,

80 Ctm. breit	Meter	23 Pf.
do. do. feinfädig	Meter	30 „
Satin à jour, durchbrochener Schürzenstoff	Meter	45 „
150 Ctm. breit Halbleinen für Laken, gute Qual. .	Meter	85 „
Gartendecke mit Franze . .		155 „
Kaffeedecke, Damast, gestreift		200 „

A. Jandorf & Co., Berlin C., Spittelmarkt 16/17, Ecke Leipzigerstrasse.

Kandidaturen zur Reichstagswahl.

(Siehe Nr. 7 des „Vorwärts.")

In unserem ersten Artikel sind einige kleine Unrichtigkeiten enthalten, die sich daraus erklären, daß wir uns in der Hauptsache auf die oft widerspruchsvollen Zeitungsnachrichten stützen mußten. Wie uns mitgetheilt wird, haben die Parteigenossen im 5. Berliner Wahlkreise über die Kandidatur noch keine Bestimmung getroffen, da man sich vorläufig mit der Frage überhaupt noch nicht beschäftigt hat.

Zu unseren Angaben über die Kandidaturen im Rheinland sind noch folgende Ergänzungen für die sozialdemokratische Liste eingetroffen: In Düsseldorf kandidirt Grimpe-Elberfeld; in Lennep-Mettmann Meist aus Köln; in Elberfeld Molkenbuhr; in Essen Schröder; in Duisburg Hengsbach aus Köln.

Dann sind von den gegnerischen Kandidaturen noch bekannt geworden: Von den Konservativen und dem Bund der Landwirthe für Danzig-Land, Münster und Marburg, von den Antisemiten für Breslau-Ost und West, Ruppin-Templin und Göttingen, von den Nationalliberalen für Saarbrücken und Luchow-Uelzen, von der freisinnigen Volkspartei für Guhrau-Steinau, endlich auch von unserer Partei für Göttingen.

Aus Bayern ist für die Regierungsbezirke Ober- und Niederbayern und Oberpfalz überhaupt noch keine Kandidatur bekannt geworden. Für den oberfränkischen Wahlkreis Bayreuth wird der Freisinnige Volksparteiler Rudolph-Nürnberg und der Nationalliberale Oberbürgermeister v. Fischer-Augsburg genannt; letzteren unterstützt der Bund der Landwirthe, Fischer soll aber abgelehnt haben. Mittelfranken hat für Nürnberg und Ansbach, Unterfranken für Aschaffenburg und Lohr, Schwaben für alle sechs Kreise sozialdemokratische Kandidaten. In der Rheinpfalz nominirte unsere Partei Kandidaten für Speyer, Homburg, Zweibrücken und Kaiserslautern. In letzterem Kreise kandidirt die Südd. Volkspartei den Professor Quidde. Die erbärmlichste Rolle spielen die Nationalliberalen, die auch hier völlig abhängig sind vom Bund der Landwirthe. In Speyer wird der Bund wahrscheinlich seinen Kandidaten oktroyiren; in Landau kandidirt Bürklin wieder, aber auch von Bundesgnaden. Noch lustiger geht's in Homburg-Kusel schon jetzt bei der Kandidatenfrage für die Nachwahl zu. Von den 48 Wahlkreisen Bayerns (einschließlich der Pfalz) haben also 32 Kreise noch keinen Kandidaten, 12 einen, 3 zwei und einer drei Kandidaten.

Viel weiter vorgeschritten mit der Ernennung der Kandidaten ist das Königreich Sachsen; nur Borna, der Wahlkreis Freege's, ist dort noch frei, und Meißen, nachdem der Bündlerkandidat Sachße die Kandidatur wieder niedergelegt hat. Unsere Partei hat öffentlich bisher besetzt den 1., 5., 6., 8., 11., 12., 15. bis 19. und 21. bis 23. Kreis; für neun Kreise sind die Kandidaten noch zu publiziren. Die Antisemiten haben Kandidaten ernannt für Bautzen, Dresden-Altstadt und Pirna; für ersteren Kreis gewähren die Bündler Unterstützung. Kartellkandidaten, die entweder der Bund der Landwirthe präsentirt hat, oder deren Nominirung er doch beeinflußte, weisen auf der 6., 10., 11., 15., 20. und 23. Kreis. Im 9. Kreis (Freiberg) hat sich der Bund gar zu keck hervorgewagt mit Oertel von der „Deutschen Tageszeitung". Dieser Kreis wird stark von der Sozialdemokratie bedroht und so wird wohl die extreme Bundeskandidatur fallen gelassen werden. Im 8. Kreis (Pirna) wagen sich die Konservativen nur schüchtern mit dem Kommerzienrath Eschebach hervor. Hier und außerdem im 11. Kreis (Oschatz) hat die freisinnige Volkspartei ganz aussichtslose Kandidaturen ausgerufen. Endlich sind für Leipzig-Stadt und -Land national-soziale Kandidaten und der nationalliberale Eigenbrödler Prof. Böhmert für Dresden-Neustadt zu nennen. Vier Kandidaten wurden bisher ausgerufen im 8. Kreis, drei im 11., je zwei im 5. und 6., 12., 15. und 23. Kreis und je eine im 1., 2., 3., 4., 9., 10., 13. und 16. bis 23. Kreis. Für Dresden-Altstadt war auch Herbert Bismarck viel genannt worden; nachdem dieser für Jerichow angenommen, ist seine Kandidatur ganz unwahrscheinlich geworden. Den Antisemiten wird damit ein Stein vom Herzen fallen. Im ganzen läßt sich für Sachsen jetzt schon erkennen, daß im wesentlichen Kartell und sozialdemokratische Kandidaten sich gegenüberstehen werden; auch die Antisemiten gehen ja theilweise aufs Kartell ein, wie Bautzen zeigt.

In Württemberg sind für alle 17 Kreise sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt; von den Gegnern hat noch nichts bestimmtes verlautet.

In Baden, das 14 Kreise zählt, wurde für Ueberlingen und Müllheim je ein Sozialdemokrat, für Karlsruhe an stelle des freisinnigen Volksparteilers Pflüger von der süddeutschen Volkspartei Dr. Heimburger aufgestellt. Die „Freis. Ztg." verzieht das Gesicht über diesen Einbruch.

Von den 9 Kreisen des Großherzogthums Hessen sind nur Gießen und Offenbach noch nicht mit sozialdemokratischen Kandidaten besetzt. Die Antisemiten, die ja hier ihr Hauptfeld haben, proklamirten Kandidaten für den 1., 2., 3., 4., 6. und 8. Kreis. Außerdem ist von den Nationalliberalen in Darmstadt, nachdem schon ein anderer Kandidat ausgerufen war, Osann aufs neue aufgestellt worden. Die freisinnige Volkspartei kandidirt in Bingen Schmidt. Der Bund der Landwirthe hat in Alsfeld und Bingen über den Kandidaten noch nicht einig werden können. Als Christlich-Sozialer kandidirt Pfarrer Birnbeck in Friedeberg-Büdingen.

Mecklenburg-Schwerin hat im 1., 2. und 5. Wahlkreis sozialdemokratische Kandidaten. Die „Liberalen" zeigen dasselbe traurige Bild wie in Pommern und Schleswig-Holstein. Es ist im 1. und 6. Kreis ein Volksparteiler, im 5. Barth von der Vereinigung aufgestellt. Im 2. Kreis (Schwerin-Wismar) haben sie noch keinen Kandidaten gefunden; der schon proklamirte Nationalliberale trat zurück. Im 1. Kreis kandidirt noch der Nationalliberale Dr. Semler, im 6. wahrscheinlich der ehemalige Kriegsminister Bronsart von Schellendorf für die Konservativen.

Für die kleineren Staaten sind noch bekannt geworden: Sozialdemokratische Kandidaturen für Sachsen-Weimar 1, 2 und 3, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg 1, 2 u. 3, Braunschweig 1, 2 und 3, Meiningen 1 und 2, Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuß (j. L.), Lübeck, Bremen, Hamburg 1 und 3.

Von den Gegnern haben die Antisemiten in Weimar 1 beschlossen, den Reichsparteiler zu unterstützen, obwohl noch kein Kandidat vorhanden ist. Wohl aber hat die Freis. Volkspartei ihren Kandidaten ernannt, desgleichen die Antisemiten für den 2., und die National-Sozialen für den 3. Kreis (Pf. Naumann). Strelitz weist einen kons. Kandidaten auf, Oldenburg 1 einen Nationalliberalen, den die Bündler entschieden ablehnen. Die Freisinnigen heben im 1. und 2. Kreis Volksparteiler auf den Schild. In Braunschweig 1 und 2 kandidiren Rechtsparteiler, daneben auch im 2. Kreis ein Bündler. Meiningen hat nicht weniger als 5 Kandidaten aufzuweisen: Neben unserem Genossen Webder den Nationalliberalen Paasche, dann einen Volksparteiler, National-Sozialen und Antisemiten. Im 2. Kreise steht dem Genossen Reißhaus ein Volksparteiler gegenüber. Für Altenburg ist vom Ordnungsbrei einschließlich Bündler und Antisemiten an stelle Baumbach's der Reichsparteiler v. Blödau aufgestellt. Koburg hat einen Kandidaten der freisinnigen Volkspartei, Dessau wieder Röhcke. Ein Volksparteiler ist in Rudolstadt aufgestellt. In Bremen endlich proklamirten Freisinn und Nationalliberalismus den Kommerzienrath Scharff als Kandidaten.

Elsaß-Lothringen endlich mit seinen 15 Reichstags-Wahlkreisen hat sozialdemokratische Kandidaturen im 1., 2. 8., 9., 10., 11., 12. und 13. Kreise. Im 3. Kreise kandidirt der schon gekennzeichnete Böll-Kolmar gegen Genossen Th. Lutz aus Baden-Baden und im 1. Kreise der bisherige Vertreter Pfarrer Winterer (Elsässer).

In wenigen Wochen, so glauben wir, kann die Liste der sozialdemokratischen Kandidaturen vollständig gegeben werden. Jedenfalls ist zweifellos, daß die Vorbereitungen zur Wahl bei unserer Partei am weitesten gediehen sind.

Versammlungen.

Eine große Protest-Versammlung der Frauen und Mädchen Berlins, die aus Anlaß der unberechtigten Verhaftung der Elise Köppen einberufen worden war, fand am Dienstag Abend in der Brauerei Friedrichshain statt. Der große Saal war von einem größtentheils weiblichen Publikum überfüllt und schon lange vor Beginn der Versammlung polizeilich gesperrt. Auf der Tagesordnung stand „Die Heiligkeit der Familie in Theorie und Polizeipraxis", und als erste Rednerin nahm die Genossin Lily Braun das Wort. Sie wies auf den „Entrüstungssturm" hin, der sich auch in bürgerlichen Kreisen aus Anlaß des Falles Köppen erhoben habe, glaubte aber nicht, daß die Entrüstung des meist hinter dem Ofen sitzenden Philisters dem Mitleid mit der Tochter des Pferdebahnkutschers entstammte. Für den Philister sei lediglich die Erwägung maßgebend gewesen, daß ähnliches auch jederzeit seiner eigenen Tochter oder Frau passiren könne. Die Rednerin erzählt dann noch mehrere krasse Fälle polizeilicher Uebergriffe an wehrlosen Frauen und meint, derartiges stehe im starken Widerspruche zu der von den Vertretern des Thrones und des Altars immer wiederholten Redensart von der Heiligkeit der Familie und der Heiligkeit der Frau. Für uns seien solche Vorkommnisse nur Symptome. Sie zeigen uns, daß die allgemeinen Moralbegriffe nicht Schritt gehalten haben mit der wirthschaftlichen Entwickelung. Die Frau ist längst hinaus getrieben in den Kampf ums Dasein; aber die moralischen Anschauungen sind dem nicht gefolgt, und man scheint noch immer nur die Frau für ehrbar zu halten, die ihre Thätigkeit einer Häuslichkeit und einer Familie widmen kann. In wie starkem Maße die Frauen gewerblich thätig sind, erweist die Rednerin an den Zahlen der letzten Berufsstatistik. Es gab danach in Berlin 658 000 über 15 jährige Frauen und Mädchen, von diesen standen allein mehr als 356 000, und erwerbsthätig waren 243 000. Auch für die elende soziale Lage der Arbeiterinnen brachte die Vortragende zahlenmäßige Beweise bei. So bekommen 90 pCt. der Kellnerinnen überhaupt keinen Lohn, in der Konfektion verdienten 1/3 der Arbeiterinnen unter 250 M. jährlich und 3/4 unter 450 M. Die Fabrikarbeiterinnen stehen sich auf 400 bis höchstens 500 M. jährlich. Diese Zustände in Verbindung mit den traurigen Wohnungsverhältnissen, dem Schlafstellenwesen, der Kinderarbeit 2c. seien die Wurzel der sittlichen Verwahrlosung. Das in das Leben hinaus gestoßene Mädchen müsse nur allzu häufig der Schande verfallen, weil es einfach nicht genug verdiene, um leben zu können. Die Thränen solcher moralisch und physisch zu Tode gemarterten unglücklichen Frauen wiegen schwerer, als das Blut der in China ermordeten zwei Missionare, zu dessen Sühne eine Kriegsflotte nach China geschickt worden ist. — Die Rednerin bespricht sodann die Mittel, die zur Aufhebung aller der Mißstände angewandt werden könnten. Die Vertreter der bürgerlichen Anschauungsweise wollen die Zustände nur verkleistern; wir aber wissen, daß die Wurzel in der kapitalistischen Wirthschaftsordnung liegt und daß an diese die Axt angelegt werden muß. Ebenso wie jene verlangen wir die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, weiblicher Aerzte und weiblicher Beamten, obgleich wir uns von dem letzteren Punkt nicht allzu viel versprechen. Die Forderung der Aufhebung der Reglementirung ist für uns selbstverständlich, doch wissen wir, daß auch die Erfüllung dieser Forderung so lange zwecklos bleiben wird, als die wirthschaftlichen Zustände dieselben bleiben. Nothwendig wäre es, daß man die niederen Polizeiorgane nicht ausschließlich aus dem Unteroffizierstande nähme; der stramme Ton des Kasernenhofes paßt nicht immer für die Rolle der Tugendwächter der Nation. Die Polizei müsse ferner der Verwaltung durch die Stadt unterstellt werden, auf die die Oeffentlichkeit doch einen größeren Einfluß habe. — Vor allen Dingen aber fordern wir von unserem Parteistandpunkt aus: das freie Koalitionsrecht auch für Frauen, den Achtstundentag, die Abschaffung der Gesindeordnung, Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder und das Frauen-Wahlrecht. Die Frau, die arbeiten muß und den Gesetzen untersteht, wie der Mann, die soll auch dieselben politischen Rechte haben, wie der Mann. Gegenüber diesen Forderungen ist aber die bürgerliche Gesellschaft sehr zurückhaltend, und nur die Arbeiterpartei ist es, die sie vertritt. Sogar aus den Reihen der arbeitenden Frauen halten sich noch viele unseren Bestrebungen fern, einmal, weil sie glauben, etwas besseres als die Arbeiterin zu sein, dann infolge der durch Jahrhunderte anerzogenen Feigheit. Durch den „Entrüstungssturm" in den bürgerlichen Zeitungen dürfe man sich nicht über die Leistungsfähigkeit der bürgerlichen Frauenbewegung täuschen lassen. Die bürgerliche Welt habe über weit ärgere Dinge, von denen die proletarische Bewegung getroffen worden ist, geschwiegen. Die Sozialdemokratie sei bei Abstellung der Mißstände auf die eigene Kraft angewiesen; sie sei das laut klopfende Gewissen der bürgerlichen Gesellschaft. — Die Versammlung sei nicht einberufen worden, um gegen den einzelnen Fall der Elise Köppen, sondern um gegen die kapitalistische Wirthschaftsordnung, die das Grundübel sei, zu protestiren. Die Sozialdemokratie sei die eiserne, unüberwindliche Legion, die die Ideale der alten Welt von der Heiligkeit der Familie und der Frau in neue Gesellschaftsformen hinüber retten und verwirklichen werde. — Lebhafter Beifall lohnte der Rednerin für den gehaltvollen Vortrag.

Arthur Stadthagen, der sodann das Wort ergreift, geht näher auf die „kleinen Mittel" ein, die angebracht erscheinen, wenn auch nicht zur Beseitigung, so doch zur Milderung der bekannten Mißstände. Besonders wichtig sei für die arbeitende Frau das freie Koalitions- und ebenso das politische Wahlrecht, um sich bessere wirthschaftliche Lebensbedingungen und größeren rechtlichen Schutz zu verschaffen. Graf Posadowsky habe zwar erklärt, das Koalitionsrecht sei weniger nothwendig für Arbeiter, die das freie Wahlrecht haben. Die Arbeiterinnen haben aber dieses Wahlrecht nicht, sondern nur das Recht, zu wählen zwischen der bedingungslosen Annahme der diktirten Arbeitsbedingungen, dem langsamen Verhungern oder der Prostitution. — Ferner müßte der § 361 Ziffer 6 des Strafgesetzbuches beseitigt werden, nach dem bestraft wird „eine Weibsperson", die wegen gewerbsmäßiger Unzucht polizeilicher Aufsicht unterstellt ist und dabei den „zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes" erlassenen Polizei-Vorschriften entgegenhandelt oder die gewerbsmäßig Unzucht treibt, ohne der Polizeiaufsicht unterstellt zu sein. Das sei ein Ausnahmerecht für die Frauen, denn für Männer existiren ähnliche Vorschriften nicht. Wenn schon derartige Vorschriften nöthig seien, dann müßten sie für beide Geschlechter erlassen werden. Frl. Köppen ist sistirt worden, weil sie jemanden angesprochen haben sollte. Wenn aber Herren einem Mädchen Anerbietungen machen, dann können sie höchstens wegen Beleidigung verklagt werden, von Reglementirung, Kasernirung u. s. w. sei bei ihnen keine Rede. Der Redner begründet ferner näher die Forderung der Verantwortlichkeit der Beamten für die von ihnen vorgenommenen Handlungen. Auch der einfachste Arbeiter werde ja wegen Zuwiderhandlung gegen die Gesetze bestraft. Es sei ein Privilegium der Dummheit, wenn Beamte für gesetzwidrige Handlungen nicht bestraft werden können, sofern sie Unkenntniß des Gesetzes vorschützen. Wenn dann gleichzeitig über die Verantwortlichkeit der Beamten aus dem Volke gewählte Richter entscheiden, dann würden sich Deutsche in Deutschland bald eines annähernd gleichen Schutzes erfreuen, wie er Reichsdeutschen im Auslande gewährt werde. Nachdem der Redner näher auf die blutigen Vorkommnisse, die auf verschiedenen Berliner Polizeiwachen sich ereigneten, und auf das Spitzelwesen eingegangen ist und unter anderem noch die Forderung auf Stellung der Polizei unter die städtische Verwaltung eingehender begründet hat, empfiehlt er der Versammlung die folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute zu Berlin im Lokal von Lips tagende Volksversammlung beauftragt den Vorstand der Versammlung zur Minderung der Schutzlosigkeit des weiblichen Geschlechts: I. bei dem Bundesrath und dem Reichstage folgende Forderungen zu erheben: 1. die Aufhebung des § 361 Abs. 6 des Str.-G.-B.; 2. freies, uneingeschränktes und gegen Beeinträchtigungen sichergestelltes Koalitions-, Vereins-, Versammlungs- und Wahlrecht; 3. rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern, insbesondere die Beseitigung der Gesinde-Ordnung; 4. Verbot der Untersuchung des Körpers einer Person gegen deren Willen; 5. zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten für die von ihnen vorgenommenen Handlungen und Entscheidung über die Verantwortlichkeit durch aus dem Volk entnommene, durch das Volk gewählte Richter; 6. Bestrafung der Arbeitgeber und deren Vertreter, die unter Mißbrauch des Arbeitsverhältnisses, insbesondere durch Androhung oder Verhängung von Arbeitsentlassung, Lohnverkürzung oder anderer mit dem Arbeitsverhältniß zusammenhängender Nachtheile, oder durch Zusage oder Gewährung von Arbeit, Lohnerhöhungen oder andere aus dem Arbeitsverhältniß sich ergebender Vortheile Arbeiterinnen ihrer Betriebe zur Duldung oder Verübung unzüchtiger Handlungen bestimmen; 7. die Aufhebung der die freie Meinungsäußerung hindernden Bestimmungen; 8. Beseitigung des Spitzelwesens. II. Ferner beauftragt die Versammlung den Vorstand, bei den gesetzgebenden Körperschaften Preußens folgende Forderungen zu erheben: 1. Ausübung der Polizeibefugnisse durch städtische Selbstverwaltungskörper unter Betheiligung des weiblichen Geschlechts; 2. Beseitigung der Spitzelei."

In der sich anschließenden kurzen Diskussion weist zunächst Frau Greifenberg auf die Zustände in den Fabriken als Quelle der Unsittlichkeit hin. Die Mädchen würden dort von den Arbeitgebern vielfach geradezu zur Unzucht gezwungen. Die Frauen und Mädchen sollten die falsche Scham überwinden und derartige Dinge an die große Glocke hängen. Frau Rohrlack schildert die entwürdigenden „körperlichen Untersuchungen", die auch anständige Frauen, welche einer Gefängnißstrafe verfallen, über sich ergehen lassen müssen. Von der Anstellung von „Polizeimatronen" hält die Rednerin gar nichts; in den Gefängnissen für Frauen seien Aufseherinnen angestellt, die aber gegen die Geschlechtsgenossinnen viel härter als Männer verfahren. — Die Hebamme Gebauer geht auf die Zustände in den Frauenkliniken ein; die dort vor einem Publikum von hunderten von Studenten vorgenommenen Entbindungen trügen ebenfalls nicht zur Hebung der Sittlichkeit bei. Die sogenannten „gefallenen Mädchen" seien oft viel sittenreiner als die wohlbehüteten Töchter der Reichen. Ein früher als Dienstmädchen thätig gewesenes Frl. Chamrot erzählt, in wie raffinirter Weise die „gebildeten" Söhne der „besseren Stände" die Dienstmädchen oft zu Fall zu bringen suchen. Die feinen Damen sollten ihre Söhne besser erziehen; jetzt werde die Prostitution häufig in den herrschaftlichen Häusern großgezogen. — Die vorgelegte Resolution wird darauf einstimmig angenommen und — nachdem die Vorsitzende, Fräulein Baader, die anwesenden Frauen noch ermahnt hat, bei den kommenden Reichstagswahlen zu gunsten sozialdemokratischer Wahlen thätig zu sein — die stimmungsvolle Versammlung darauf mit einem Hoch auf die sozialdemokratische Partei geschlossen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Filiale Schöneberg. Am 6. Januar tagte hier die erste Generalversammlung der Ortsverwaltung. Der Vorsitzende Dähne erstattete zunächst Bericht über die Thätigkeit der Ortsverwaltung. Seit dem viermonatlichen Bestehen wurden sieben Vorstandssitzungen, drei Mitgliederversammlungen und eine Versammlung der Kontrollkommission abgehalten. Der Kassenbestand betrug am 6. Januar 59,30 M. Hierbei wurde darüber Klage geführt, daß verschiedene Mitglieder kein rechtes Interesse für das Verbandsorgan hätten, da ein großer Theil der Zeitungen in den Händen des Kassirers zurückbleibt. Es wurde deshalb beschlossen, die Zeitung durch den Zeitungsspediteur gegen eine Zustellungsgebühr von 20 Pf. monatlich zustellen zu lassen. Der Vorstand wird auf ein Jahr gewählt. Am 1. Juli scheidet die Hälfte durchs Loos aus. Als erster Vorsitzender wurde Raue gewählt, als erster Kassirer Reiche und als Schriftführer Keller. In die Werkstatt-Kontrollkommission wurden Stange, Meyer und Kuhlmey gewählt. Ferner wurde noch die Werkstatt von Sievert, Grunewaldstraße, einer schärferen Kritik unterzogen. Von den dort beschäftigten 23 Kollegen sind nur 10 organisirt und hier steht das Ueberstundenwesen in höchster Blüthe, da die Kollegen von Sievert in einer dazu einberufenen Versammlung ihr gegebenes Versprechen, die Ueberstunden abzuschaffen, nicht gehalten haben, so wird von der Kontrollkommission beschlossen, persönlich mit Herrn Sievert darüber Rücksprache zu nehmen. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden jeden Donnerstag nach dem 1. statt.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am Sonnabend, den 8. Januar, bei Helfer, Oranienstr. 51, eine General-Versammlung ab, in welcher nach einem sehr lehrreichen Vortrage des Herrn Dr. Joel über: „Aus der Steinzeit" die Abrechnung vom IV. Quartal 1897 gegeben wurde. Dieselbe ergab eine Einnahme von 532,30 M., der sich eine Ausgabe von 254,05 M. gegenüberstellt; mithin verbleibt ein Gesammtvermögen von 2544,71 M. Ferner wurden in die Arbeitsvermittelungs-Kommission folgende Kollegen gewählt: Jähnichen, Krischke sen., Pohl, Rieger, Röttger, Schilling, Gustav Scholz und Weimann. Eine äußerst lebhafte Debatte entstand bei der Besprechung über den Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 27. Dezember; es wurde schließlich eine Resolution Arendt's angenommen, in der erklärt wird, daß die Mitglieder des Fachvereins, die bis jetzt die meisten Beiträge zur Tilgung der durch den letzten Streik entstandenen Schulden beigesteuert hätten, sich jetzt nicht weiter verpflichtet halten, fernerhin allein zur Deckung beizutragen. Da ferner durch die öffentliche Versammlung der Versuch gemacht worden sei, ein Sammelwesen zu schaffen, durch welches alle beim Streik Betheiligten beizutragen haben, durch die Abwesenheit der Zentralorganisirten jedoch illusorisch gemacht wurde, beschließt die heutige Generalversammlung, sich mit dem in öffentlicher Versammlung vom 27. Dezember gefaßten Beschluß einverstanden zu erklären, hält es aber selbstverständlich für Ehrenpflicht, allen Organisationen gegenüber nach wie vor in vollem Maße ihre Schuldigkeit zu thun. — Zum Schluß wurde noch beschlossen, der Gewerkschaftskommission die Summe von 500 M. zu überweisen.

Zentralverband der Töpfer, Ziegler und Berufsgenossen. Mitgliedschaft Berlin. Heute, abends 8 Uhr, bei Lehke, Gremadierstr. 33, Mitgliederversammlung. Vortrag des Herrn Dr. Wolffim. Abrechnung vom 4. Quartal und Gewerkschaftliches. Das Erscheinen aller Mitglieder ist von Wichtigkeit. Gäste willkommen.

Arbeiter-Radfahrerverein Berlin. Sitzungen haben: Bezirk 1 (C., O., NO.): Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Hille, Andreasstr. 26. Bezirk 2 (N., NW.): Jeden 2. Donnerstag im Monat bei Raabe, Kolbergerstr. 23. Bezirk 3 (S., SW., SO., W.): Jeden 3. Donnerstag im Monat bei Ewald, Schönleinstraße 6. Hauptversammlung: Jeden 4. Donnerstag im Monat bei Hille, Andreasstr. 26.

Musikverein Harmonie. Heute Abend 9 Uhr Gerichtstraße 35 bei Schulz Uebungsstunde.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmachergehilfen. Heute, abends 10½ Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße 57, Versammlung. Gäste willkommen.

Berliner Naturheilverein II. Heute, abends 8½ Uhr, im Saale des Vereins junger Kaufleute, Beuthstraße 20, Vortrag.

Naturheilverein Nordost. Heute, abends 8½ Uhr, Landsbergerstraße 106: Experimentalvortrag.

Heilverein Kuhe. Freitag, den 14. Januar, abends 8½ Uhr, Versammlung bei Millbrodt, Müllerstraße 7. Frl. Kuhe spricht über: Heirath und Ehe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 13. Januar.
Opernhaus. Lohengrin. Anf. 7 Uhr.
Schauspielhaus. Mutter Thiele. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Mädchentraum. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anf. 7½ Uhr.
Goethe. König Krause. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Logenbrüder. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Die schöne Helena. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Der König. Anf. 8 Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Fra Diavola. Anfang 7½ Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die relegirten Studenten. Anf. 8 Uhr.
Ostend. Der Verschwender. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. (Les deux gosses.) Anfang 7½ Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 7½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.
Auf allgemeinen Wunsch:
Der Verschwender.
Romant. Zaubermärchen in 3 Akten mit Gesang und Tanz von Raimund. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang des Konzerts 7 Uhr.
Freitag: **Der Verschwender.** — Sonnabend: **Leben und Lieben.** — Sonntag Nachmittag (kleine Preise): **Leben und Lieben.** — Sonntag Abend: **Der Verschwender.**

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr, zum ersten Male: **Der König.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Der König.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Registrator auf Reisen.**

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Donnerstag, den 13. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 130. Male:
Berliner Fahrten.
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Berliner Fahrten.

Luisen-Theater

31. Reichenbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Volksstück mit Gesang in 5 Bildern von Wilhelm Freeling.
Musik von Gustav Steffens.
Dora . . . Anna Müller-Lincke.
Hoffmann . . Arthur Winckler.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr: **Volks-Vorstellung** unter Regie von J. Türk: **Wilhelm Tell.** Billets à 60 Pf. in den bekannten Verkaufsstellen.

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dir. H. Pierry.
Artistischer Leiter Jos. Aschinger.
Großer Beifall!
Im Reiche der Sirenen.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 3 Bildern von Joh. Eißner u. Jean Häußler. Musik von Joh. Eißner.
Neue Spezialitäten.
Sonntags Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Großer Ball.
Entree 50 Pf.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.
Vorstellungen Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Zum Schluss:
Illustrirtes Quodlibet
in 12 lebenden Bildern.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Donnerstag, 13. Januar 1898, abends 7½ Uhr:
Sport-Abend.
Zaragoza.
Orig.-Manège-Schaustück des Circus Busch, entnommen aus dem spanisch. Leben. Besonders hervorzuheben: Eine spanische Eisenbahn mit eintretender Katastrophe. Die Flucht des Don Cassoburus mit seiner Geliebten und sämmtl. Pferden aus dem brennenden Schlosse. Außerdem: Auftreten des amerikanischen Parforce-Reiters Mr. **Robert Whittaker.** Die vorzüglichsten Freiheitsdressuren des Dir. **Busch.** Die Leiterakrobaten **Frères Borgère.** Dogcardfahrt, ausgef. von Mme. **Maria Doré.** Die berühmten acht Vollblut-Springpferde. — Morgen 7½ Uhr: **Humoristischer Abend.**

Gebr. Herrnfeld's

I. Original-
Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Kaufmann's Variété.
Täglich ausverkauft!
Heute und folgende Tage die Gebr. Herrnfeld'sche Novität
Familie Kochsalz
Vorher die reizende Operette
Gefälschte Jungen
und das auserlesene Spezialitäten-Ensemble. U. a.:
William Schüff, Dr. Guido Steinitz, Amanda Nordstern, Geschwister Rebentisch.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
Das grosse Programm mit
30 ersten Kunstkräften.
Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.
Avis! Sonnabend, 15. Januar:
1. grosser Maskenball
(Ein Sommertag in Monaco).
Herrenkarte 4 M. (vorher 2 M.)
Damenkarte 2 M. (vorher 1 M.)
Logensitze 5 M. (vorher 3 M.)
Billetverkauf **täglich** Vorm. 11 bis 1 Uhr an der Kasse sowie in den Filialen **Löser & Wolff.**

Quarg's Vaudeville-Theater

Grand-Hotel Alexanderplatz.
I. Original-Budapester. I. Original-Budapester.
Das Armband.
Das Modell.
Avis!
Sonnabend, den 15. Januar, bleibt das **Vaudeville-Theater** geschlossen. Dafür: Einmaliges Gastspiel der **Budapester** im
Parodie-Theater,
Oranienstraße 52.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Neu! Neu!
Hahnemann & Kahnemann.
Schwank in einem Aufzuge.
Novität! Novität!
Die Regimentsnummer.
Urdrollige Posse mit Gesang.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Das neue erfolgreiche Riesen-
Januar-Programm.
Niagarra, Könige aller **Thurmseilläufer.**
Lühlsdorf märk. **Eichen.**
Cabaret, dressirte Liliputaner **Hündchen.**
Lebende Photographien.
Novität! Um 8½ Uhr: Novität!
Rich. Winkler und Wilh. Fröbel in der aktuellen Operetten-Burleske
Das radelnde Berlin.
Anfang 7½ Uhr. Entree 30 Pf.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Paul Spadoni. * Lina Goltz.
Desroches-Blanca.
Aurora-Troupe. * Spink-Spink.
Miss Bertholdi
Mr. Arras. Brook and Duncham.
Carmen-Faur
Les 5 Royvals. * Sisters Jorden.
Siegwart Gentes
u. s. w. u. s. w.
Kassenöffnung 6½. Anf. 7½ Uhr.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Heute Donnerstag, 13. Januar 1898:
Zum 1. Mal:
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Kneisel.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Freitag: **Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.**

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Die beiden Kompagnons und Die Verschwörer. Neu!
Reinhold Lange, der beste Humorist der Jetztzeit. | Käthe Leonardi, bildschöne Kostüm-Soubrette
Neu! **Mr. Alfons,** Neu! der bedeutendste Hand- und Fuß-Schnellmaler.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Neu! **Flotte Matrosen.** Neu!
Große Ausstattungs-Operette in 1 Akt von Ed. Lindner.
Neu! Vorher: Neu!
Die Liebe im Eckhause.
Lustspiel in 2 Aufzügen v. R. Cosmar.
Auftreten sämmtlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Vorzugskarten haben Giltigkeit.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Alle fünf **Barrisons.**
Lene, liebe Lene.

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend **billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 40550*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

2. Ziehung d. 1. Klasse 198. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 13. Januar 1898, vormittags.
Nur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

842 85 687 867 1087 [100] 223 50 844 474 88 605 13 89 705 87 882 88 989 2033 221 854 678 778 923 54 3086 94 177 281 [100] 888 510 64 680 767 89 4002 50 92 113 16 695 779 915 5045 221 68 80 [150] 810 678 884 944 [100] 69 87 6083 263 317 85 532 72 665 91 974 7128 92 293 303 39 597 652 707 88 978 95 8416 582 679 758 881 [100] 951 99 9319 446 511 39 611 47 93 812 968

10029 [100] 170 217 430 52 58 551 62 703 818 11172 98 268 82 83 832 830 811 94 987 12061 147 80 407 750 878 13029 55 146 87 888 615 38 65 887 [151] 14003 84 519 677 [100] 716 23 813 15007 80 164 82 217 609 91 701 3 16066 [11 200] 302 26 35 512 19 694 808 969 81 17116 310 417 535 81 98 685 710 835 89 928 [150] 18082 295 894 483 711 852 55 57 941 80 87 19024 48 895 875 94 791 849 81

20116 55 213 421 543 697 733 34 845 985 21095 167 283 391 459 525 77 687 747 82 801 82 983 22026 148 225 347 75 88 94 913 62 23035 180 389 494 574 86 870 915 24048 118 292 272 456 898 923 46 25048 77 94 160 231 492 532 [100] 658 26001 4 71 79 100 41 224 78 756 984 27403 42 49 508 13 644 700 73 888 28066 112 227 527 95 654 756 904 9 29232 97 506 50 87 611 19 983

30031 282 404 77 644 838 914 78 85 31155 257 308 633 620 702 852 32128 394 409 [200] 615 735 828 33001 176 279 88 [100] 613 96 680 713 848 94 34189 406 [15 000] 27 82 524 788 868 68 35138 38 204 396 467 60 530 649 968 36084 308 57 420 544 58 79 722 68 814 63 37056 302 42 614 70 856 [200] 89 929 32 38067 323 491 95 505 [200] 645 89 752 922 78 39175 548 89 626 [100] 70 981

40020 127 393 41415 795 79 42024 30 271 75 92 584 791 983 43018 52 519 76 80 85 729 903 69 44010 248 60 [100] 308 87 90 482 606 19 768 939 48 57 88 45385 449 58 564 612 806 932 46072 213 14 34 95 822 644 815 912 47102 273 91 480 527 32 48 49 55 629 74 974 48005 116 87 [100] 342 72 422 59 696 [100] 702 30 99 894 958 [100] 49058 130 244 93 891 493 695 700 57 915

50192 843 420 542 619 710 35 81 51115 305 446 70 77 831 88 612 64 52042 141 238 334 425 642 758 947 951 53055 168 206 46 564 94 807 [200] 27 47 68 940 54067 109 472 569 629 739 55148 257 63 300 51 91 684 890 56027 168 95 [150] 286 341 [500] 684 928 168 57069 98 114 852 91 576 660 894 58167 270 306 18 84 420 589 620 744 [150] 58 59290 329 93 742 84 874

60015 44 66 482 546 [100] 653 81 777 800 861 961 61087 278 314 83 568 76 697 753 912 62183 244 821 475 96 510 727 84 862 967 63026 274 385 438 86 69 86 629 793 800 81 [100] 64079 86 380 446 800 15 727 65026 [100] 95 105 292 506 87 909 66024 [150] 347 518 46 677 970 67000 37 172 247 448 868 68028 190 365 462 568 610 45 47 845 998 69145 295 318 39 49 741 897 996

70006 24 72 153 400 21 546 643 913 49 71232 402 671 80 889 72121 63 247 458 548 91 745 885 [150] 46 963 73050 215 643 65 74 765 868 90 51 74008 148 [100] 216 49 320 87 40 71 740 976 75057 204 76 867 [100] 452 658 87 659 704 887 95 76118 212 381 407 552 792 945 77293 428 967 78004 [100] 15 [100] 196 208 316 408 667 744 845 944 79032 115 250 84 576 80 922

80195 261 93 456 504 15 794 804 909 81056 125 392 586 699 913 82018 139 [100] 394 506 623 57 74 [100] 83043 182 99 211 81 340 81 423 628 994 84011 97 139 336 435 88 604 53 85000 835 499 535 80 [100] 94 601 09 708 24 47 77 95 887 905 24 86085 76 284 429 500 711 87146 73 562 600 6 84 [100] 781 834 56 912 88200 314 428 [100] 97 562 869 720 64 98 819 965 89090 260 892

90107 274 411 95 708 95 79 872 91090 146 263 521 688 790 887 901 45 78 92139 97 212 338 47 62 579 93081 72 304 13 453 78 819 161 94093 382 475 557 680 737 95046 70 142 402 97 [100] 772 53 805 950 95 96127 546 600 1 700 99 844 [150] 977 97019 [150] 266 310 20 82 614 58 851 54 66 95 98215 362 99 456 702 23 99067 87 228 98 423 626 68 78 885 912 25

100108 70 242 370 94 417 511 43 55 101031 72 949 416 92 681 724 82 102093 68 84 215 395 479 [100] 506 600 721 29 [200] 80 87 [100] 884 [100] 987 103235 259 592 601 8 704 104189 222 41 393 460 511 105092 187 450 562 76 98 625 46 70 712 920 106065 213 70 312 461 524 46 626 73 948 63 107011 58 158 253 87 92 376 582 686 824 108029 70 284 337 503 16 782 680 947 109047 164 575 400 652 56 742 72 806 42 919 [200] 29 76

110093 190 269 430 607 53 813 76 917 83 111031 190 202 35 510 411 528 94 758 96 920 68 112258 893 [100] 641 922 113023 135 85 382 747 827 33 66 114373 652 808 19 115026 39 57 263 394 475 568 89 655 751 938 116060 129 46 213 68 372 91 481 528 691 875 905 117032 128 77 337 656 723 977 118038 683 800 602 847 68 913 17 37 47 119010 182 202 54 59 597 768 990

120001 18 [150] 87 192 283 347 404 507 652 878 935 121234 94 459 624 [200] 680 974 927 122695 740 87 859 997 [200] 123018 188 238 341 483 517 61 626 28 702 27 896 64 124039 186 286 323 [300] 490 92 613 125097 190 [100] 488 561 681 65 780 800 985 126042 182 454 553 698 846 903 59 84 127110 226 334 494 620 728 899 128001 82 [100] 72 78 191 297 368 507 702 90 856 81 94 129020 52 88 222 458 571 858

130041 140 208 34 429 501 56 667 718 94 960 90 131222 89 377 683 97 882 [150] 965 132038 244 422 687 650 [100] 59 724 898 [100] 982 133004 286 14 54 71 82 305 35 538 988 931 95 134007 131 246 47 51 300 68 740 981 135008 97 152 92 211 74 680 717 813 55 75 136001 809 65 507 630 137025 70 138018 367 567 744 801 50 901 99 139012 63 192 99 274 359 638 63 [200] 67 708 91 892 63 68 944

140052 478 806 777 842 44 74 950 53 [100] 141394 410 525 889 49 999 142019 [100] 174 481 [100] 527 624 [100] 801 998 143028 196 [100] 208 61 372 448 71 539 612 18 702 48 84 815 55 92 977 90 144485 95 509 64 [200] 745 51 66 822 941 145036 112 214 94 389 495 685 146003 222 522 23 609 108 11 147035 77 99 374 90 564 634 727 58 923 148044 489 502 671 747 899 965 149075 456 535 700 4 21 818

150085 276 320 67 521 81 756 88 835 954 151041 93 105 36 815 49 525 49 85 807 89 795 808 28 152120 252 66 318 407 520 41 658 153231 42 [150] 848 970 154006 21 174 217 30 24 386 72 652 98 712 79 840 155073 102 94 250 409 29 89 874 [3000] 741 79 925 32 [100] 51 56 156089 200 82 612 702 11 99 848 157189 96 241 882 710 967 81 158044 147 254 97 305 480 622 48 613 97 714 948 981 159176 310 83 567 716 [100]

160102 621 [150] 76 712 84 882 161251 376 500 54 79 693 725 [200] 162201 [100] 30 380 471 129 93 828 64 920 90 163094 108 282 775 [100] 856 164126 292 89 887 659 883 96 165002 137 268 306 52 826 94 856 996 99 166130 374 472 718 96 925 167048 139 135 91 [150] 837 168020 91 185 221 851 71 430 54 509 703 826 169085 188 320 363 602 755

170085 86 229 58 489 702 813 53 171021 123 385 503 [150] 71 612 958 172371 401 551 671 792 905 [150] 41 173017 195 343 94 [200] 400 4 508 658 87 766 79 877 908 174237 91 402 87 802 18 76 959 98 741 887 175070 176 887 401 56 851 70 621 710 26 96 831 177153 [100] 81 [150] 303 528 688 794 840 178052 69 [100] 79 191 304 76 424 77 500 85 78 682 69 85 738 64 809 16 993 179073 181 322 46 89 600 [100]

180142 290 328 89 648 977 181058 283 447 569 634 58 921 182086 148 52 57 292 461 595 96 689 81 888 961 183022 55 231 307 15 73 604 978 184002 71 187 270 376 433 559 608 37 707 882 185142 389 582 88 [200] 55 670 99 982 948 96 186118 64 251 301 482 575 962 729 42 831 945 [100] 72 187007 59 [200] 123 930 37 30 835 188134 330 96 415 600 65 815 77 978 63 [100] 189140 200 82 345 460 518 51 695 748 50 56

190136 205 70 58 366 776 803 191007 180 972 443 79 570 754 73 81 359 987 192009 321 605 21 702 13 79 687 59 193066 261 82 511 697 722 930 194009 110 261 771 848 50 86 940 79 [100] 90 195224 47 424 706 44 49 974 196072 851 550 610 [100] 897 930 62 197077 187 288 341 60 456 516 23 [3000] 46 615 829 78 96 198128 270 407 [100] 816 71 199198 302 24 84 685 705 43 72 804 917 95

200074 111 288 488 719 26 47 887 90 901 11 40 79 201105 45 242 835 99 569 658 802 202031 324 441 550 57 667 877 96 925 79 203006 101 62 242 63 75 394 752 61 65 862 76 94 204014 56 86 139 328 662 725 61 804 79 982 205032 97 688 740 824 39 62 988 206109 11 91 255 78 330 470 918 207307 81 483 949 208014 118 308 81 448 804 [100] 73 [150] 800 45 729 77 879 947 209029 [100] 93 190 229 344 595 632 724 31 53 72 812 37 62 924

210531 78 618 68 71 77 766 211036 146 54 419 27 75 590 745 241 75 62 212029 35 100 233 373 435 58 662 94 819 87 [100] 213171 225 96 857 418 967 69 214015 25 124 63 250 327 880 [150] 915 58 64 91 215050 418 624 69 792 913 16 77 216078 95 168 263 518 79 668 76 784 92 98 827 72 217001 241 308 22 492 665 770 923 49 80 218086 219 28 99 816 401 25 80 590 730 808 32 [100] 55 219043 103 6 429 600 16 22 87 713 52 58 843 951

220030 [100] 53 63 102 35 46 685 221003 244 594 610 23 36 67 347 [200] 74 222217 308 710 223186 210 21 365 850 62 78 224198 398 422 635 65 790 805 225022 161 297 377 447 [100] 51

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 5000, 2 zu 1500, 4 zu 500.

Berichtigung. In der Ziehung vom 11. Januar vormittags muß es heißen 36694 742 statt 36794 642 und 190179 statt 190174.

2. Ziehung d. 1. Klasse 198. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 13. Januar 1898, nachmittags.
Nur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

942 509 44 45 76 [150] 942 1082 90 927 71 [100] 475 620 711 39 809 961 2089 384 534 94 609 21 96 38 816 67 3072 95 512 458 4503 709 5122 25 281 835 464 77 575 690 757 929 61 6014 281 440 68 97 595 613 81 761 896 49 929 62 84 7264 808 698 700 8063 66 80 104 75 231 460 837 9458 59 679 884 953

10073 100 48 324 367 546 616 780 970 96 11080 96 208 302 18 841 976 12281 [100] 94 459 839 988 13079 [150] 121 210 375 84 384 611 82 81 886 967 14101 909 347 97 429 524 618 88 862 15259 81 796 809 72 982 16025 [200] 56 186 76 324 425 513 76 964 17270 [100] 410 606 751 85 18236 [200] 399 700 800 19004 570 628 74 749 58 824 67

20107 47 236 [100] 81 482 506 886 92 973 21124 881 515 683 65 668 797 920 [100] 92 22180 87 549 80 786 23006 188 232 81 328 94 451 769 [200] 24084 125 409 45 602 770 888 75 25082 40 46 72 214 91 481 543 58 62 969 26166 776 878 918 27069 109 330 530 613 715 28013 35 298 304 710 13 921 [100] 29208 570 674 708 98 85 895 913 [100] 21 78

30067 373 896 909 31326 80 506 757 943 32016 89 171 78 86 875 94 497 548 616 779 90 821 54 87 89 33104 227 [1500] 92 701 13 34235 302 492 687 893 35004 101 429 932 81 744 965 36001 188 259 301 428 73 594 641 769 900 37101 298 310 32 52 601 10 [100] 12 88 738 38278 585 706 39081 217 38 94 581 674 805 80 31 94 908

40034 178 343 484 563 73 611 58 702 41172 240 73 94 384 726 802 8 68 908 42232 85 89 363 449 87 518 906 90 43249 86 871 413 96 744 874 917 79 44051 68 319 460 29 567 776 880 45060 246 589 933 63 46019 119 37 58 299 303 437 83 86 522 729 47062 276 98 265 95 809 307 84 84 908 7 40 48014 72 848 515 710 18 37 530 989 49142 416 557 620 24 34 93 810

50125 431 35 529 674 768 [200] 517 87 940 51000 89 [100] 282 374 442 69 504 27 54 70 785 95 868 906 52009 270 367 [100] 413 19 612 41 910 53134 224 321 60 544 59 628 90 848 958 54182 297 400 582 [100] 46 822 42 68 912 55248 457 687 67 792 94 889 43 74 56212 60 516 87 91 709 [100] 57041 240 44 72 85 491 719 974 58046 271 316 45 83 [100] 455 529 622 58 856 999 59143 281 436 570 656 715

60250 292 961 709 857 61355 484 601 704 815 943 78 62235 84 592 659 741 808 85 964 63099 223 446 907 64087 92 160 81 94 262 565 665 784 810 47 [300] 992 65008 68 367 69 455 559 841 66088 184 294 395 473 94 504 764 831 906 94 67035 73 28 238 501 574 972 68156 87 96 221 56 78 331 401 28 [200] 730 979 69064 108 64 288 358 487 96 517 [100] 45 723 852 981

70022 142 554 529 682 816 93 900 29 71062 727 78 97 809 72093 96 190 350 440 52 84 578 73220 412 64 74080 91 121 232 361 406 95 616 69 701 928 75062 [100] 74 352 486 65 591 672 763 810 966 36 76044 64 111 267 391 68 597 764 811 77037 140 200 63 [150] 478 607 11 740 92 962 78160 62 87 324 527 695 720 94 909 38 67 921 70 79063 309 409 94 545 67 81 670 792 985

80030 188 262 821 46 782 87 898 81091 184 306 29 689 779 891 [150] 946 82040 77 124 224 306 2 417 747 867 959 83128 47 317 480 84204 304 585 607 867 938 85013 54 558 602 86024 56 190 826 678 83 87040 302 18 57 421 29 500 618 75 88090 101 41 86 212 31 48 75 94 544 57 89609 447 550 52 624 77 95 805 901

90110 37 278 429 582 615 81 711 56 83 997 91253 438 45 512 79 86 [150] 98 728 73 896 910 92169 202 50 359 959 93081 102 95 246 93 [100] 887 86 482 542 708 52 [150] 94107 24 57 215 613 742 815 969 95059 82 105 45 78 [100] 208 842 60 420 26 587 808 [100] 940 96290 327 94 604 719 35 92 855 61 97088 184 98 415 37 516 34 696 512 902 98128 83 [150] 416 56 552 67 71 654 62 736 671 76 99088 91 102 360 [100] 645 791 873 96 912 48

100057 147 78 89 351 91 97 521 83 726 854 101005 378 664 987 90 98 [200] 102025 70 [800] 109 89 516 728 65 103128 50 55 442 49 93 583 854 990 104097 125 69 283 [150] 584 656 [100] 756 73 [100] 58 886 973 105048 50 [100] 59 102 544 604 913 106009 274 401 581 89 107010 56 90 323 85 487 562 618 39 754 826 108055 156 320 27 642 843 109544 634 955

110058 85 126 50 62 72 382 584 628 906 111129 213 30 55 468 76 545 [100] 640 71 707 76 962 112082 185 846 56 99 645 51 866 84 113084 265 390 [150] 72 580 97 608 58 790 [150] 95 834 927 41 49 69 81 114178 427 97 581 953 94 115047 138 306 12 [100] 517 60 90 880 63 923 116192 364 71 406 501 48 610 744 808 50 117023 189 270 406 514 646 71 118130 57 79 872 484 [150] 596 614 56 [100] 685 [100] 119078 83 86 281 844 87 415 56 575 83 627 65 716 962

120106 21 68 [150] 267 496 787 818 66 98 121273 609 56 [150] 124165 258 331 442 759 903 11 123082 66 123 400 5 38 71 539 [100] 69 636 834 54 965 124012 423 611 [200] 15 [100] 70 782 887 58 912 27 29 125091 121 356 92 98 408 544 610 700 78 831 126120 293 629 94 752 823 31 912 74 127058 81 116 232 305 37 628 851 65 954 128008 21 919 415 81 89 502 74 690 86 712 43 58 600 904 32 77 129127 204 350 637 88 781 851 908

130009 105 47 324 [100] 27 [100] 440 61 811 86 604 797 [100] 48 49 851 942 131194 96 282 75 341 96 132070 482 85 674 894 911 133016 201 35 327 561 93 682 942 69 134007 61 254 55 81 319 82 418 54 608 135047 102 91 [150] 398 414 [150] 36 44 552 695 96 858 77 136007 61 98 216 89 395 451 698 706 22 894 96 137018 62 103 14 97 287 360 426 593 734 42 60 97 930 24 31 138022 267 337 428 742 822 985 [150] 139081 134 224 387 402 645 746 806 935

140177 97 401 710 141055 59 103 225 863 714 60 142005 21 51 180 279 85 323 402 544 68 542 96 950 86 143023 29 742 68 842 910 144221 358 466 822 84 [100] 948 77 145159 [100] 272 349 488 98 94 595 616 730 804 10 21 48 59 65 944 146015 [300] 72 890 460 88 589 98 647 783 147123 48 314 495 707 931 148077 191 292 436 580 715 840 149138 226 62 875 527 799 809 14 969

150077 131 81 241 49 332 58 93 662 787 912 151006 143 45 70 569 970 152055 123 283 381 462 602 721 806 153004 65 109 72 361 64 413 32 604 70 705 888 942 154051 123 256 506 669 76 759 848 903 155057 110 42 [100] 258 564 688 712 974 156029 [150] 150 [100] 91 [100] 206 48 49 91 309 483 [100] 575 607 74 752 988 157084 60 194 66 312 410 638 771 98 929 37 158013 48 284 [150] 319 51 80 445 795 881 909 159019 109 222 610 784 [100] 811 21 24 32 87 940 41 99

160095 159 274 345 561 62 669 754 65 161008 383 402 526 881 92 162186 395 420 [100] 617 42 811 46 94 163023 90 145 410 [500] 80 548 600 700 [100] 942 164058 350 555 618 26 742 72 808 977 165408 45 849 90 709 26 877 943 82 166268 514 31 659 814 60 76 89 934 33 167014 447 507 45 743 83 811 168040 157 69 218 53 72 343 420 596 693 847 169021 662 705 22

170108 82 92 216 39 308 73 487 85 [150] 511 815 171080 51 217 319 444 71 526 734 172089 61 170 307 429 90 853 70 682 950 94 173100 14 15 54 248 59 98 902 66 812 901 22 42 [100] 87 [100] 174020 168 280 301 97 440 45 828 703 21 175026 236 575 605 [150] 782 176115 34 308 43 531 872 939 177107 33 87 296 395 481 827 852 58 939 178304 408 93 538 655 [100] 611 64 88 905 179318 65 528 629 75 726

180186 301 456 724 61 181074 163 218 329 642 861 85 182002 [150] 131 227 479 532 77 94 644 909 32 [150] 48 183167 257 75 89 313 71 80 528 845 977 91 184048 176 85 241 94 403 8 29 63 70 562 73 618 27 794 808 959 185318 48 642 93 898 186151 [100] 384 96 476 560 667 826 79 953 88 187040 63 172 269 [100] 845 497 549 931 [100] 188210 675 753 907 87 189004 250 327 [100] 405 713 987

190063 64 91 192 249 515 686 91 191155 223 93 590 602 81 807 984 192130 31 41 309 34 43 467 666 784 838 46 193043 270 549 51 710 816 971 94 194041 208 34 353 60 410 12 545 625 98 992 195001 159 222 54 65 470 83 551 601 53 748 877 919 89 196005 302 836 90 579 82 84 702 56 816 47 197097 106 302 35 [300] 61 521 679 745 198048 84 898 410 627 790 886 981 199069 145 56 75 292 499 582 659 702 8 55 856

200175 422 83 91 572 83 651 94 201101 39 769 855 996 202100 97 116 81 355 467 82 553 698 801 203062 70 226 [100] 28 53 305 680 734 808 204047 165 89 [300] 241 411 591 617 728 38 [300] 908 56 205118 45 [150] 48 89 209 416 82 [100] 735 50 821 206000 17 177 329 86 408 40 551 73 601 704 895 207081 110 19 303 51 501 609 757 89 861 65 208030 115 273 457 550 633 707 209130 262 378 427 581 99 789 821

210017 19 292 355 428 45 530 609 58 758 211027 34 145 272 84 333 575 782 72 813 89 963 212025 210 69 [100] 88 811 474 89 550 681 63 91 785 822 923 213003 45 113 95 582 604 56 850 55 959 214151 348 481 650 366 [100] 215048 236 52 311 420 34 688 87 725 882 938 216042 67 208 309 99 431 625 69 879 217117 294 385 878 940 93 218129 84 390 459 68 558 613 757 846 47 914 219181 264 301 456 658 751 871

220014 31 194 242 303 84 91 555 76 605 [500] 80 749 74 950 78 221114 26 209 57 315 23 408 [150] 630 789 831 92 991 222006 160 [150] 296 428 597 657 70 811 49 998 223011 99 177 226 51 321 85 685 48 829 972 224016 36 148 206 421 35 676 80 701 903 225351 82 [100] 407 [100]

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 5000 Mk., 1 zu 1500 Mk., 1 zu 500 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.